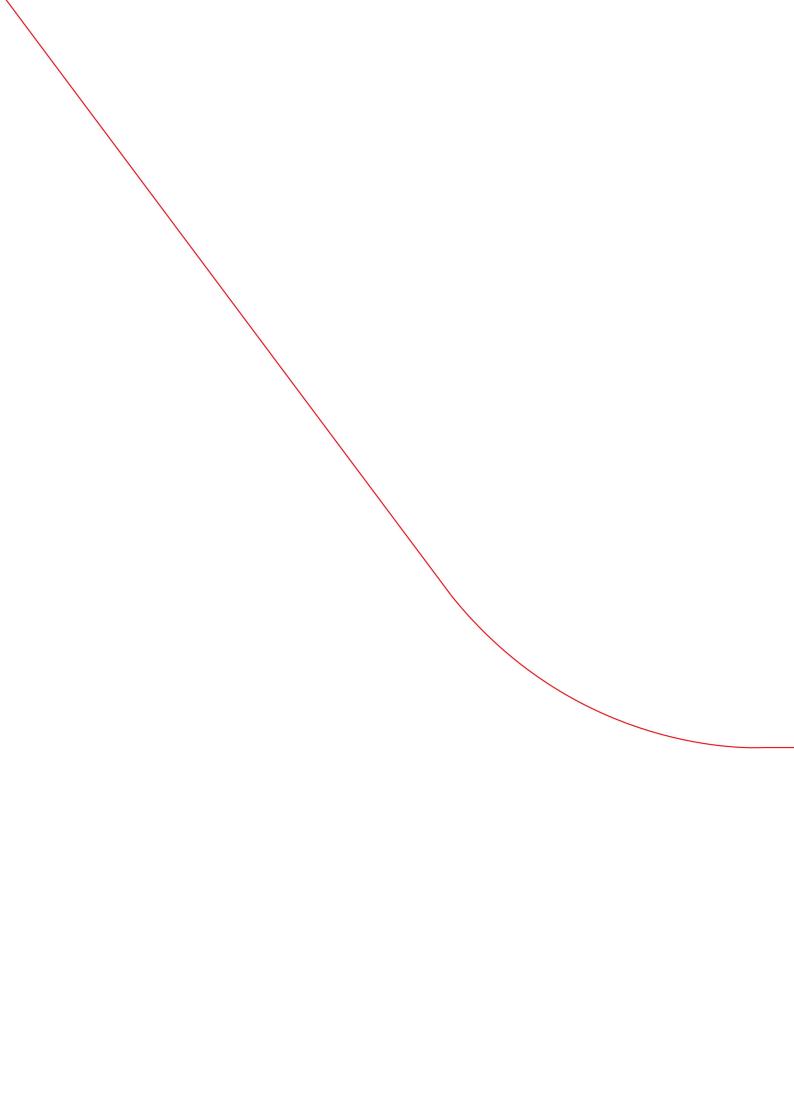
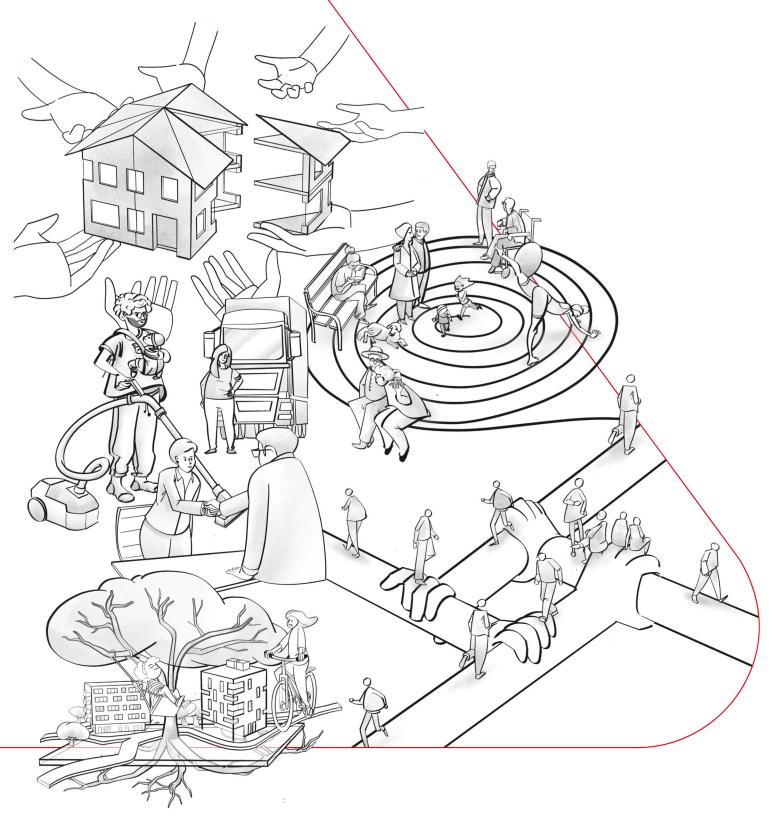


AK-Wohlstandsbericht 2025

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich







Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 268 Working-Paper-Reihe der AK Wien

AK-Wohlstandsbericht 2025

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich

Koordination: Tamara Premrov, Nikolai Soukup, Christoph Streissler Oktober 2025

Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 268

Working-Paper-Reihe der AK Wien

Die Working-Paper-Reihe "Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft" behandelt aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und dient als offenes Medium für den Austausch von wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen. Die Reihe wird von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik betreut. Wie bei Working-Paper-Serien üblich, erfolgt keine formelle Begutachtung.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich. ISBN 978-3-7063-1174-8

Oktober 2025

Impressum

Herausgeberin: Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 Tel.: (01) 501 65, DW 12283 Koordination: Tamara Premrov, Nikolai Soukup, Christoph Streissler

Lektorat: Irene Steindl

Layout & Satz: Fabian Lang, DERGESTALT Illustration: Ulrich Frey, DERGESTALT

Wohlstandssicherung ist ein politischer Auftrag

Wir haben turbulente Zeiten: Mit Blick auf das Konto fragen sich viele, wie wir uns das alles noch leisten können. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist angespannt, die Ungleichheit nimmt zu. Dazu kommt eine Weltordnung, die ins Wanken gerät, und eine Klimakrise, die unsere Zukunft bedroht.

Der Wohlstandsbericht bietet politischen Entscheidungsträger:innen eine klare Orientierung, denn: Das übergeordnete Ziel einer nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen muss in der politischen Arbeit handlungsweisend werden. So darf etwa die alles dominierende Budgetkonsolidierung nicht zulasten von sozialen und ökologischen Zielen sowie des allgemeinen Wohlstands gehen.

Die Bandbreite der Stellschrauben ist groß: demokratiepolitische Defizite wie der steigende Anteil an Nicht-Wahlberechtigten und die ungerechte Vermögenskonzentration, aber auch das Erreichen der Klimaziele und eine erfolgreiche Klimawandelanpassung bleiben eine Herausforderung.

Wir brauchen als Gesellschaft, in der Politik und für die Wirtschaft Stabilität und Planungssicherheit. Für die Bundesregierung ist das ein klarer Auftrag, gesellschaftliche Ungleichheiten zu bekämpfen, die Klimaziele voranzutreiben und für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne und Gehälter zu sorgen.



Renate Anderl AK-Präsidentin

Inhalt

	Wohlstandssicherung ist ein politischer Auftrag				
	Inhalt	4			
	Kurzfassung	6			
	Wohlstand messen mit Indikatoren	12			
	Wohlstand und Wohlergehen in Österreich	16			
l	Gerecht verteilter materieller Wohlstand	18			
1.1	Gerechte Einkommensentwicklung	20			
1.2	Einkommensungleichheit reduzieren	22			
1.3	Gender-Pay-Gap schließen	24			
1.4	Vermögenskonzentration abbauen	26			
1.5	Entwicklungszusammenarbeit stärken	28			
	Thema: Budgetkonsolidierung und Wohlstand	30			
2	Vollbeschäftigung und gute Arbeit	32			
2.1	Steigende Erwerbstätigkeit	34			
2.2	Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung	36			
2.3	Unbezahlte Arbeit gleich verteilen	38			
2.4	Qualitativ hochwertige Arbeit	40			
2.5	Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt	42			
	Thema: Kinderarmut als blinder Fleck des				
	Wohlfahrtsstaates	44			
3	Hohe Lebensqualität	46			
3.1	Hohe Lebenszufriedenheit	48			
3.2	Vermeidung von Armut und Ausgrenzung	50			
3.3	Bildung: Senkung des Anteils von Niedrigabschlüssen	52			
3.4	Länger gesund leben	54			
3.5	Leistbares Wohnen	56			
	Thema: Wie Wohlstand und Fachkräfte				
	zusammengehören	58			

4	Intakte Umwelt	60			
4.1	Energiearmut beenden	62			
4.2	Gute und nachhaltige Mobilität	64			
4.3	Niemand soll an Hitze sterben	66			
4.4	Feinstaubbelastung verringern	68			
4.5	Treibhausgasemissionen senken	70			
	Thema: Ungleich verteilte Erwerbsarbeitszeit als Problem				
	für gesellschaftliches Wohlergehen	72			
5	Gesamtstaatliche Stabilität	74			
5.1	Öffentliches Vermögen ausbauen	76			
5.2	Steigende Arbeitsproduktivität	78			
5.3	Preisstabilität	80			
5.4	Stabile Finanzmärkte	82			
5.5	Demokratische Beteiligung stärken	84			
	Thema: Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand	86			
	Schlussfolgerungen	88			
	Anhang	95			
	Methodische Grundlagen	95			
	Literatur und Quellen	102			
	Autor:innen	107			

Kurzfassung

Wohlstand und Wohlergehen entwickeln sich in Österreich bereits seit längerem alles andere als positiv. Die Teuerungskrise hat zum längsten Wirtschaftsabschwung in der Nachkriegszeit geführt und eine Fülle weiterer Krisen, darunter die Klimakrise sowie geound handelspolitische Spannungen, führen zu einer hohen Unsicherheit und trüben die Zukunftserwartungen. Trotz eines gut ausgebauten Sozialstaates ist die soziale Ungleichheit gestiegen und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt stark angespannt. Das Ziel der Budgetkonsolidierung steht im Widerspruch zum Ausbau der Daseinsvorsorge und erforderlichen Investitionen in den Klimaschutz.

Im diesjährigen AK-Wohlstandsbericht bewerten wir die Entwicklung bei vier von fünf Zielen negativ. Nur beim Ziel "Intakte Umwelt" verläuft die Entwicklung neutral. Die Politik ist daher dringend aufgefordert zu handeln!

Ein Grund für die insgesamt schlechte Entwicklung des Wohlstands und Wohlergehens ist, dass Fragen der Verteilung, der Geschlechtergleichstellung, der Bildung, der Mitbestimmung und der ökologischen Nachhaltigkeit sowie viele weitere zentrale Bestandteile eines guten Lebens in der öffentlichen und politischen Debatte nach wie vor zu wenig Beachtung finden. Mit dem Wohlstandsbericht leistet die AK seit 2018 einen regelmäßigen Beitrag zur Analyse der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen in Österreich. Auch im nunmehr achten Bericht analysieren wir anhand des modifizierten "magischen Vielecks" einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik mit fünf übergeordneten Zielen den gesellschaftlichen Fortschritt in Österreich.

Diese Ziele sind:

- Gerecht verteilter materieller Wohlstand
- Vollbeschäftigung und gute Arbeit
- Hohe Lebensqualität
- Intakte Umwelt
- Gesamtstaatliche Stabilität

Mit Teilzielen, gemessen an einem differenzierten Set an Indikatoren, blicken wir auf die aktuelle Entwicklung aus dem Blickwinkel einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer:innen. Jedes der oben stehenden übergeordneten Ziele wird anhand der Entwicklung bei fünf Teilzielen bewertet, wodurch sich eine Gesamtzahl von 25 Teilzielen ergibt. Aus deren Bewertung werden politische Empfehlungen für die nachhaltige Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen abgeleitet.

Unser Wohlstand sinkt weiter

Zwar gab es in einigen Bereichen punktuelle Verbesserungen, etwa bei den Einkommen, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs und beim öffentlichen Vermögen, bei der Finanzmarktstabilität oder bei der Entwicklung der Treibhausgasemissionen. Diese reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die nicht zufriedenstellenden Entwicklungen auszugleichen. Vor allem bei den Zielen "Gerecht verteilter materieller Wohlstand" und "Vollbeschäftigung und gute Arbeit" gibt es deutlich negative Entwicklungen.

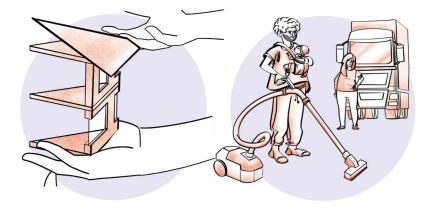
Die fünf Ziele

Gerecht verteilter materieller Wohlstand

Die Bewertung dieses Ziels beträgt im Durchschnitt -0,6. Dabei ist die Einkommensentwicklung, getragen von den guten Lohnabschlüssen, besonders positiv hervorzuheben. Die Verteilung dieser Einkommen zwischen Arm und Reich und zwischen den Geschlechtern ist jedoch nach wie vor nicht gerecht. Besorgniserregend ist die hohe Ungleichheit bei Vermögen. Zudem erfüllt Österreich nach wie vor nicht seine Zusagen auf internationaler Ebene, zu mehr Wohlstand auch in anderen Teilen der Erde beizutragen.

Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Die Gesamtbewertung fällt mit -0,4 besser aus als im Jahr 2024. Kein Teilziel wird positiv bewertet. Der Arbeitsklima Index. der die Zufriedenheit der Arbeitnehmer:innen misst, erholt sich nur langsam. Zwar gibt es geringfügige positive Entwicklungen bei der Beschäftigung, dennoch sind etwa die Indikatoren zur Unterbeschäftigung und der Verteilung der unbezahlten Arbeit sehr weit von den Zielen entfernt. Es braucht effektive politische Maßnahmen, um gute Erwerbsarbeit zu stärken und die unbezahlte Sorgearbeit gerechter zu verteilen.



Hohe Lebensqualität

Die Gesamtbewertung liegt bei -0.4. Drei Teilziele werden neutral bewertet: Bei der Lebenszufriedenheit, der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und im Bereich der Bildung tragen rezente Entwicklungen und der (teils besonders große) Abstand zum Ziel zur Bewertung bei. Die erneute Abnahme bei der Zahl der gesunden Lebensjahre verdeutlicht, dass die Politik sich der Gesundheitsprävention stärker annehmen muss, damit Menschen in Österreich länger gesund leben können. Der Anteil der Haushalte, für die Wohnen übermäßig teuer ist, ist leicht gestiegen; die Wohnkosten müssen vor allem im Mietwohnungsbereich deutlich gesenkt werden.

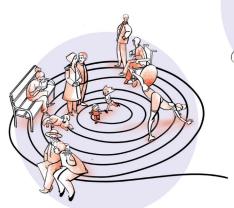
Intakte Umwelt

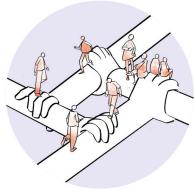
Bei diesem Ziel mit einer Gesamtbewertung von ±0 halten sich Fortschritte und Rückschritte die Waage. Positiv sind der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und das Sinken der Treibhausgasemissionen hervorzuheben. Bei der Entwicklung der Feinstaubbelastung, bei der in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt werden konnten, hat sich der Trend bedauerlicherweise umgekehrt. Auch für eine leistbare Versorgung mit Energie muss die Regierung viel entschlossener handeln.

Gesamtstaatliche Stabilität

Die Gesamtbewertung fällt mit -0,4 negativ aus. Hier sind vor allem die schlechte Produktivitätsentwicklung und der sinkende Anteil der Wahlberechtigten an der Wohnbevölkerung alarmierend. Auch die Preisanstiege nehmen weiter zu, was im Bereich Wohnen, Energie und Lebensmittel weiterhin eine massive Herausforderung für die Bevölkerung darstellt. Beim Ausbau des öffentlichen Vermögens sehen wir aufgrund der Budgetkonsolidierung kaum Fortschritte. Die Lage auf den Finanzmärkten scheint indes trotz vieler geo- und handelspolitischer Unsicherheiten ruhig.







Wie wir den Wohlstand der Vielen wieder erhöhen

Effektive Maßnahmen gegen die Teuerung

Die hohen Teuerungsraten stellen eine enorme Belastung für die Haushalte dar. Zur Bekämpfung der hohen Preise bei Wohnen, Energie und Lebensmitteln braucht es zunächst eine Preistransparenzdatenbank entlang der Wertschöpfungskette, um der Ursache für die Preisanstiege bei Lebensmitteln auf den Grund zu gehen und die Preistreiber zu benennen. Eine Anti-Teuerungskommission soll Preisanstiege untersuchen und bei ungerechtfertigten Erhöhungen notfalls eingreifen können. Ein zentraler, direkter Hebel für Preissenkungen besteht in der Abschaffung des sogenannten Österreichaufschlags. Dass die gleichen Produkte in unseren Nachbarländern deutlich billiger angeboten werden, ist nicht nachvollziehbar. Der Mietdeckel ist wichtig, aber gerade bei den freien Mieten zu lasch. Es braucht klare Mietobergrenzen und ein Ende der Befristungen, um das Grundbedürfnis Wohnen leistbar zu machen.

Für einen starken Sozialstaat mit einer gerechten Finanzierung

Österreich weist nach wie vor ein hohes Niveau an öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf. Dennoch nimmt die Einkommensungleichheit zu, und die Vermögenskonzentration verharrt auf einem viel zu hohen Niveau. In vielen Bereichen der Grundversorgung zeigen sich wachsende Defizite, etwa beim leistbaren Wohnen oder im Gesundheits- und Bildungsbereich. Es braucht eine Ausweitung der Mietenregulierung, mehr sozialen Wohnbau, eine gezielte Stärkung der Gesundheitsvorsorge und eine Kindergrundsicherung, die die mit einer Kombination aus Geld- und Sachleistungen allen Kindern die gleichen Chancen und soziale Teilhabe ermöglicht. Die Finanzierung all dessen muss durch einen gerechten Beitrag der Reichsten und der Konzerne erfolgen.

Bekämpfung der Klimakrise zur Priorität machen

Die neue Bundesregierung darf den Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren. Zwar macht Österreich bei der Erreichung wichtiger klimapolitischer Ziele Fortschritte, das Tempo muss jedoch dringend erhöht werden, um die Ziele auch dauerhaft zu erreichen. Klimapolitik ist Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Nur mit einer grundlegenden Neuausrichtung unserer Wirtschaft können wir unsere Lebensgrundlagen und die der nachfolgenden Generationen sichern. Wie der Umbau der Wirtschaft sozial und ökologisch gestaltet werden kann, hat die AK in einem "Umbauplan" dargelegt. Er enthält für alle Politikbereiche konkrete Strategien – von der Gebäudesanierung über den Ausbau sauberer Energiesysteme bis zur Transformation von Industrie und Landwirtschaft –, bettet diese aber in die notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Reformen ein, etwa im Arbeitsrecht und beim Ausbau sozialer Dienste.

Arbeitsbedingungen verbessern und Qualifikation ermöglichen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im letzten Jahr weiter verschlechtert. Um dem entgegenzuwirken, gilt es, die enormen Beschäftigungspotenziale zu nutzen, die etwa in einem erfolgreichen sozialen und ökologischen Umbau bestehen. Menschen, die derzeit keine, zu wenig oder schlechte Arbeit haben, sollen ermutigt werden, indem sie für gute Arbeitsplätze qualifiziert und dorthin vermittelt werden. Zudem müssen auch die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit verbessert und die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ausgeweitet werden. Alle Beschäftigten müssen von ihrer Arbeit gut leben und ihr Pensionsalter möglichst gesund erreichen können. Das AK-Konzept der gesunden Vollzeit ist eine wichtige Grundlage dafür und bewirkt zudem auch eine bessere Verteilung von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit.

Die neue Bundesregierung muss diese Maßnahmen priorisieren, damit in den kommenden Jahren wieder eine Verbesserung hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung von Wohlstand und Wohlergehen verzeichnet werden kann.

Wohlstand messen mit Indikatoren

Dieser Bericht hat den Wohlstand in Österreich zum Gegenstand. Dabei verstehen wir "Wohlstand" in einem umfassenden Sinn: Wohlstand umfasst die materiellen und immateriellen Bedingungen, die das Leben von Menschen lebenswert machen; er ist die Gesamtheit dessen, was ein gutes Leben ermöglicht.

Unser Fokus liegt dabei auf den politischen Maßnahmen, die diesen Wohlstand beeinflussen. Das heißt, dass wir uns mit staatlichem Handeln befassen (Feigl, 2016; Griesser und Brand, 2016). Wir erörtern, wie sich der Wohlstand in Österreich in den letzten Jahren entwickelt hat und welche politischen Maßnahmen nötig sind, um den Wohlstand zu sichern und weiter auszubauen.

Träger:innen des Wohlstands sind die Menschen, die in Österreich leben. Wir sprechen also ausdrücklich nicht von einem Wohlstand des Staates. Der Staat spielt aber insofern eine Rolle, als er den organisatorischen Rahmen der politischen Entscheidungen bildet, die Wohlstand beeinflussen.

Individuelle und gesamthafte **Betrachtung**

Dabei kann staatliches Handeln auf Einzelne abzielen oder auf ein gesamthaftes Ergebnis. Die Steigerung des Wohlstands der Einzelnen ist in Österreich als staatliches Ziel freilich nicht ausdrücklich vorgegeben. Hingegen kennt die Verfassung als Zielsetzung staatlichen Handelns (konkret in Bezug auf die Haushaltsführung)

das "gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht" (Art. 13 Bundes-Verfassungsgesetz, 1945). Das Bundeshaushaltsgesetz (BHG) führt näher aus, was darunter zu verstehen ist, nämlich "ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität". All das sind Sachverhalte, die sich erst auf Ebene der Gesamtheit betrachten lassen. Für einen einzelnen Menschen zählt beispielsweise, ob er einen Job hat oder nicht – unabhängig davon, ob gerade Vollbeschäftigung herrscht oder hohe Arbeitslosigkeit. Nur für eine gesamthaft betrachtete Gruppe von Menschen lässt sich so etwas wie eine Arbeitslosenquote ermitteln.

Wie sich diese Gegebenheiten auf den Wohlstand einzelner Menschen auswirken, kann in den verschiedenen politischen Handlungsfeldern unterschiedlich sein. Die Auswirkungen können – abhängig von den jeweiligen Lebensumständen – sehr große Unterschiede zeigen. So wirken sich beispielsweise die Folgen der Teuerung auf Menschen, die ein niedriges Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen, stärker aus als auf Menschen in einem kollektivvertraglich gut abgesicherten Beschäftigungsverhältnis.

Eine Kennzahl allein reicht nicht aus

Für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik hat in den letzten 90 Jahren eine Maßzahl überragende Bedeutung erlangt:

das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es wurde 1933 in den USA entwickelt, um die Veränderungen von Produktion und Konsum in der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre möglichst genau zu beschreiben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es zum Schlüsselindikator für Wachstum, zunächst in den Industriestaaten, aber bald auch in den sogenannten "Entwicklungsländern". Entwicklung wurde mit einem steigenden Bruttoinlandsprodukt gleichgesetzt (Sen, 1988).

Doch Wirtschaftswachstum und Wohlstand sind sehr unterschiedliche Dinge. Für eine Messung des Wohlstands in einem Land ist das Bruttoinlandsprodukt nicht geeignet. Denn erstens berücksichtigt es Leistungen nicht, die nicht entlohnt werden, beispielsweise die Arbeit im Haushalt oder die Freiwilligenarbeit. Diese Leistungen sind wichtig für den Wohlstand, finden aber keinen Niederschlag im BIP. Zweitens spielt bei der Ermittlung des BIP die Verteilung des Einkommens keine Rolle. Diese ist aber wesentlich für den Wohlstand der Menschen: Es macht - bei gleichem BIP einen enormen Unterschied, ob ganz wenige den größten Teil des Einkommens haben oder ob alle einen ähnlichen Teil des Einkommens erhalten. Auf diese Einschränkungen wies übrigens bereits der "Erfinder" des BIP, Simon Kuznets, hin, als er 1934 dem US-Kongress seinen Bericht über das Nationale Einkommen vorlegte (Kuznets, 1934).

Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt

Die Vorstellung, mittels Indikatoren zu messen, wie erfolgreich bestimmte politische Maßnahmen sind, fand in den 1970er-Jahren weitere Verbreitung. Sie ging einher mit einer neoliberal geprägten Sicht von Politik als Managementvorgang (New Public Management) (vgl. Hood, 1991). Die OECD beschäftigt sich seit 1973 mit "sozialen Indikatoren" (OECD, 1977) und veröffentlicht seither regelmäßig Berichte über die soziale Lage der Gesellschaft ("Society at a Glance").

Standen diese Vorhaben – Messung von Wachstum und Entwicklung mithilfe des BIP, Messung des gesellschaftlichen Fortschritts mithilfe sozialer Indikatoren – lange Zeit weitgehend unabhängig nebeneinander, so stellte der Diskurs über nachhaltige Entwicklung, der in der Rio-Deklaration von 1992 (United Nations, 1993) gipfelte, die Beschreibung wirtschaftlicher Entwicklung durch das BIP grundsätzlich infrage. Erstmals wurde auf der Ebene internationaler Organisationen ein Wachstum des BIP nur gutgeheißen, wenn auch ökologische und soziale Ziele berücksichtigt werden.

Diese Diskussion mündete im Jahr 2000 in die sogenannten Millenniumsziele, die 2015 erreicht werden sollten (United Nations, 2001). Sie sollten konkretisieren, was in der Millenniums-Erklärung an Zielen für das dritte Jahrtausend festgelegt worden war. Es handelt sich um acht Zielbereiche, etwa Bekämpfung extremer Armut, Primärschulbildung für alle, Gleichstellung der Geschlechter etc. Einen weiteren Anstoß bekam die Debatte mit dem Bericht der sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission ab 2008 (Stiglitz et al., 2009, 2018). Teils als Reaktion auf diesen Bericht wurden 2015 die Millenniumsziele von den 17 Zielen

für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs) abgelöst (United Nations, 2015). Mit ihnen wurde unter anderem auf die Kritik reagiert, dass die Millenniumsziele in erster Linie Vorgaben für die Entwicklungsländer darstellten. In Österreich wurde kürzlich der zweite Bericht über den Fortschritt bei der Umsetzung der SDGs veröffentlicht (BKA, 2024).

Eine weitere Grundlage für die Beurteilung des Wohlstands in Österreich lieferte mehrere Jahre lang die Statistik Austria mit dem Projekt "Wie geht's Österreich?". In einem jährlichen Bericht wurde von 2012 bis 2021 der gesellschaftliche Fortschritt in Österreich dargestellt. Die Finanzierung dieses Projekts wurde allerdings eingestellt; der letzte Bericht ist aus dem Jahr 2021 (Statistik Austria, 2021). Auch andere Staaten arbeiten mit Sätzen von Indikatoren, um die Wohlstandsentwicklung zu beschreiben, in Deutschland etwa "Gut leben in Deutschland". Auf EU-Ebene berichtet Eurostat regelmäßig über die Fortschritte bei den SDGs. Einen etwas engeren Blick auf die Wohlstandsentwicklung hat das Projekt "So geht's uns heute", in dem Statistik Austria seit 2021 Quartalsdaten zur Einkommensentwicklung und zum persönlichen Wohlbefinden erhebt. Auf EU-Ebene ist EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions – EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen) eines der wichtigsten Programme, um die Wohlstandsentwicklung in einem einheitlichen Rahmen zu beurteilen.

Zielkonflikte

Gibt es nur einen Indikator, an dem Wirtschaftspolitik ausgerichtet wird, so ist die Situation einfach: Politiken, die diesen Indikator verbessern, sind richtig, Politiken, die ihn verschlechtern, sind falsch. Wenn hingegen versucht wird, mehrere Indikatoren für die Politikgestaltung heranzuziehen, kommt es unweigerlich zu Zielkonflikten (Dullien und van Treeck, 2012). In der makroökonomischen Steuerung werden diese konkurrierenden Zielvorgaben gern als "magisches Vieleck" bezeichnet - vermutlich, weil nur durch Magie alle Indikatoren gleichzeitig verbessert werden können. Werden noch weitere Zielsetzungen hinzugenommen, wie etwa bei den SDGs, so erhöht sich auch das Potenzial für Widersprüche (z. B. Menton et al., 2020).

Dieses Dilemma lässt sich auch nicht dadurch auflösen, dass statt des Wirtschaftswachstums ein anderes Wohlstandsmaß definiert wird, an dem die gesamte Politik ausgerichtet wird. Denn Wohlstand ist multidimensional, und es kann meist nur auf eine ungefähre und verallgemeinernde Weise angegeben werden, welche Entwicklungen den Wohlstand erhöhen.

Daher muss sich eine Beschreibung der Entwicklung des Wohlstands dessen verschiedenen Dimensionen widmen. Dieser Bericht blickt auf fünf Bereiche, die in einem breiten Sinn Wohlstand abbilden. Dazu gehört zunächst die materielle Basis, die wir im ersten Kapitel unter dem Gesichtspunkt der gerechten Verteilung des materiellen Wohlstands betrachten. Weil in unserer Gesellschaft die bezahlte Arbeit die zentrale Quelle für die Mittel zur Deckung von Bedürfnissen ist, spielen ihr Ausmaß und ihre gerechte Verteilung eine besondere Rolle. Dies wird im zweiten Kapitel ("Vollbeschäftigung und

gute Arbeit") beschrieben. Im dritten Kapitel wird dargelegt, wie die Qualität der Versorgung in Hinblick auf verschiedene Grundbedürfnisse den Wohlstand beeinflusst. Das vierte Ziel, "intakte Umwelt", ist aus materiellen wie aus immateriellen Gründen für die Menschen von Bedeutung. Im letzten Kapitel widmen wir uns einem wichtigen Rahmen für die Wohlstandsentwicklung, nämlich der Stabilität der Gesellschaft und des Staates.

Wenn wir für die gesamthafte Beschreibung der Wohlstandsentwicklung in den einzelnen Bereichen Mittelwerte bilden, so tun wir das im Bewusstsein, dass ein arithmetisches Mittel der Multidimensionalität der Fragestellung nicht gerecht wird. Dies gilt noch mehr für die Bildung des Mittelwertes über alle fünf Zielbereiche, mit dem wir zur Gesamtbewertung der Wohlstandsentwicklung gelangen. Daher sind die Zahlenwerte, die eine positive oder negative Wohlstandsentwicklung anzeigen, weniger als Messgröße und eher als ungefähre Darstellung einer Entwicklungsrichtung zu verstehen.

Wiederkehrende Themen

Bei der Beschäftigung mit Formen der Beschreibung der Wohlstandsentwicklung stoßen wir immer wieder auf Gesichtspunkte, die bei mehreren Indikatoren eine Rolle spielen. Beispielsweise wird bei vielen Indikatoren die Bedeutung der Einkommensverteilung sichtbar. Wir haben daher im Wohlstandsbericht 2024 (AK Wien, 2024a) erstmals fünf derartige Gesichtspunkte in eigenen, kurzen Zwischenkapiteln behandelt. Dies tun wir dieses Jahr wieder. Wir behandeln die Verbindungen, die die ungleiche Verteilung der Lohnarbeit mit

der Wohlstandsentwicklung hat, ebenso wie deren Abhängigkeit von der Aus- und Weiterbildung. In einem Jahr der harten Budgetkonsolidierung stellt sich zudem die Frage, wie diese sich auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlstands auswirkt, denn sie wirkt in viele wohlstandsrelevante Bereiche hinein. Kinderarmut ist ebenso ein Thema von besonderer Brisanz. Schließlich greifen wir auch die Entwicklung auf EU-Ebene auf und blicken auf die Wohlstandseffekte einer Ausrichtung der Wirtschaftspolitik am Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit.

Erscheinungsbild

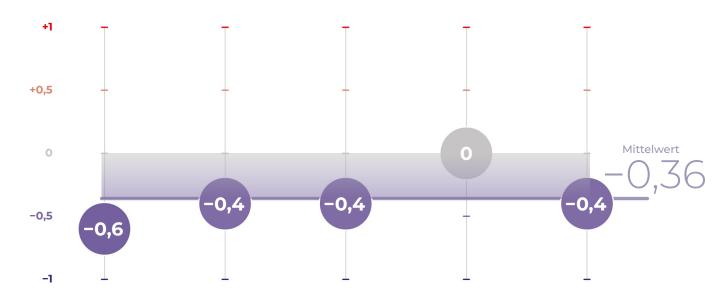
Der Wohlstandsbericht 2025 übernimmt das Erscheinungsbild des letztjährigen Berichts mit kleinen Anpassungen. Denn das Feedback zur knapperen Darstellung im Vergleich zu den Jahren zuvor war überwiegend positiv, ebenso wie das zur grafischen Neugestaltung. Die Entwicklung der einzelnen Indikatoren bewerten wir weiterhin auf einer fünfteiligen Skala von -2 bis +2. Neu ist seit letztem Jahr, dass als Grundlage der Bewertung gewöhnlich die Entwicklung des Indikators vom vorletzten zum letzten verfügbaren Jahr gewählt wird. Prognosen in Hinblick auf die künftige Entwicklung fließen nicht in die Bewertung ein. Damit soll betont werden, dass bei der Wohlstandsentwicklung im Vordergrund steht, wie sich die tatsächliche Situation entwickelt. Diese Form der Darstellung bedeutet freilich, dass für das laufende Jahr vielfach noch keine Daten vorliegen. Die Effekte politischer Vorhaben, die erst dieses Jahr umgesetzt werden, werden sich also erst im nächsten Jahr zeigen.

Wohlstand und Wohlergehen in Österreich

Je fünf Indikatoren beschreiben die Entwicklung des Wohlstands und des Wohlergehens in den fünf Zielen "Gerecht verteilter materieller Wohlstand", "Vollbeschäftigung und gute Arbeit", "Hohe Lebensqualität", "Intakte Umwelt" und "Gesamtstaatliche Stabilität". Die Entwicklung der fünf Ziele fassen wir in der großen Darstellung zur Gesamtbewertung zusammen. Das vierte Jahr in Folge fällt diese Gesamtbewertung der Wohlstandsentwicklung in Österreich negativ aus.

Gesamtbewertung der Wohlstandsentwicklung

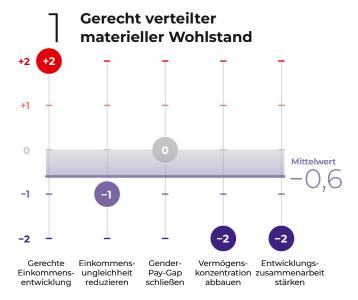


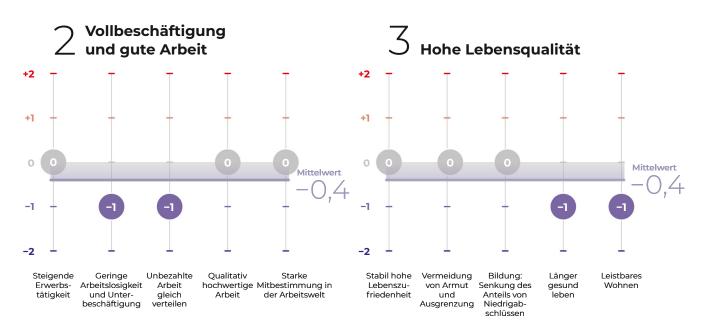


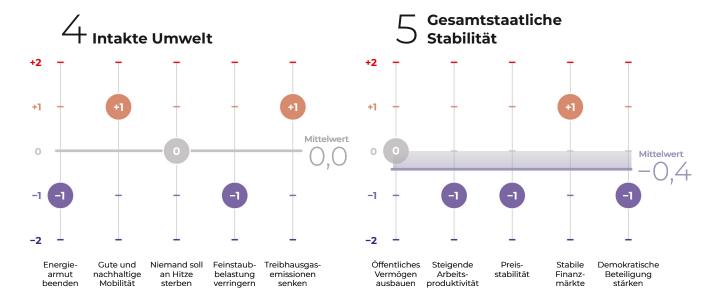
Verschlechterung

Gerecht verteilter materieller Wohlstand	Voll- beschäftigung und gute Arbeit	Hohe Lebensqualität	Intakte Umwelt	Gesamtstaatliche Stabilität
1	2	3	4	5

Bewertung der Teilziele im Überblick



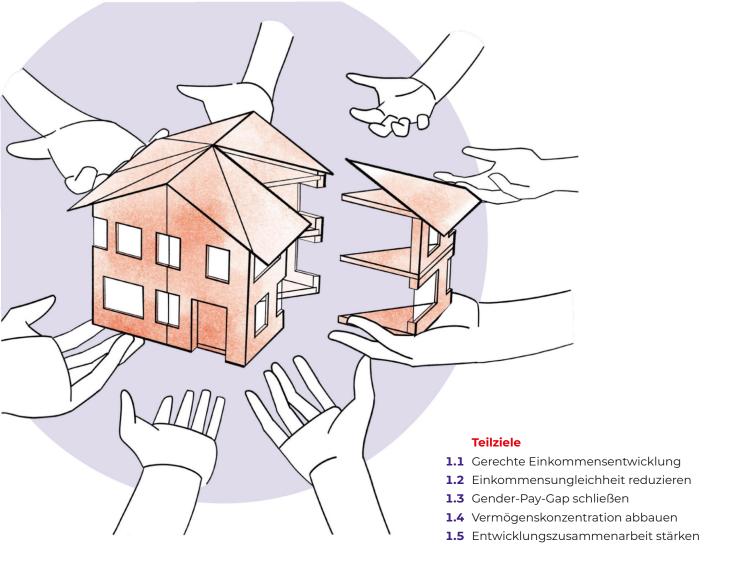




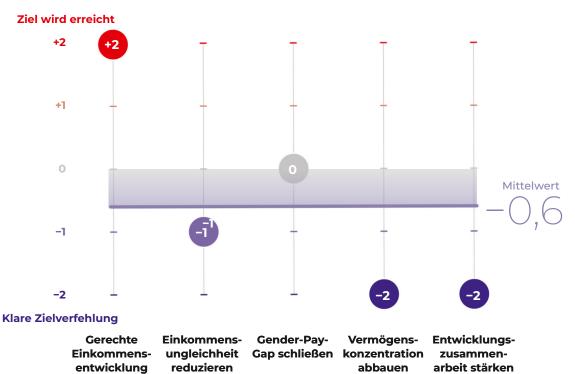
1 Gerecht verteilter materieller Wohlstand

Materieller Wohlstand und seine Verteilung, also die Verbesserung des Lebensstandards für alle, stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Mit dem Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als wichtigsten und international vergleichbaren volkswirtschaftlichen Hauptindikator gerät jedoch aus dem Blick, dass gerecht verteilter materieller Wohlstand mehr beinhaltet als nur die Wirtschaftsleistung eines Landes. Um den materiellen Wohlstand breiter als über das BIP zu messen, sollte gemäß den Arbeiten von Stiglitz u. a. (2009, 2018) der Fokus auf das tatsächlich verfügbare Einkommen der Haushalte sowie deren Vermögen gerichtet werden, denn diese bestimmen die Konsummöglichkeiten. Dabei müssen Verteilungsfragen ein sehr viel höheres Gewicht bekommen – auch zwischen den Geschlechtern, sozialen Klassen und unseren Partnerländern in der Entwicklungszusammenarbeit.

Wir stellen im Bericht eine möglichst breite Auswahl von Indikatoren in Bezug auf den materiellen Wohlstand und dessen Verteilung dar. Insgesamt sehen wir dabei deutliche Rückschritte. Die Gesamtbewertung dieses Ziels liegt bei -0,6. Zwar ist es durch die guten Lohnabschlüsse und den starken Sozialstaat gelungen, das Einkommen der Menschen in der Mitte der Verteilung zu erhöhen, zuletzt wurden jedoch einige Fortschritte wie die Valorisierung der Sozialleistungen wieder rückgängig gemacht. Die Kluft zwischen Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen hat sich im Verlauf der aktuellen Krise weiter geöffnet. Gleichzeitig schließt sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen viel zu langsam, und die Vermögensungleichheit verharrt auf einem sehr hohen Niveau. Auch im Hinblick auf die globale Ungleichheit tut die österreichische Regierung zu wenig und senkt im neuen Doppelbudget 2025/26 sogar die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Es gilt daher, künftig ein verstärktes Augenmerk auf Verteilungsaspekte zu legen und die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen voranzutreiben. Dies kann mit einer Stärkung des Sozialstaates und einer mutigen Budgetpolitik gelingen.



Gerecht verteilter materieller Wohlstand – deutliche Verschlechterung

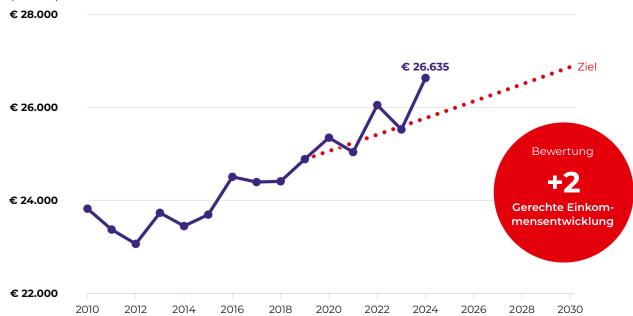


1.1 Gerechte Einkommensentwicklung

Ziel einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik ist es, den erarbeiteten materiellen Wohlstand gerecht auf alle Menschen zu verteilen. Das mittlere real verfügbare Einkommen spiegelt die finanziellen Möglichkeiten der Mitte der Gesellschaft wider und ist daher ein guter Indikator, um zu messen, ob alle in Österreich am Wohlstandsanstieg teilhaben. Das Ziel ist daher, dass das Medianeinkommen entsprechend der Produktivitätsentwicklung der letzten fünf Jahre (ca. 0,7 % pro Jahr) steigt. Vor allem drei Faktoren beeinflussen die Entwicklung positiv: der hohe Abdeckungsgrad bei den Kollektivverträgen, starke Lohnabschlüsse und ein gut ausgebauter Sozialstaat.

Real verfügbare Einkommen (Median)

Einkommen in der Mitte der Gesellschaft entwickeln sich gut



Die mittleren real verfügbaren Einkommen steigen stetig, trotz kleinerer Einbrüche. Der Zielpfad – das durchschnittliche Produktivitätswachstum der letzten fünf Jahre – beträgt 0,7 % Wachstum pro Jahr. 2024 liegt das real verfügbare Einkommen bei 26.635 Euro und damit über dem Zielpfad.

Quelle: AMECO (2025a), Eurostat (2025f), Detailauswertung aus WIFO (2025); eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Die Entwicklung des mittleren Einkommens schwankt, liegt jedoch über dem Zielpfad.
- Die Gewerkschaften haben gute Lohnabschlüsse erzielt. Da das Lohnverhandlungssystem mit einer zeitlichen Verzögerung seine Wirkung entfaltet, sind diese ab 2024 in den Daten zu sehen.
- 2024 wurde das verfügbare Einkommen auch durch die Valorisierung einiger Sozialleistungen und einen relativ robusten Arbeitsmarkt stabilisiert.

Was wir brauchen

- Das österreichische Lohnverhandlungssystem muss auf nationaler und europäischer Ebene abgesichert werden.
- Der Sozialstaat muss gestärkt werden: Alle Sozialleistungen sollen valorisiert und die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe auf ein armutsfestes Niveau angehoben werden.
- Im nächsten Budget muss durch eine deutliche Anhebung vermögensbezogener Steuern finanzieller Spielraum für den Ausbau des Sozialstaates geschaffen werden.

Im Detail

Solange es steigenden materiellen Wohlstand durch Produktivitätssteigerung gibt, soll dieser dem Großteil der Bevölkerung zugutekommen. Unser Ziel ist es daher, dass das Medianeinkommen mittelfristig entsprechend der Produktivitätsentwicklung der letzten fünf Jahre (ca. 0,7 % pro Jahr) steigt.

Erfreulicherweise blieb der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren trotz Rezession relativ stabil. Die Gewerkschaften erzielten starke Lohnabschlüsse, die nun mit einer zeitlichen Verzögerung in den Daten sichtbar sind. Die durch die hohe Inflation bedingten temporären Reallohnverluste der letzten fünf Jahre können heuer voraussichtlich aufgeholt werden (WIFO, 2025).

Neben den Lohnabschlüssen ist der Sozialstaat die zweite wichtige Säule zur Absicherung der Einkommen. In den Jahren 2023 und 2024 konnte die 2022 eingeführte Valorisierung wichtiger Sozialleistungen insbesondere die unteren Einkommen stabilisieren. Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2025/26 kam es jedoch zu massiven Ausgabenkürzungen, wie etwa die Aussetzung der Valorisierung der Sozialleistungen und die Abschaffung des Klimabonus (Feigl et al., 2025).

Im Jahr 2024 steigt das verfügbare reale Einkommen trotz anhaltend hoher Inflation und der schlechten wirtschaftlichen Lage und liegt sogar über dem mittelfristigen Produktivitätszielpfad. Die Bewertung des Teilziels lautet daher +2.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Gute kollektivvertragliche Lohnabschlüsse sind für das Einkommen der Menschen zentral, weshalb die hohe Abdeckungsquote der Kollektivverträge beibehalten und das österreichische Lohnverhandlungssystem auf nationaler und europäischer Ebene abgesichert werden muss.

Wie sich zeigt, ist auch der Sozialstaat eine tragende Säule für das verfügbare Medianeinkommen. Deshalb ist es wichtig, ihn krisenfest zu machen und die automatischen Stabilisatoren zu stärken, anstatt sie – wie im Budget 2025/26 beschlossen – zu schwächen. Das bedeutet, Sozialleistungen zu valorisieren und auf ein armutsfestes Niveau anzuheben. Unbedingt zu berücksichtigen sind dabei auch das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe, die sich am Einkommen des (Vor-)Vorjahres orientieren und bei hoher Inflation besonders stark an Kaufkraft verlieren.

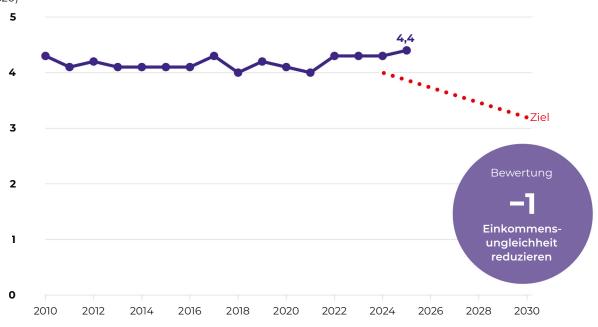
Voraussetzung dafür ist ein finanzieller Spielraum im Budget. Die hohen Ausgaben der letzten Jahre, von denen besonders einflussreiche und wirtschaftlich starke Lobbys profitiert haben, bedürfen einer Gegenfinanzierung, die den Sozialstaat sichert. Dazu bieten sich Erbschafts- und Vermögenssteuern an, wie sie in vielen europäischen Ländern üblich sind.

1.2 Einkommensungleichheit reduzieren

Eine hohe Einkommensungleichheit beeinträchtigt den Lebensstandard und den sozialen Zusammenhalt. Infolge der Teuerungskrise und der andauernden Rezession hat sich die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen weiter geöffnet. Laut Prognosen des WIFO wird der Einkommensunterschied zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensfünftel in den kommenden Jahren weiter wachsen. Verstärkt wird er auch durch die Konsolidierungsmaßnahmen im Doppelbudget 2025/26, die zu großen Teilen über Ausgabenkürzungen erfolgen und damit untere Einkommen deutlich stärker treffen (Feigl et al., 2025). Es braucht politische Maßnahmen zur Verhinderung von Armut, zur Kaufkraftsicherung von Arbeitseinkommen sowie zur Vermeidung sehr hoher Einkommen. Verteilungsgerechtigkeit muss auch unter Konsolidierungsdruck gewahrt bleiben.

Einkommensungleichheit (S80/S20)

Einkommensungleichheit steigt leicht an



Die Einkommensungleichheit, gemessen am Verhältnis zwischen dem obersten und untersten Einkommensfünftel, ist mit einigen Schwankungen recht stabil. Seit 2020 zeigt sich ein leicht steigender Trend. Während das oberste Einkommensfünftel im Jahr 2020 noch das 4-fache Einkommen des untersten Fünftels hatte, wird ab 2025 bereits das 4,4-fache prognostiziert. Damit entfernt sich der Indikator vom Ziel einer sinkenden Einkommensungleichheit.

Quellen: Eurostat (2025g), WIFO (2025)

Was wir sehen

- Die Einkommensungleichheit hat seit dem Jahr 2020 zugenommen. Das Einkommen des obersten Einkommensfünftels ist 2025 4,4-mal so hoch wie jenes des untersten Einkommensfünftels.
- Die Budgetkonsolidierung trägt durch die Streichung des Klimabonus, höhere Abgaben und das Aussetzen der Valorisierung der Sozialleistungen zu einem Anstieg der Ungleichheit bei.

Was wir brauchen

- Die Regierung muss soziale Ausgewogenheit in der Budgetpolitik sicherstellen. Dazu gehört die Wiedereinführung der Valorisierung zentraler Sozialleistungen und eine stärkere Besteuerung einkommensstarker Gruppen.
- Eine Kombination aus gezielter Arbeitsmarktintegration, verlässlicher Absicherung und steuerlicher Umverteilung kann Einkommensungleichheit wirkungsvoll verringern.

Im Detail

In der wissenschaftlichen Literatur gibt es kein Einvernehmen über einen konkreten Zielwert für die optimale Verteilung von Haushaltseinkommen. Die negativen Folgen von hoher Ungleichheit sind hingegen gut dokumentiert: unter anderem steigende Kriminalität, sinkende Lebenszufriedenheit, gesellschaftliche Polarisierung und erhöhte Krisenanfälligkeit (Wilkinson und Pickett, 2012).

Die Einkommensungleichheit der letzten Jahre war von multiplen Krisen und politischen Entscheidungen geprägt. Die guten Lohnabschlüsse, vor allem bei geringeren Einkommen, haben die Lohnungleichheit verringert (Mokre, 2024), und auch die Lohnquote ist zuletzt gestiegen.

Die öffentliche Hand konnte durch Hilfszahlungen und die Valorisierung mehrerer Sozialleistungen eine tiefere soziale Krise abfedern. Im Doppelbudget 2025/26 wurden jedoch zentrale Entlastungsmaßnahmen zurückgenommen, was die Ungleichheitsdynamik weiter verstärkt. Dazu zählen die ausgesetzte Valorisierung familienbezogener Leistungen, höhere Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen und die Streichung des Klimabonus (Budgetdienst, 2025; Feigl et al., 2025).

Angesichts der anhaltend hohen Einkommensungleichheit und der Rücknahme mehrerer ausgleichender Maßnahmen wird der Indikator mit –1 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Am unteren Ende der Einkommensverteilung muss Armutsbekämpfung systemischer und langfristiger gedacht werden. Die Abschaffung der automatischen Inflationsanpassung vieler Sozialleistungen im Zuge der Budgetkonsolidierung bedeutet reale Verluste für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Damit Sozialleistungen auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten mit Preisentwicklungen mithalten können, muss die Valorisierung dauerhaft gesichert werden.

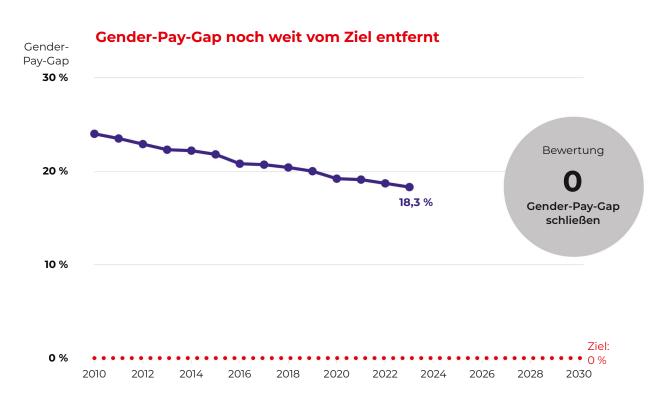
Auch Eingriffe in Markteinkommen, wie verstärkte Maßnahmen und Kontrollen zur Bekämpfung von Lohndumping und Prekarität, bleiben zentral. Der Zugang zu existenzsichernder Arbeit muss durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wie Qualifizierungsmaßnahmen und Schulungszuschläge gestärkt werden. Besonders für arbeitsmarktferne Gruppen bedeutet der Rückzug davon eine Schwächung zentraler Einstiegshilfen in stabile Beschäftigung.

Einkommensstarke Gruppen sollten stärker zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen, etwa durch gerechtere Besteuerung von Kapital- und Arbeitseinkommen.

1.3 Gender-Pay-Gap schließen

Gute Arbeit und gerechte Verteilung des materiellen Wohlstands unabhängig vom Geschlecht sind unmittelbare Ziele einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. Der Gender-Pay-Gap (GPG) beim Bruttostundenlohn zeigt, um wie viel Frauen bei gleicher Arbeit weniger verdienen als Männer. Er ist das Produkt einer Vielzahl von strukturellen Benachteiligungen und hilft somit, diese beiden Ziele aus einer Geschlechterperspektive zu betrachten.

Ziel ist die gänzliche Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen den Geschlechtern. Mit stärkerer Lohntransparenz und guten Rahmenbedingungen für Geschlechtergerechtigkeit kann dies gelingen.



Die Grafik zeigt die Entwicklung des österreichischen Gender-Pay-Gap (Differenz der Bruttostundenlöhne in Prozent) seit 2010. Der GPG in Österreich sinkt kontinuierlich, aber sehr langsam - im Schnitt um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Im Jahr 2010 liegt er noch bei 24 % und sinkt in den darauffolgenden Jahren um 5,7 Prozentpunkte. Im Jahr 2023 beträgt der Gender-Pay-Gap 18,3 %, das entspricht auch dem Abstand in Prozentpunkten zum Zielwert von 0 %.

Quelle: Eurostat (2025h)

Was wir sehen

- Der Gender-Pay-Gap sinkt jährlich im Schnitt um rund 0,4 Prozentpunkte und liegt aktuell mit immer noch 18,3 % weit über dem Zielwert von 0 %
- Krisen führen durch statistische Effekte zu einer Verringerung des GPG – allerdings ohne reale Verbesserungen für Frauen.

Was wir brauchen

- Eine wichtige Maßnahme zur Verringerung des Gender-Pay-Gap ist eine umfassende Lohn- und Einkommenstransparenz. Bis zum Jahr 2026 muss die Lohntransparenzrichtlinie der EU in Österreich ambitioniert umgesetzt werden.
- Zudem helfen Rahmenbedingungen wie beispielsweise Kinderbetreuungseinrichtungen, progressive Arbeitszeitmodelle, die eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Sorgearbeit unterstützen, und die Förderung einer für das eigene Geschlecht untypischen Berufswahl bei der Verringerung des GPG.

Im Detail

Eine wohlstandsorientierte Politik muss Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern gänzlich beseitigen. Der anzustrebende Zielwert liegt somit bei 0 %.

Ursache des GPG sind eine Fülle von strukturellen Benachteiligungen, zum Beispiel im Bildungssystem, durch ungleiche Verteilung unbezahlter Arbeit, Unterbrechung aufgrund der Geburt eines Kindes, niedrige Bewertung von Arbeit, schlechtere Aufstiegschancen, Rollenzuschreibungen und Diskriminierung. In Österreich sinkt der GPG im Durchschnitt um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Aufgrund einer Datenrevision musste der GPG für 2022 auf 18,7 % angehoben werden. Stärkere Rückgänge zeigten sich vor allem in den Krisenjahren 2008/09 (-0,8 Prozentpunkte) sowie im Pandemiejahr 2020 (-1 Prozentpunkt). Dies ist vor allem auf die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise die gesunkenen Einkommen von anteilsmäßig mehr Männern in Kurzarbeit, zurückzuführen, Damit ergeben sich statistisch positive Verzerrungen im Vergleich zum Vorjahr – jedoch ohne reale Verbesserungen für Frauen. Der GPG in Österreich bleibt hoch – im EU-Vergleich hat Österreich den zweithöchsten GPG.

Insgesamt wird das Teilziel mit 0 bewertet, da die jährliche Verringerung weiterhin sehr gering ausfällt und daher weder von einer nennenswerten Verbesserung noch von einer Verschlechterung gesprochen werden kann.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Für eine Schließung des Gender-Pay-Gap braucht es volle Transparenz bei Einkommen, Stellenbesetzungen und Beförderungen inklusive Sanktionen bei Nicht-Erfüllung. Die EU-Lohntransparenzrichtlinie enthält progressive Maßnahmen, um die Geheimhaltung der Entlohnung zu beseitigen und einen besseren Zugang zum Recht für jene, die von Entgeltdiskriminierung betroffen sind, zu ermöglichen. In Österreich braucht es nun eine rasche und ambitionierte Umsetzung dieser Richtlinie

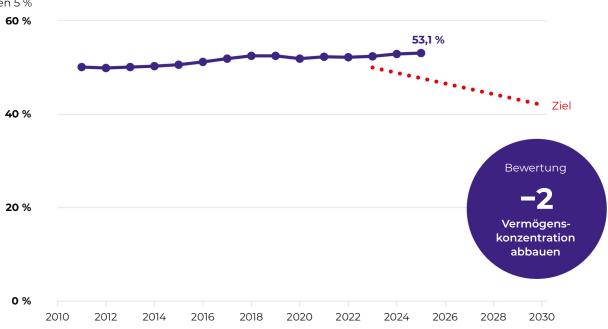
Weitere wichtige Maßnahmen sind flächendeckende und leistbare Kinderbetreuung und Elementarbildung mit Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag (Sozialpartner:innen und IV, 2021), Arbeitszeitmodelle, die partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Sorgearbeit fördern, jegliche Förderung für junge Menschen, die sich für einen für ihr Geschlecht untypischen Beruf interessieren, sowie eine Arbeitszeitpolitik, die zuallererst die überlangen Arbeitszeiten ins Visier nimmt und weiters eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit anstrebt.

1.4 Vermögenskonzentration abbauen

Eine starke Konzentration des Vermögens bei den Überreichen hat gravierende Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft: soziale Polarisierung, politische Machtungleichgewichte, Beschleunigung der Klimakrise und ökonomische Instabilität. Der Anteil der reichsten 5 % am Gesamtvermögen ist ein Indikator für die Vermögenskonzentration, die in Österreich im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Damit diese Schieflage reduziert wird, sind vor allem Änderungen in der Steuerpolitik nötig, etwa die Einführung einer Besteuerung von Vermögen und Erbschaften.



Vermögenskonzentration verharrt auf sehr hohem Niveau



Die Vermögenskonzentration, gemessen am Vermögensanteil der reichsten 5 %, liegt seit Jahren stabil auf einem Niveau zwischen 50 % und 53 %, zuletzt bei 53,1 %. Das bedeutet: Die reichsten 5 % besitzen mehr Vermögen als die restlichen 95 % der Bevölkerung zusammen. Es ist eine leicht steigende Tendenz in diesem Indikator zu verzeichnen und somit keine Annäherung an das Ziel einer reduzierten Vermögenskonzentration festzustellen.

Quelle: OeNB (2025a)

Was wir sehen

- Die Vermögenskonzentration, gemessen am Vermögensanteil der reichsten 5 % der Bevölkerung, ist seit Jahren mit einigen Schwankungen stabil hoch und lag zuletzt bei 53,1 %.
- Vermögen werden auch von der neuen Regierung trotz der sozialen und finanziellen Herausforderungen nur unzureichend angetastet.

Was wir brauchen

- Ein höheres Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern: Nicht einmal 2 % des Steueraufkommens kommen aus Vermögen, hingegen fast 80 % aus Arbeit und Konsum.
- Die Einführung einer Vermögenssteuer ist essenziell, um das Vermögenswachstum bei den Reichsten einzubremsen.
- Eine Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen und stark progressiven Sätzen könnte die Vermögensungleichheit für zukünftige Generationen nachhaltig verringern.

Im Detail

Welches Ausmaß an Vermögenskonzentration eine Gesellschaft akzeptiert und anstrebt, lässt sich nur schwer feststellen. Erhebungen zeigen aber, dass drei Viertel der Bevölkerung die Vermögensunterschiede in Österreich als zu hoch empfinden (Hofmann et al., 2020). Im Einklang mit mehreren internationalen Institutionen gilt die Reduktion der Vermögenskonzentration als dringliches Ziel.

Die Vermögenskonzentration ist laut verfügbaren Daten seit einigen Jahren stabil auf sehr hohem Niveau: Kein anderes westeuropäisches Land weist eine höhere Ungleichheit auf. Das liegt einerseits am gut ausgebauten öffentlichen Vermögen in Österreich, das den privaten Vermögensaufbau, etwa für Alterssicherung oder Wohnen, weniger notwendig macht als in anderen Ländern. Zum anderen ist die mangelnde Berücksichtigung von Vermögen im Steuersystem verantwortlich: Weder bei hohen Vermögen noch bei hohen Erbschaften greift der Staat umverteilend ein.

Da die Vermögenskonzentration extrem hoch ist und weiterhin steigt, wird der Indikator mit -2 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Die Einführung einer modernen Vermögenssteuer würde bei hohen Freibeträgen nur wenige Haushalte betreffen und dennoch hohe Steueraufkommen erzielen (Grünberger et al., 2024). Moderate Steuersätze würden das Vermögenswachstum an der Spitze reduzieren und zu höheren Staatseinnahmen beitragen, die Vermögenskonzentration aber kaum verringern. Erbschaftssteuern mit stark progressiven Sätzen haben hingegen das Potenzial, die Weitergabe der Vermögenskonzentration über Generationen hinweg zu vermeiden und die Ungleichheit zukünftig einzudämmen.

Beide Steuern sind im Programm der neuen Regierung jedoch nicht zu finden. Die Anhebung der Besteuerung von Privatstiftungen und ein Lückenschluss in der Grunderwerbssteuer stellen vorerst das gesamte Ausmaß an neuen vermögensbezogenen Steuern dar. Diese Maßnahmen sind richtig, reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die Schieflage im Steuersystem zwischen Arbeit und Kapital zu beheben, denn der Anteil des Steueraufkommens aus Vermögen beläuft sich aktuell nur auf knapp 2 % (Feigl et al., 2025).

1.5 Entwicklungszusammenarbeit stärken

Die österreichische Wirtschaft ist in das globale Wirtschaftssystem eingebettet, daher ist für den gerecht verteilten Wohlstand nicht nur die nachhaltige Entwicklung im Inland, sondern auch jene in der übrigen Welt relevant. Der Indikator misst die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (EZA) als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE). Der Indikator gibt also an, inwieweit Österreichs Politik über nationale Grenzen hinausblickt und die weltweite Verbesserung der Lebensverhältnisse zum Ziel hat.



Österreich hat sein Versprechen, 0,7 % des BNE für EZA aufzuwenden, seit 1970 nie erfüllt (Orischnig, 2008). Die Ausgaben schwanken zwischen 0,23 % und 0,45 %. Seit 2022 sinken sie wieder und erreichen 2024 einen Wert von 0,34 % des BNE.

Quelle: BMF (2025)

Was wir sehen

- Österreichs EZA-Ausgaben sinken 2025 auf 0,34 % des BNE und entfernen sich damit noch weiter vom Ziel.
- Ein Teil dieser geringen Mittel fließt zudem nicht in die Partnerländer, sondern wird für die Versorgung von Geflüchteten in Österreich ausgegeben.

Was wir brauchen

- Österreich sollte seine Entwicklungszusammenarbeit stärken und mehr Mittel für Projekte vor Ort, die über die Austrian Development Agency (ADA) abgewickelt werden, budgetieren.
- Österreichische Unternehmen sollten ihre im Ausland erwirtschafteten Gewinne dort reinvestieren, um Entwicklung und gute Beschäftigung vor Ort zu ermöglichen.
- Die EU-Lieferkettenrichtlinie sollte ohne Aufweichungen rasch umgesetzt werden.

Im Detail

Bereits 1970 wurde im Rahmen der UNO vereinbart, dass die wohlhabenden Länder jährlich zumindest 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ländern mit niedrigem Lebensstandard verwenden sollen.

Unter den aktuellen Krisen, wie der Klimakrise und Zollkonflikten, leiden die Länder des Globalen Südens besonders.

Als eines der reichsten Länder der Welt wäre Österreich besonders gefordert, eine aktivere Rolle in der EZA einzunehmen. Die EZA-Ausgaben stagnieren jedoch seit Jahren und werden im Zuge der Budgetkonsolidierung nun erneut gekürzt. Nicht nur die Höhe, auch die Zusammensetzung der EZA-Mittel ist kritisch zu bewerten. Weniger als ein Zehntel wird für die bilaterale EZA aufgewendet, im Rahmen derer die Austrian Development Agency (ADA) Programme und Projekte in Partnerländern unterstützt.

Im Inland getätigte Ausgaben für die Versorgung von Geflüchteten aus Entwicklungsländern können als EZA-Leistungen anerkannt werden. Das ist problematisch, da diese weder die wirtschaftliche Entwicklung noch das Wohlergehen in den Partnerländern direkt fördern. Die gesunkene Zahl von Asylanträgen in Österreich erklärt einen Teil des Rückgangs der EZA-Ausgaben. Aufgrund der sinkenden EZA-Ausgaben und des hohen Anteils der Mittel, die im Inland ausbezahlt werden, wird der Indikator mit –2 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Österreich sollte einen ambitionierten Budgetpfad zur Erreichung des 0,7-%-Ziels bei den EZA-Ausgaben vorlegen. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf die Struktur der Ausgaben gerichtet werden. Im Fokus muss der Ausbau der direkten Projektarbeit in Kooperation mit lokalen NGOs zur Förderung der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, der Klimaanpassung oder der sozialen Infrastruktur stehen. Zudem sind mehr finanzielle Mittel im Bereich der multilateralen EZA erforderlich, etwa durch höhere Beiträge an die Vereinten Nationen.

Auch österreichische Unternehmen, die in anderen Ländern aktiv sind, sollten verpflichtet werden, vor Ort für gute Beschäftigung zu sorgen. Lokal erwirtschaftete Gewinne sollten in den jeweiligen Ländern reinvestiert werden, um dort zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Statt die Anwendung der EU-Lieferkettenrichtlinie aufzuweichen und zu verschieben (Eigner et al., 2025), sollten die wirtschaftlichen Verflechtungen zugunsten aller Beschäftigten und des Klimaschutzes verbessert werden.

Thema: **Budgetkonsoli**dierung und Wohlstand

Die Verringerung des Budgetdefizits zur Erreichung der von der EU-Kommission überwachten Budgetziele ist eine der wichtigsten politischen Bestrebungen der neuen Bundesregierung. Das Doppelbudget 2025/26 steht daher im Zeichen der Budgetkonsolidierung und priorisiert diese gegenüber anderen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen. Doch ist Budgetkonsolidierung mit steigendem Wohlstand für die Bevölkerung vereinbar?

In der aktuellen Form nicht, denn der Fokus auf Ausgabenkürzungen geht mit vielen negativen Folgen einher. Das Budget soll saniert werden, indem Investitionen verschoben, Geldleistungen wie der Klimabonus gestrichen und viele Sozialleistungen nicht mehr valorisiert werden. Offensivmaßnahmen, die die negativen Effekte der Kürzungen kompensieren, etwa der Ausbau der Kinderbetreuung oder eine bedarfsorientierte Schulfinanzierung, sind zwar vorgesehen, bleiben in ihrem Volumen jedoch gering. So führt die aktuelle Konsolidierung dazu, dass die Einkommensungleichheit steigt, da Haushalte mit geringen Einkommen eine deutlich höhere Last tragen (Premrov, 2025). Auch der

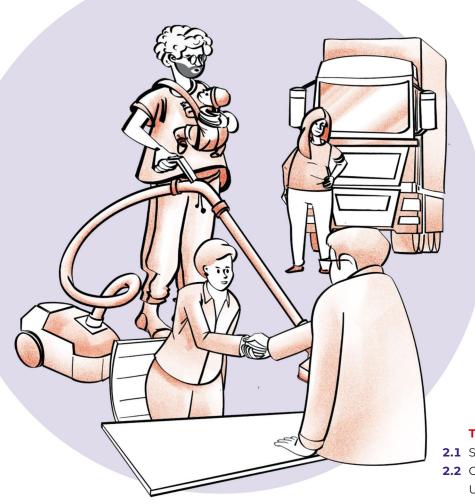
ambitionierte Pfad der Klimainvestitionen wird zurückgenommen, ohne dass er durch ordnungspolitische Maßnahmen ersetzt wird, weshalb das Erreichen der Klimaziele nochmals unwahrscheinlicher wird. Darüber hinaus gehen Ausgabenkürzungen des Staates mit vielen weiteren negativen Folgen einher, etwa in Bezug auf Beschäftigung, Konjunktur, Geschlechtergleichstellung oder politische Stabilität (Feigl et al., 2025). Die Folgen der Budgetkonsolidierung bilden sich daher an diversen Stellen im AK-Wohlstandsbericht ab.

In den kommenden Jahren wird eine Vielzahl weiterer Maßnahmen benötigt, um die Budgetvorgaben einzuhalten. Zentral dabei ist, dass soziale und ökologische Ziele nicht aus dem Blickfeld geraten. Eine besonnene Budgetkonsolidierung muss mehr als bisher auf der Einnahmenseite ansetzen. Die beschlossene Anhebung der Bankenabgabe und die höhere Besteuerung von Stiftungen dürfen dabei nur die ersten Schritte sein. Jene Personen, die finanziell mehr beitragen können, sollen dies auch tun. Besonders Vermögende sollen durch die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern einen gerechten Beitrag leisten, der sich auch unmittelbar positiv auf die hohe Ungleichheit auswirken würde. Wichtig ist aber auch, dass der Ausbau des Sozialstaates durch weitere Investitionen vorangetrieben wird. Die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wohnen und Klimaschutz müssen dabei in besonderem Maße gestärkt werden.

2 Vollbeschäftigung und gute Arbeit

Erwerbsarbeit hat einen großen Stellenwert für die Frage von Wohlstand und Wohlergehen - sowohl für den einzelnen Menschen als auch innerhalb der Gesellschaft. Nicht nur das im Erwerbsalter generierte Einkommen durch Arbeitskraft spielt eine große Rolle, sondern auch der damit verbundene Sozialstaat, finanziert durch Steuern und Abgaben. Jede in Österreich lebende Person nutzt den Sozialstaat in unterschiedlichen Lebensphasen (Bildung, Krankheit, Pension) – er trägt maßgeblich zum Wohlergehen aller bei. Der Arbeitsmarkt ist somit von zentraler Bedeutung. Das Ziel der Vollbeschäftigung muss dabei immer im Zusammenhang mit der Qualität der Arbeit betrachtet werden. Dabei ist auch demokratische Teilhabe, also die Möglichkeit der Mitbestimmung, essenziell. Darüber hinaus gilt es, auch das Verhältnis von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Haus-, Sorge- und Familienarbeit miteinzubeziehen.

Die Bewertungen im Kapitel "Vollbeschäftigung und gute Arbeit" ergeben einen Durchschnitt von -0,4. Die Gesamtbewertung fällt in diesem Bereich somit etwas besser als im Vorjahr aus, als der Wert -0,6 betrug. In Bezug auf die meisten Teilziele erfolgt eine neutrale Bewertung. So ist die Erwerbstätigenquote nur sehr leicht gestiegen. In Bezug auf die Qualität der Arbeit zeigt die Analyse, dass der Arbeitsklima Index zwar gegenüber dem Vorjahreszeitraum sehr leicht angestiegen ist, aber immer noch auf einem relativ niedrigen Niveau liegt. Auch die Entwicklung bei der Mitbestimmung wird dieses Jahr neutral bewertet, der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist marginal gesunken. Eine negative Bewertung erfolgt bei der Unterbeschäftigung, bei der der Abstand zum Zielwert besonders groß ist. Ebenso erfolgt eine negative Bewertung in Bezug auf die Differenz zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der geleisteten unbezahlten Arbeit: Der Gender-Care-Gap ist in Österreich sehr stark ausgeprägt.

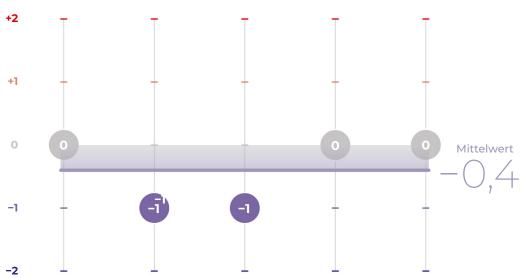


Teilziele

- 2.1 Steigende Erwerbstätigkeit
- **2.2** Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
- **2.3** Unbezahlte Arbeit gleich verteilen
- 2.4 Qualitativ hochwertige Arbeit
- **2.5** Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt

Vollbeschäftigung und gute Arbeit – negative Entwicklung

Ziel wird erreicht

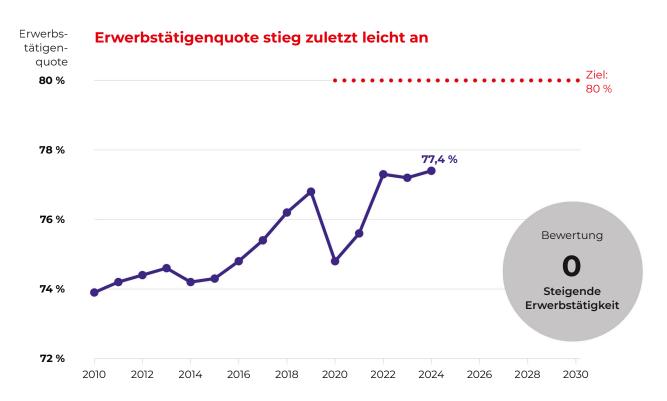


Klare Zielverfehlung

Steigende Geringe Unbezahlte Qualitativ Starke
Erwerbs- Arbeitslosigkeit Arbeit gleich hochwertige Mitbestimmung
tätigkeit und Unter- verteilen Arbeit in der
beschäftigung Arbeitswelt

2.1 Steigende Erwerbstätigkeit

Erwerbsarbeit spielt im bestehenden Wirtschaftssystem eine bedeutende Rolle für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung – und trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. Die Erwerbstätigenquote - oft auch Beschäftigungsquote genannt - misst den Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Wohnbevölkerung und ermöglicht eine grobe Einschätzung der Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, Beschäftigung zu schaffen. 2024 ist sie gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Dennoch ist der Indikator noch merkbar von Österreichs Ziel im Rahmen der sozialen EU-2030-Kernziele entfernt. Zu einer steigenden Erwerbsquote tragen Arbeitsplätze schaffende Maßnahmen sowie die gerechtere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung bei.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen in Österreich ab 2010. Diese ist in Österreich über einen längeren Zeitraum hinweg gestiegen, verzeichnet jedoch krisenbedingte Einbrüche. Der besonders starke Rückgang im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde danach wieder ausgeglichen. Aktuell liegt die Erwerbstätigenquote bei 77,4 %, leicht über dem Wert des Jahres 2022. Der definierte Zielwert beträgt 80 %.

Quelle: Eurostat (2025c)

- Die Erwerbstätigenquote ist über einen längeren Zeitraum hinweg – mit krisenbedingten Einbrüchen – insgesamt gestiegen.
- Nach dem Einbruch 2020 im Zuge der CO-VID-19-Pandemie erholte sich die Beschäftigung bis 2022.
- Vor dem Hintergrund einer angespannten wirtschaftlichen Entwicklung stagnierte die Erwerbstätigenquote danach beinahe, 2024 stieg sie leicht an.

Was wir brauchen

- Es braucht ein Beschäftigungs- und Qualifizierungspaket (Witzani-Haim und Six, 2024), um mehr Menschen in gute Beschäftigung zu bringen.
- Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft müssen vorangetrieben werden. Diese zukunftsorientierten Weichenstellungen würden auch dazu beitragen, Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren.

Im Detail

Für gesellschaftlichen Wohlstand ist eine hohe Erwerbstätigenquote mit angemessenen Arbeitszeiten (z. B. "gesunde Vollzeit" mit 32 Wochenstunden), guter Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen erstrebenswert. Die Zielvorgabe muss demografischen Entwicklungen und unterschiedlichen Lebensverläufen (Ausbildungszeiten, Ruhezeiten) Rechnung tragen. Im Rahmen der sozialen EU-2030-Kernziele hat Österreich das Ziel formuliert, bis 2030 79,9 % der 20- bis 64-Jährigen in Beschäftigung zu bringen (BKA, 2022). Vor diesem Hintergrund setzen wir den Zielwert für die Erwerbstätigenquote auf mindestens 80 %.

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie sank die Erwerbstätigenquote 2020 stark. Der Einbruch konnte bis 2022 überwunden werden. Die globalen politischen und ökonomischen Entwicklungen tragen seither zu einer eingetrübten wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich bei. Aufgrund unzureichender Inflationsbekämpfung und fehlender Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft konnte der konjunkturelle Einbruch ab 2022 nicht ausreichend abgefedert werden. 2024 lag die Erwerbstätigenquote – nach einem marginalen Anstieg – bei 77,4 %. Während sie bei Männern knapp über dem Zielwert liegt (80,8 %), liegt sie bei Frauen weit darunter (73.9 %).

Aufgrund der beinahe stagnierenden Erwerbstätigenquote und des deutlich verfehlten Zielwerts von 80 % bewerten wir die Entwicklung des Indikators mit 0.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um Vollbeschäftigung bei guter Arbeit zu erreichen, sind Investitionen zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen in den Bereichen öffentlicher Verkehr und thermische Sanierung sowie eine spürbare Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich notwendig. Eine Weiterentwicklung der Solidaritätsprämie beim AMS kann den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung unterstützen (Figerl et al., 2021).

Zusätzlich bedarf es einer effektiven Gleichstellungspolitik, um Geschlechterungleichheiten in der Erwerbstätigkeit zu reduzieren. Für benachteiligte Personen auf dem Arbeitsmarkt ist eine Jobgarantie erforderlich (Tamesberger und Theurl, 2019, 2021). Jugendliche benötigen ausreichend Lehrstellen, insbesondere überbetriebliche. Die Integration von Menschen mit Fluchterfahrungen und Migrationshintergrund muss gefördert werden – etwa durch einen erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft, Qualifizierungsmaßnahmen und eine einfachere Anerkennung von Qualifikationen.

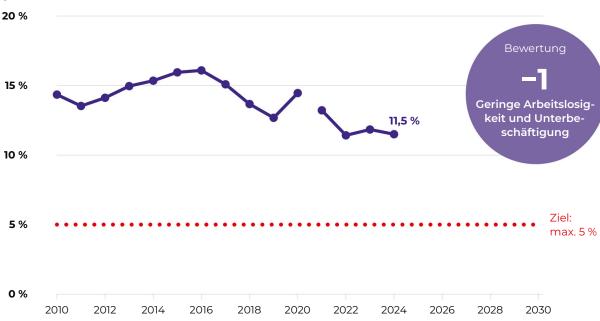
2.2 Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit ist mit vielen negativen Folgen für die Betroffenen verbunden. Eine hohe Erwerbslosigkeit zeugt zudem von Markt- und Politikversagen. Ziel muss es sein, nicht nur die Arbeitslosenquote, sondern auch die aussagekräftigere Unterbeschäftigungsquote zu senken. Diese erfasst Arbeitslose, inklusive Personen in Schulung, Teilzeitbeschäftigte, die gerne mehr arbeiten möchten, sowie Personen, die arbeiten wollen, aber die Suche nach Arbeit aufgegeben haben.

Die Unterbeschäftigungsquote entwickelte sich über mehrere Jahre stark schwankend, 2024 ging der Wert leicht zurück. Notwendig sind eine gerechtere Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit sowie eine effektive aktive Arbeitsmarktpolitik, die benachteiligten Menschen Perspektiven eröffnet.

Unterbeschäftigungsquote

Unterbeschäftigungsquote ist zuletzt leicht gesunken, aber weit entfernt vom Ziel



Die Unterbeschäftigungsquote zeigt die Zahl der Arbeitslosen, der Teilzeitbeschäftigten, die gern mehr arbeiten möchten, sowie der "entmutigten" Personen, die für Erwerbsarbeit bereit wären, aber nicht danach suchen, als Teil der "erweiterten" Erwerbsbevölkerung. 2024 ging die Unterbeschäftigungsquote leicht zurück und lag bei 11,5 %. Die Unterbrechung der Linie kennzeichnet einen Zeitreihenbruch.

Quelle: Eurostat (2025b, 2025l, 2025m, 2025k); eigene Berechnungen

- Nach der COVID-19-Pandemie ist die Unterbeschäftigung deutlich zurückgegangen und 2023 wieder gestiegen.
- 2024 ist die Unterbeschäftigung leicht gesunken, liegt jedoch weiterhin deutlich vom Zielwert entfernt.

Was wir brauchen

- Eine auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Politik muss Perspektiven auf gute Arbeit schaffen.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann die Chancen auf Beschäftigung für benachteiligte Zielgruppen verbessern und sollte dafür finanziell besser ausgestattet werden. Es braucht effektive Qualifizierungsangebote.
 Zudem sollte eine Arbeitsplatzgarantie für Menschen geschaffen werden, die am Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekommen.
- Arbeit muss gerechter verteilt werden, insbesondere durch eine Senkung der Normalerwerbsarbeitszeit, perspektivisch etwa auf 32 Wochenstunden.

Im Detail

Jeder Mensch, der einer Erwerbsarbeit nachgehen will, soll im persönlich gewünschten und ökologisch und gesellschaftlich verträglichen Ausmaß die Möglichkeit dazu haben. Denn arbeitslos, unterbeschäftigt oder überbeschäftigt zu sein, beeinträchtigt das subjektive Wohlergehen. Als Ziel für die Unterbeschäftigungsquote legen wir einen Wert von 5 % fest.

Die Unterbeschäftigungsquote hat sich im Zeitverlauf schwankend entwickelt. Nach der COVID-19-Pandemie ging sie deutlich zurück und verzeichnete 2023 wieder einen Anstieg. Zuletzt ist sie leicht gesunken. Die Quote hängt maßgeblich von den verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten ab und ist getrieben von wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen. Eine effektive aktive Arbeitsmarktpolitik kann dazu beitragen, die Chancen auf Beschäftigung für benachteiligte Personengruppen zu verbessern. Die AMS-Budgetkürzungen 2023 gingen mit einer entsprechend passiven Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik einher. Die aktuell von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel stabilisieren das Budget leicht über dem zuletzt vorhandenen Niveau.

Die Unterbeschäftigung ist zwar 2024 marginal zurückgegangen. Da aber auch der große Abstand zum Zielwert in die Bewertung einfließt, beurteilen wir den Indikator mit –1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine auf Vollbeschäftigung orientierte Politik muss in einem sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft und vor dem Hintergrund der Digitalisierung Perspektiven auf gute Arbeit schaffen. Öffentliche Zukunftsinvestitionen, eine Verkürzung der Normalarbeitszeit (perspektivisch etwa auf 32 Wochenstunden) und eine gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit können dazu beitragen, Unterbeschäftigung zu reduzieren.

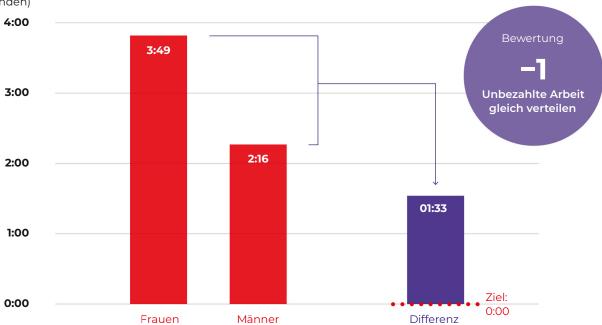
Flankierend bedarf es erstens effektiver arbeitsmarktpolitischer Bemühungen, um Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, die Aufnahme von hochwertiger Beschäftigung zu ermöglichen (Moder und Theurl, 2023), und zweitens mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik, um die hohen Ausgrenzungsrisiken besonders in Krisenzeiten abzufedern (Huemer und Mahringer, 2024. Dazu zählt auch ein ausreichendes Kinderbetreuungsangebot. Eine Arbeitsplatzgarantie kann dazu genutzt werden, Angebote für diejenigen zu schaffen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr bekommen.

2.3 Unbezahlte Arbeit gleich verteilen

Dass Frauen immer noch die Hauptlast der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit tragen, ist eines der größten Hindernisse für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Beteiligung am Erwerbsleben von Frauen. Eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, materiellen Wohlstand gerecht zu verteilen und gute Arbeit zu ermöglichen. Ziel muss es sein, die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern zu überwinden. Der Indikator zeigt, dass nach wie vor ein erheblicher Gender-Care-Gap besteht. Es gilt unter anderem, soziale Dienstleistungen in den Bereichen Kinderbildung, Pflege und Betreuung auszubauen und die Erwerbsarbeitszeit gleicher zu verteilen.

Unbezahlte Sorgearbeit (in Stunden)

Unbezahlte Arbeit bleibt ungleich verteilt



Die Abbildung zeigt die Differenz im Ausmaß der täglich geleisteten unbezahlten Haus- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen (Erhebungszeitraum 2021/22). Bei Frauen beträgt das Ausmaß der unbezahlten Arbeit täglich im Durchschnitt 3 Stunden und 49 Minuten, bei Männern 2 Stunden und 16 Minuten. Damit leisten Frauen täglich 1 Stunde und 33 Minuten mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Der Zielwert der Differenz beträgt O. Der Bericht verwendet eine engere Definition unbezahlter Arbeit und weicht deshalb von Berichten zur Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria ab.

Quelle: Statistik Austria (2024); eigene Berechnungen

- Die Hauptlast der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit liegt nach wie vor bei Frauen (im Durchschnitt 3 Stunden und 49 Minuten täglich), die 1,7-mal so viel unbezahlte Arbeit leisten wie Männer (2 Stunden und 16 Minuten).
- Der Gender-Care-Gap wird größer, sobald Kinder im gemeinsamen Haushalt leben.

Was wir brauchen

- Es braucht einen Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und -betreuungsangebote ab dem 1. Geburtstag und einen Ausbau ganztägiger Schulformen.
- Es bedarf mehr qualitätsvoller sozialer
 Dienstleistungen im Bereich der Pflege.
- Steuer-, Abgaben- und Fördersysteme müssen umgestaltet werden, um die partnerschaftliche Teilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zu fördern.
- Es braucht eine kürzere, gesunde Vollzeit für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Im Detail

Eine wohlstandsorientierte Politik muss auf die gesamtgesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern hinarbeiten. Ziel muss es sein, die ungleiche Verteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern zu überwinden. Daten zur Verteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeiten werden in Österreich nur unregelmäßig erhoben. Die aktuellen Zeitverwendungserhebungen fanden in den Jahren 2008/09 sowie 2021/22 statt.

Trotz nicht eindeutiger Vergleichbarkeit der Daten zeigt sich eine leichte Verringerung des Gender-Care-Gap seit den 1980er-Jahren. Gründe dafür sind unter anderem ein verbessertes Angebot von Kinderbetreuungsplätzen, kürzere Modelle beim Kinderbetreuungsgeld, aber auch ein leicht gestiegenes Engagement von Männern. Allerdings stiegen während und nach der COVID-19-Pandemie die Belastungen durch unbezahlte Arbeit bei Frauen wieder deutlich an (Derndorfer et al., 2021). Insgesamt stagniert der Anteil der von Frauen übernommenen unbezahlten Arbeit seit der letzten Erhebung bei rund zwei Dritteln. Generell zeigt sich, dass der Gender-Care-Gap größer wird, sobald Kinder im gemeinsamen Haushalt leben.

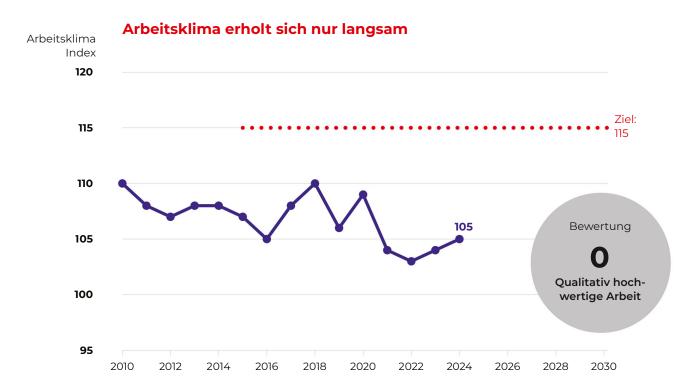
Zudem sinkt seit einigen Jahren die Väterbeteiligung bei der Karenz bzw. dem Bezug von Kinderbetreuungsgeld (Riesenfelder und Danzer, 2024). Da eine Erreichung des Ziels nicht in Sicht ist, bewerten wir den Indikator mit –1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um eine gleiche Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern zu fördern, müssen qualitätsvolle soziale Dienstleistungen im Bereich der Kinderbildung bzw. der Pflege und Betreuung sowie ganztägige Schulformen weiter ausgebaut werden. Wichtig ist ein Rechtsanspruch auf qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und -betreuungsangebote ab dem 1. Geburtstag. Darüber hinaus müssen Steuer- und Abgabensysteme und die Familienförderung so umgebaut werden, dass eine partnerschaftliche Teilung der unbezahlten Arbeit und der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert wird bzw. negative Anreize beseitigt werden. Zudem ist eine gleichere Verteilung der Erwerbsarbeitszeit zwischen den Geschlechtern eine wichtige Voraussetzung, um auch unbezahlte Arbeit leichter umverteilen zu können. Eine deutliche Verkürzung der Normalerwerbsarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Abbau von Barrieren hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit würden für Männer Anreize schaffen, einen gerechten Anteil der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit zu übernehmen.

2.4 Qualitativ hochwertige Arbeit

Erwerbsarbeit ermöglicht sowohl materielle als auch gesellschaftliche Teilhabe und damit subjektive Sinnstiftung. Sind die Bedingungen, unter denen die Arbeit verrichtet wird, unzureichend, entstehen Probleme und Belastungen. Eine hohe Qualität der Arbeit ist eine Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität. Zur Bewertung des Teilziels wird der "Arbeitsklima Index" herangezogen, der von der AK Oberösterreich in Auftrag gegeben wird. Im Rahmen dieser regelmäßigen Befragung werden Einschätzungen von Beschäftigten hinsichtlich der Gesellschaft, ihres Betriebs und ihrer Arbeit sowie Erwartungen künftiger Entwicklungen erhoben. Der Gesamtindex verschlechterte sich ab 2021 deutlich, in den letzten beiden Jahren gab es leichte Verbesserungen. Notwendig sind etwa planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten und Maßnahmen gegen psychische Stressfaktoren.



Der Gesamtwert von 100 Punkten in der ersten Erhebung des Arbeitsklima Index 1997 bildet die Ausgangsbasis für künftige Indexbewegungen. Eine hohe Punktezahl steht für ein gutes Arbeitsklima. Abgebildet wird jeweils der Frühjahreswert des Gesamtindex. Von einem relativ hohen Wert zum Jahresbeginn 2020 (109 Indexpunkte) sank der Wert 2022 auf 103 Punkte ab. Das entspricht fast dem Tiefststand im Jahr 1997 (100 Punkte). Seither lässt sich wieder ein leichter Anstieg in den Indexpunkten erkennen. 2024 wird ein Wert von 105 Punkten verzeichnet. Der Zielwert von 115 Punkten wird trotzdem deutlich verfehlt.

Quelle: AK Oberösterreich (2025a)

- Lag der Gesamtindex zu Beginn des Jahres 2020 mit 109 Punkten noch auf einem hohen Niveau, stürzte er in den beiden Folgejahren ab. 2022 lag der Index bei nur noch 103 Punkten. In den letzten beiden Jahren lässt sich wieder ein leichter Anstieg beobachten. 2024 lag der Wert bei 105.
- Das liegt vor allem an der besseren Einschätzung der eigenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt sowie an einem größeren Optimismus bezüglich des eigenen gesellschaftlichen Status.

Was wir brauchen

- Ein stärkerer Fokus auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Beschäftigten würde die Arbeitszufriedenheit positiv beeinflussen.
 Dazu zählt beispielsweise die Unterstützung der Beschäftigten, um Beruf und Privatleben besser zu vereinen.
- Erforderlich sind dafür mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Arbeitszeitgestaltung sowie eine Arbeitszeitverkürzung.

Im Detail

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sind wichtig für gesellschaftlichen Wohlstand. Der Arbeitsklima Index ist eine der zentralen Datenquellen für die Qualität der Arbeit in Österreich. Als Ziel für den Gesamtindexwert definieren wir ein Niveau von 115 Punkten.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie brachten einen deutlichen Einbruch der Indexwerte. Zwar lässt sich seit 2023 wieder eine Verbesserung erkennen, das Vorkrisenniveau ist jedoch noch nicht erreicht. Die steigenden Werte lassen sich vor allem auf die bessere Einschätzung der eigenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt zurückführen.

Auffallend ist, dass sich die Zahl der Beschäftigten, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben mit "(sehr) schlecht" bewerten, in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt hat (AK Oberösterreich, 2025a).

Überlange Arbeitstage, Wochenendarbeit und Überstunden wirken sich negativ auf die Arbeitszufriedenheit aus. 45 % der Beschäftigten, die zumindest gelegentlich am Wochenende arbeiten müssen, halten es für eher oder sehr unwahrscheinlich, bis zur Pension durchzuhalten (AK Oberösterreich, 2025b).

Da sich der Gesamtindexwert 2024 gegenüber dem Vorjahr nur um einen Indexpunkt verbessert hat und von dem Zielwert von 115 Punkten weit entfernt ist, erfolgt eine Bewertung von 0.

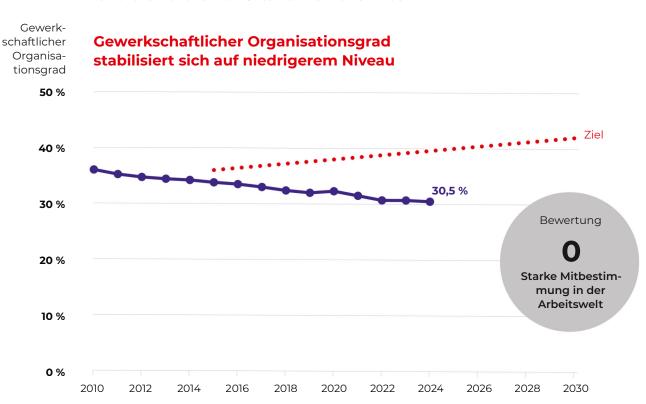
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Wesentliche Eckpunkte eines effektiven Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze sind dabei: planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten, eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie der Anspruch auf eine Vier-Tage-Woche, die leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche und mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt. Auch die gesetzliche Verankerung von Arbeits- und Organisationspsycholog:innen als Präventivfachkräfte sowie eine substanzielle Personalaufstockung von Arbeitsinspektor:innen verbessern die Arbeitsbedingungen.

Die Qualität der Arbeit hängt auch von branchenbezogenen und innerbetrieblichen Entwicklungen ab. In Branchen mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigen Einkommen und hoher Unzufriedenheit, beispielsweise Gastronomie oder Reinigung, sind gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsqualität dringend zu setzen. Außerdem braucht es effektive Maßnahmen mit Blick auf psychische Stressfaktoren wie Isolation am Arbeitsplatz oder die mangelnde Möglichkeit der Zeiteinteilung.

2.5 Starke Mitbestimmung in der Arbeitswelt

Umfassende Mitbestimmung in der Arbeitswelt führt nicht nur zu besseren Arbeitsbedingungen, höheren Löhnen und höherer Produktivität. Sie wirkt sich auch positiv auf das gesellschaftliche Miteinander aus, etwa indem sie die demokratische Beteiligung fördert. Ein zentraler Indikator im Bereich der Mitbestimmung ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad, da ein höherer Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Arbeitnehmer:innen größere Möglichkeiten zur Vertretung der Beschäftigteninteressen bedeutet. Der Organisationsgrad ist in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich zurückgegangen, hat sich zuletzt aber stabilisiert. Um Mitbestimmung weiter zu stärken, gilt es, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen auszubauen und mitbestimmungsfeindliche Praktiken von Unternehmen zu verhindern.



Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ergibt sich aus dem Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den unselbstständig Beschäftigten. In den letzten Jahrzehnten hat der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Österreich abgenommen. So lag er vor 40 Jahren noch bei über 60 %, vor 20 Jahren bei über 40 %, vor 10 Jahren bei rund 35 % und liegt nun nur mehr bei rund 30 %. Allerdings konnte dieser Rückgang in den letzten Jahren abgebremst werden; der Organisationsgrad stabilisiert sich seit einigen Jahren auf niedrigerem Niveau.

Quelle: BMASGPK (2024), ÖGB (2024)

- Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sollte so hoch wie möglich sein, um Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen in eine starke Verhandlungsposition zu versetzen.
- In den letzten Jahrzehnten hat der Organisationsgrad in Österreich allerdings kontinuierlich abgenommen. Er stabilisiert sich nun aber seit einigen Jahren weitgehend auf niedrigerem Niveau.

Was wir brauchen

- Zur Steigerung des Organisationsgrads ist es wichtig, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für Betriebsräte und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und auszubauen
- Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um die betriebliche Vertretungslücke zu schließen und über den Betrieb hinaus gesamtgesellschaftlich wirksam zu werden. Zudem braucht es verbesserten Schutz vor mitbestimmungsfeindlichen Maßnahmen von Unternehmen.

Im Detail

Neben der Kollektivvertragsabdeckung und den Indikatoren der betrieblichen Mitbestimmung stellt der gewerkschaftliche Organisationsgrad einen zentralen Indikator für die Mitbestimmung in der Arbeitswelt dar. Er sollte so hoch wie möglich sein, um Gewerkschaften und Arbeitnehmer:innen in eine starke Verhandlungsposition zu versetzen. In vielen EU-Ländern nahm der Wert jedoch in den letzten Jahrzehnten ab. Auch in Österreich ging er zurück, stabilisiert sich nun allerdings auf niedrigerem Niveau. 2024 hatte der ÖGB rund 1,21 Mio. Mitglieder, was einem Organisationsgrad von 30,5 % entspricht. Positiv ist, dass der Frauenanteil zuletzt kontinuierlich gestiegen ist und 2024 erstmals bei über 38 % liegt.

Es gibt verschiedene Gründe für den langfristig sinkenden Organisationsgrad: So treffen heterogenere und individualisiertere Belegschaften auf sich wandelnde Arbeitsmärkte. Auch dezentrales und fragmentiertes Arbeiten erschwert die Möglichkeiten einer kollektiven Interessenvertretung. Gewerkschaften versuchen, diesem Trend unter anderem über Organizing-Kampagnen und gezielteres Mitgliederservice gegenzusteuern. Diese Bemühungen spiegelten sich auch in den Mitgliederzahlen wider: In den letzten Jahren konnten in Österreich leichte Zuwächse verzeichnet werden, bis 2023 stieg die Mitgliederzahl kontinuierlich an. Im Jahr 2024 kam es zu einem leichten Rückgang um rund 5.000 Mitglieder.

Angesichts des weiterhin niedrigeren, aber stabilen Organisationsgrads bewerten wir den Trend aktuell neutral mit 0.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um auch in Zukunft effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten sicherzustellen, gilt es, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen für Betriebsräte und Gewerkschaften aufrechtzuerhalten (wie etwa die gesetzliche Mitgliedschaft in Wirtschafts- und Arbeiterkammern) und auszubauen (beispielsweise durch Verbesserungen bei Freistellungen von Betriebsratsmitgliedern). Ebenso wichtig sind weitere Maßnahmen der Gewerkschaften zur Mitgliedergewinnung und -partizipation, um ihren Organisationsgrad zu steigern und die betriebliche Vertretungslücke zu schließen.

Auch braucht es stärkeren Schutz für Arbeitnehmer:innen, die ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte in Anspruch nehmen wollen. So gibt es auch in Österreich noch immer Formen des Union-Bustings, z. B. indem Menschen wegen der geplanten Wahl eines Betriebsrats gekündigt bzw. ausgesperrt werden. Hier braucht es u. a. effektive Sanktionen gegen mitbestimmungsfeindliche Unternehmen.

Thema: Kinderarmut als blinder Fleck des Wohlfahrtsstaates

Kinderarmut ist in Österreich ein drängendes Problem, das nicht nur die unmittelbaren Lebensbedingungen von Familien betrifft, sondern auch langfristig das gesellschaftliche Wohlergehen beeinträchtigt. Während viele Kinder in finanziell stabilen Haushalten aufwachsen und Zugang zu guter Betreuung, Bildung und Freizeitangeboten haben, lebt ein beträchtlicher Teil unter prekären Bedingungen oder hat nicht dieselben Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies wirkt sich auf Gesundheit, Bildungschancen und soziale Integration aus – und kann auch langfristige Folgen haben.

Die eine Seite des Problems zeigt sich in der materiellen Dimension: Laut Statistik Austria waren 2024 rund 353.000 Kinder und Jugendliche in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, das entspricht knapp 19 % aller unter 18-Jährigen (Statistik Austria, 2025f). Besonders hoch ist das Risiko für Kinder von Alleinerzieher:innen (über 40 %), Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Haushalte mit Migrationshintergrund. Diese Familien berichten wesentlich häufiger, dass es an Geld für gesunde Ernährung, passende Kleidung oder notwendige Lernmaterialien fehlt. Auch beim Thema Wohnen zeigt sich die Belastung: 14 % der armutsgefährdeten Haushalte mit Kindern geben mehr als 40 % ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aus. Rund 5 % aller Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre (entspricht rund 79.000 Menschen) müssen in Österreich in manifester Armut leben, was bedeutet, dass sie erheblich materiell und sozial benachteiligt sind.

Die andere Seite betrifft die langfristigen Folgen: Kinder, die in Armut aufwachsen, haben ein deutlich höheres Risiko, auch als Erwachsene von prekären Jobs oder Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Fehlende Mittel für Nachhilfe, Computer oder Vereinsbeiträge führen zu Bildungsnachteilen, die sich in schlechteren Arbeitsmarktchancen niederschlagen. Österreich zählt laut OECD zu jenen Ländern, in denen der Bildungserfolg besonders stark vom Elternhaus abhängt (OECD, 2024a). Kinderarmut verfestigt soziale Ungleichheiten über Generationen hinweg und verursacht zugleich hohe gesellschaftliche Folgekosten: beispielsweise durch langfristig höhere Ausgaben für das Sozial- und Gesundheitssystem sowie für Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration aufgrund ungenutzten Bildungs- und Arbeitskräftepotenzials.

Politische Maßnahmen versuchen gegenzusteuern, reichen aber bislang nicht aus. Österreichs Familienpolitik setzt besonders auf Geldleistungen, welche zwar viele Haushalte entlasten, doch einkommensschwache Familien nicht vor Armut bewahren. Die aktuellen Pläne, die Kinderzuschläge in der Sozialhilfe auf maximal 35 Euro zu reduzieren, trifft besonders kinderreiche Familien sowie Haushalte mit Migrationshintergrund, deren Einkommen ohnehin knapp ist und die deshalb auf solche Zuschläge angewiesen sind. Gleichzeitig ist die Einführung einer Kindergrundsicherung, durch die bestehende Leistungen gebündelt und um weitere ergänzt werden sollen, Teil des Regierungsprogramms, jedoch bisher ohne konkrete Umsetzungspläne.

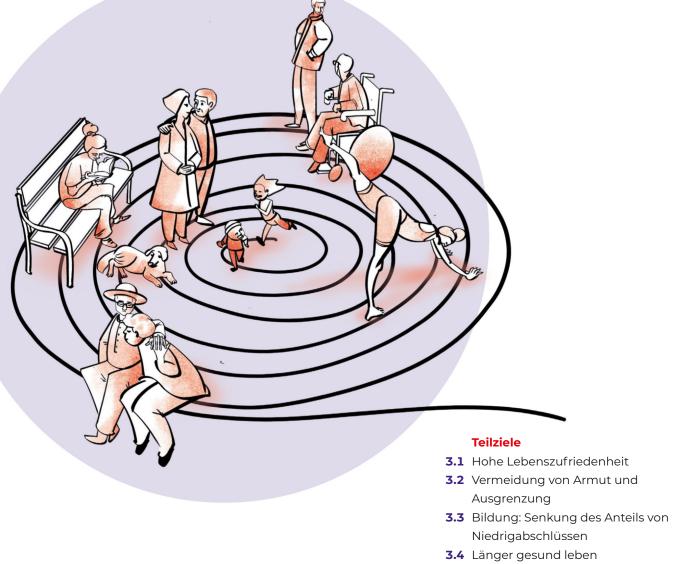
Entscheidend für eine präventive Armutspolitik sind strukturelle Rahmenbedingungen: leistbarer Wohnraum, flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, Transferleistungen und Investitionen in Bildung und Gesundheit sowie gut ausgebaute und niederschwellig zugängliche soziale Dienste. Eine konsequente Bekämpfung von Kinderarmut ist damit nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern auch eine zentrale Investition in das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft.

3 Hohe Lebensqualität

Die Lebensqualität ist wohl das unmittelbarste Bewertungskriterium für gesellschaftlichen Wohlstand. Bereits in den Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (Stiglitz et al., 2009) wird betont, dass Aspekte der Lebensqualität nur durch einen Mix aus subjektiven Einschätzungen und objektiven Daten dargestellt werden können. Dabei decken diese ein breites Themenspektrum ab, das von Bildung und Gesundheit über die Qualität des Wohnens bis zu Fragen der sozialen Beteiligungsmöglichkeiten reicht.

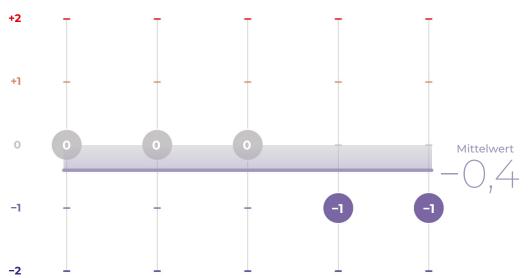
Die Entwicklung in Bezug auf das Ziel "Hohe Lebensqualität" wird dieses Jahr leicht negativ mit -0,4 bewertet. Dieser Durchschnittswert fällt etwas schlechter aus als im letztjährigen Bericht. Die Indikatoren ergeben ein gedämpftes Bild.

Bei drei Teilzielen erfolgen neutrale Bewertungen. Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit sinkt leicht, ist aber insgesamt weiterhin hoch. Der Anteil an Niedrigqualifikationen ist leicht zurückgegangen, doch ein baldiges Erreichen des Ziels ist hier nicht in Sicht. Die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote geht zwar zurück, zugleich ist der Abstand zum Ziel aber weiterhin sehr deutlich. Die vierteljährlichen Befragungen der Statistik Austria (2025d) zu den sozialen Krisenfolgen zeigen zudem, dass für viele Menschen essenzielle Ausgaben nicht leistbar sind. Negativ bewertet werden die Entwicklungen in Bezug auf die Teilziele Wohnen und Gesundheit. Der Anteil der Haushalte, die durch Wohnkosten überbelastet sind, stieg (leicht) an. Zudem ging die Zahl der zu erwartenden gesunden Lebensjahre erneut zurück. Im Schnitt verbringen Menschen in Österreich 21,5 Lebensjahre mit schweren oder mittelschweren gesundheitlichen Problemen, was die Notwendigkeit verstärkter Prävention von Erkrankungen verdeutlicht.



Hohe Lebensqualität – leichte Verringerung

Ziel wird erreicht



Klare Zielverfehlung

Hohe Lebenszufriedenheit

Vermeidung von Armut und Senkung des Ausgrenzung

Bildung: Anteils von Niedrigabschlüssen

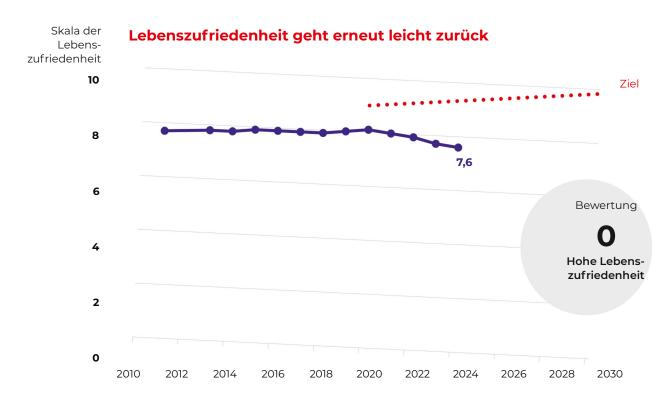
Länger gesund leben Leistbares Wohnen

3.5 Leistbares Wohnen

3.1 Hohe Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit von Menschen wird durch zahlreiche - oft auch zutiefst persönliche - Faktoren bestimmt. Aufgabe der Politik ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um ein hohes Wohlergehen aller zu ermöglichen. Ein wichtiger Indikator zur Messung der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens ist die allgemeine Lebenszufriedenheit ("Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?").

Die in Befragungen ausgedrückte Lebenszufriedenheit liegt in Österreich im Allgemeinen auf einem hohen Niveau. Jedoch fand in den letzten Jahren ein Abwärtstrend statt. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen. Hochwertige Arbeitsplätze und ein starker Sozialstaat sind maßgebliche Faktoren, die hohe Lebenszufriedenheit begünstigen.



Die Beantwortung der Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit erfolgt in der Befragung auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 10 die höchste Zufriedenheit darstellt. Die Grafik zeigt den Durchschnittswert. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist in Österreich generell hoch, ging aber in den letzten Jahren etwas zurück. Der Maximalwert lag bei 8,1 (2020), der Minimalwert bei 7,6 (2024). Der aktuellste Wert stellt also den bisher tiefsten Stand der Zeitreihe dar.

Quelle: Statistik Austria (2025e); Wert für 2024: Eurostat (2025a)

- Obwohl Österreich im internationalen
 Vergleich weiterhin im Schnitt eine hohe
 Lebenszufriedenheit aufweist, zeigt sich ein leichter Rückgang seit 2020. Hier spielen insbesondere die sozialen Verunsicherungen und finanzielle Sorgen im Zuge der Pandemie, der Teuerungskrise und der wirtschaftlichen Rezessionen eine wichtige Rolle.
- Deutliche Unterschiede zeigen sich entlang der Einkommensverteilung: Je h\u00f6her das Einkommen, desto h\u00f6her die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Was wir brauchen

- Das "österreichische Modell" eines gut ausgebauten Sozialstaates muss abgesichert und weiterentwickelt werden.
- Gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze sowie ein armutsfester Sozialstaat sind wesentliche Voraussetzungen, um die Lebenszufriedenheit von sozial benachteiligten Personen zu erhöhen.

Im Detail

Ziel ist ein möglichst hohes Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Gleichzeitig gilt es, die Lebenszufriedenheit sozial benachteiligter Gruppen deutlich zu erhöhen.

Seit die allgemeine Lebenszufriedenheit in Österreich erhoben wird, liegt der Durchschnittswert auf einem stabil hohen Niveau (zwischen 7,6 und 8,1 von 10 möglichen Punkten). Im internationalen Vergleich ist dieser Wert sehr hoch. Im Zuge von Pandemie, Teuerungskrise und wirtschaftlichen Rezessionsjahren ist der Wert in den letzten Jahren leicht, aber kontinuierlich gesunken. Weiters zeigen sich deutliche Unterschiede entlang der Einkommensverteilung: Je höher das Einkommen, desto höher die allgemeine Lebenszufriedenheit. Besonders Personen mit niedrigem Einkommen, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete und dauerhaft Arbeitslose leiden an den fehlenden Mitteln und Zugängen zur ökonomischen und sozialen Teilhabe, was sich negativ auf ihr subjektives Wohlbefinden auswirkt. Die Teuerungskrise und die wirtschaftliche Rezession stellen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen auf eine zusätzliche Probe. Maßnahmen, die den Sozialstaat stärken und damit zum Erhalt des Lebensstandards und der sozialen Teilhabe beitragen, wirken daher indirekt auch auf die Lebenszufriedenheit dieser Gruppen.

Wir bewerten den Trend angesichts der prinzipiell hohen durchschnittlichen Lebenszufriedenheit mit geringen, aber kontinuierlichen Einbußen im Zuge der letzten Krisen aktuell mit O.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

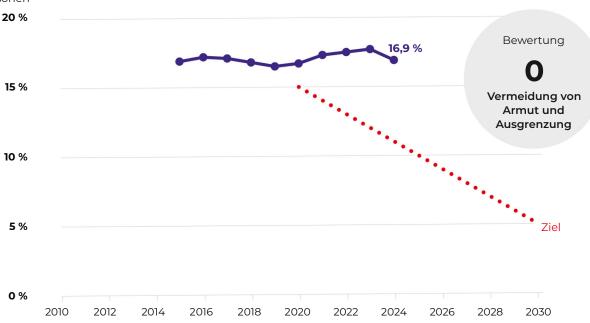
Um die Rahmenbedingungen für ein möglichst hohes Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit in Österreich zu verbessern und die Lebenszufriedenheit sozial benachteiligter Gruppen (z. B. von Personen mit niedrigem Einkommen, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten und dauerhaft Arbeitslosen) zu erhöhen, braucht es effektive Maßnahmen. Angesichts der vielen Krisen der letzten Jahre ist es besonders wichtig, das "österreichische Modell" eines gut ausgebauten Sozialstaates abzusichern und weiterzuentwickeln. Die Werte zur Lebenszufriedenheit bewegen sich nach wie vor auf einem hohen Niveau, doch die Entwicklung der letzten Jahre könnte ein früher Indikator für strukturelle Herausforderungen sein. Damit die Lebenszufriedenheit wieder steigt, gilt es insbesondere, die Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen deutlich zu senken. Dazu braucht es einen leistungsfähigen Sozialstaat, eine Senkung der Arbeitslosigkeit, gerechte Löhne und kollektivvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse.

3.2 Vermeidung von Armut und Ausgrenzung

Armut und Ausgrenzung sind zweifellos extreme Formen fehlenden Wohlstands. Der Indikator des Risikos von Armut oder sozialer Ausgrenzung besteht aus drei Dimensionen, die Einkommenshöhe (im Verhältnis zur Mitte der Einkommensverteilung), Erwerbsarbeitsstunden und Leistbarkeit von essenziellen Gütern und Dienstleistungen abdecken. Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen an der Bevölkerung stieg ab 2020, zuletzt ging der Wert aber zurück. Um effektiv vor Armut zu schützen, müssen existenzsichernde Sozialleistungen angehoben, öffentliche Dienstleistungen ausgeweitet und Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit gesetzt werden.

Anteil von Armut oder Ausgrenzung bedrohter Personen

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ging zuletzt zurück, ist aber vom Ziel weit entfernt



Der Anteil jener Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, hat nach Jahren leichter Rückgänge ab 2020 kontinuierlich zugenommen – bis zu 17,7 %im Jahr 2023. 2024 geht dieser Wert wieder zurück auf 16,9 %. Das in der Grafik eingetragene Ziel einer sehr deutlichen Reduktion des Indikatorwerts bleibt jedoch weit entfernt. Quelle: Eurostat (2025o)

- Aufgrund des gut ausgebauten Sozialstaates ist das Risiko von Armut oder sozialer
 Ausgrenzung in Österreich im Vergleich zu
 vielen anderen EU-Staaten weniger stark
 ausgeprägt, aber trotzdem auf einem hohen
 Niveau.
- Der Anteil jener Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, geht im Vergleich zur Vorjahresrekordhöhe zurück – auf 16,9 %. Die Verbesserung des Indikators liegt an einem Rückgang der relativen Armutsgefährdung. Die Anzahl der Menschen in manifester Armut bleibt jedoch konstant hoch, während der Anteil der Menschen mit keiner oder sehr geringer Erwerbsbeteiligung gestiegen ist.

Was wir brauchen

- Existenzsichernde Leistungen (Sozialhilfe/ Mindestsicherung, Ausgleichszulage, Notstandshilfe) müssen auf ein armutsvermeidendes Niveau gehoben – und nicht gekürzt – werden.
- Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit müssen intensiviert werden, insbesondere bei armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Gruppen.
- Eine präventive Armutspolitik erfordert zusätzliche Mittel. Bei der sozialen Absicherung sollte nicht gekürzt werden.

Im Detail

Eine wohlstandsorientierte Politik muss darauf ausgerichtet sein, Armut effektiv zurückzudrängen. Im Rahmen der sozialen EU-2030-Kernziele hat sich Österreich das Ziel gesetzt, die Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen bis 2030 (gegenüber Daten von 2019) um zumindest 204.000 zu reduzieren (BKA, 2022) – auf 1,23 Mio. Das von uns formulierte Ziel – ein sehr deutlicher Rückgang der Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung – ist weiter gefasst.

Nach leichten Rückgängen des Indikators stieg der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen in Österreich ab 2020 jedoch über mehrere Jahre an. Zuletzt ging der Wert wieder zurück und liegt aktuell bei 16,9 % (1,53 Mio.), also um 300.000 Personen über dem nationalen Ziel.

Der Anteil der relativ zur Einkommensmitte der Gesellschaft armutsgefährdeten Personen beträgt 2024 14,3 % und ist gegenüber den Vorjahresdaten um 0,6 Prozentpunkte gesunken, bleibt jedoch statistisch im üblichen Schwankungsbereich (Statistik Austria, 2025a). Keine Verbesserungen zeigen sich aber bei den anderen beiden Subindikatoren: Erhebliche materielle und soziale Deprivation betrifft 3,7 % (336.000 Menschen) und liegt weiterhin auf einem Rekordniveau. Haushalte mit sehr geringer Erwerbsintensität machen 6 % der Bevölkerung aus (2023: 5,7 %).

Der Indikatorwert hat sich zuletzt zwar verbessert, ist aber sehr deutlich vom Ziel entfernt, weshalb unsere Bewertung auf 0 fällt.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

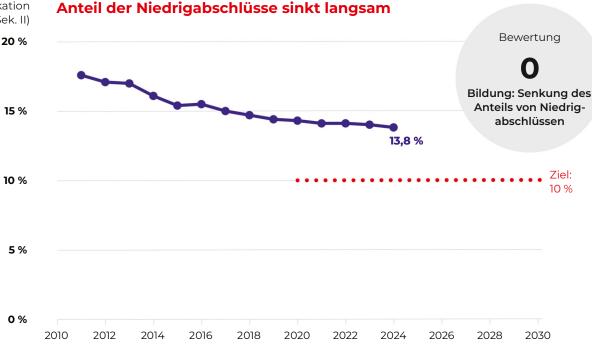
Aufgrund der Einschnitte zur Konsolidierung des Staatshaushalts rückt die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in den Hintergrund. Um eine präventive Armutspolitik umzusetzen (Badelt und Heitzmann, 2023), wären hier jedoch zusätzliche Mittel unbedingt notwendig. Insbesondere braucht es verstärkte Anstrengungen, um die Zahl der von manifester Armut Betroffenen zu reduzieren.

Um Menschen im Erwerbsleben und deren Familien besser vor Armut zu schützen, müssen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit intensiviert sowie das Arbeitslosengeld und damit auch die Notstandshilfe erhöht und jährlich valorisiert werden. Gleichzeitig sind Sozialhilfe und Mindestsicherung auf ein armutsvermeidendes Niveau anzuheben, die Verschlechterungen der letzten Jahre zurückzunehmen und von Kürzungsplänen Abstand zu nehmen. Ebenso gilt es, Personen in Ausbildung und Pensionist:innen vor einem Abrutschen in die Armut zu schützen.

3.3 Bildung: Senkung des Anteils von Niedrigabschlüssen

Der Bildungsstand einer Gesellschaft ist eng mit Indikatoren wie sozialen Lebensbedingungen und dem Gesundheitsstatus verknüpft und trägt wesentlich zum gesellschaftlichen Wohlstand bei. Bildungsabschlüsse unterhalb des Sekundarbereichs II (max. Pflichtschulabschluss) reichen nicht mehr aus, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden. Ein wichtiges Ziel ist es daher, den Anteil von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss zu senken. In den letzten Jahren stagniert der Indikator jedoch beinahe. Effektive Maßnahmen müssen finanziell benachteiligte Kinder und besonders herausgeforderte Schulstandorte unterstützen und Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung für Erwachsene ausweiten.

Anteil der Niedrigqualifikation (unter Sek. II)



Der Anteil von Personen an der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren, die höchstens einen Pflichtschulabschluss aufweisen, ist von 17,6 % im Jahr 2010 auf 13,8 % im Jahr 2024 zurückgegangen. Während in den letzten Jahren der Rückgang immer langsamer wurde, bewegt sich der Indikator 2024 erstmals wieder etwas deutlicher (-0,2 Prozentpunkte) in Richtung des Zielwerts von maximal 10 %.

Quelle: Eurostat (2025d)

- Der Anteil von Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren mit maximal Pflichtschulabschluss liegt 2024 mit 13,8 % deutlich über dem Ziel von 10 %.
- Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Anteil reduziert (–0,2 Prozentpunkte).
- Der langfristige Rückgang, der seit 2021 deutlich gebremst wurde, nimmt nun wieder ein etwas stärkeres Ausmaß an. Der Zielwert wird bei Annahme einer linearen Entwicklung aber erst ab Mitte der 2030er-Jahre unterschritten.

Was wir brauchen

- Es braucht Sonderbudgets für Schulmaterialien für finanziell benachteiligte Kinder und systematische Zusatzunterstützung für besonders geforderte Schulstandorte.
- Für Weiterbildungsangebote im Erwerbsalter muss das Erwachsenenbildungsbudget erhöht und ein "Qualifizierungsgeld" eingeführt werden.
- Alle Beschäftigten sollten einen Rechtsanspruch auf eine jährliche Weiterbildungszeit im Umfang von einer Arbeitswoche erhalten.

Im Detail

Bildungsabschlüsse, die Perspektiven auf gute und sinnstiftende Erwerbsarbeit schaffen, tragen maßgeblich zu gesellschaftlichem Wohlstand und individuellem Wohlergehen bei. Die Europa-2020-Strategie enthielt das Ziel, den Anteil der 18- bis 24-Jährigen mit maximal Pflichtschulabschluss und ohne weiterführende Ausbildung ("early school leavers") auf unter 10 % zu senken. Dieses Ziel sollte auch für die breitere Bevölkerung im Haupterwerbsalter (25 bis 64 Jahre) gelten.

Im Langzeittrend weist Österreich bei der Senkung des Bevölkerungsanteils mit niedrigen Bildungsabschlüssen eine grundsätzlich positive Entwicklung auf, wenngleich der Rückgang in den vergangenen Jahren gebremster ausfiel (von 2019 bis 2023 betrug der Rückgang lediglich 0,4 Prozentpunkte). Diese weitgehende Stagnation ist auf Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Teuerungskrise, aber auch auf die Zuwanderung niedrigqualifizierter Personen in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Die nunmehr wieder etwas stärkere Reduktion von 0,2 Prozentpunkten kann als erstes Signal für die Überwindung dieser Phase gedeutet werden.

Nichtsdestotrotz bleibt die weitere Erwartung im Hinblick auf ein baldiges Erreichen des Zielwerts von unter 10 % noch eher gedämpft und ohne maßgebliche zusätzliche Maßnahmen erst weit im nächsten Jahrzehnt in Sichtweite. Vor diesem Hintergrund lautet die Bewertung in diesem Jahr O.

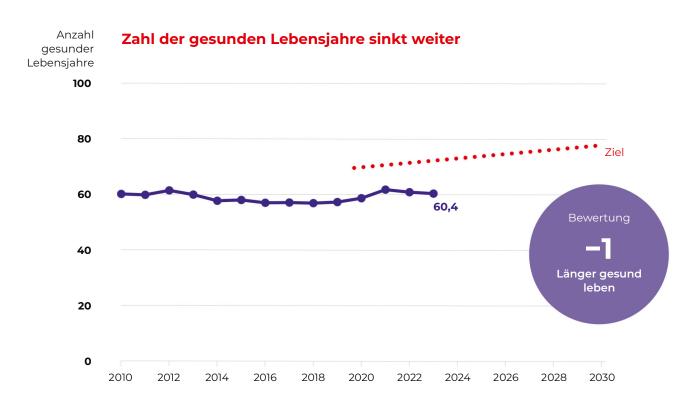
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Die schwierige konjunkturelle Entwicklung macht insbesondere für finanzschwache Familien kurzfristige Entlastungen nötig. Die von der Bundesregierung angekündigte indexbasierte Zusatz-unterstützung besonders geforderter Schulstandorte auf Basis eines "Chancenbonus" ist ein wichtiger Schritt, der weitere Ausbau ganztägiger Schulangebote – gerade bezüglich der Zugänglichkeit für Kinder nicht berufstätiger Eltern – ist eine ebenso zentrale Voraussetzung für ein sozial gerechteres Schulsystem. Der weiteren Stärkung der Lehre und der Ausbildung bis 18 kommt vor allem für die Vermeidung niedriger Abschlüsse eine besondere Rolle zu.

Um die Fort- und Weiterbildungsangebote im Erwerbsalter auszubauen, ist eine Erhöhung des Erwachsenenbildungsbudgets auf 1 % des Bundesunterrichtsbudgets das Ziel. Darüber hinaus braucht es angemessene finanzielle Förderungen und einen Rechtsanspruch auf ein "Qualifizierungsgeld" während einer längeren Aus- oder Weiterbildung. Zudem müssen Arbeitnehmer:innen das Recht auf eine jährliche Weiterbildungszeit erhalten.

3.4 Länger gesund leben

Seit den 1950er-Jahren ist die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt in Österreich – mit Ausnahme der Corona-Jahre – kontinuierlich gestiegen. Dies führte dazu, dass der Indikator der gesunden Lebensjahre immer mehr an Bedeutung gewann. Er zeigt die durchschnittliche Anzahl der Jahre, die eine Person ab ihrer Geburt in guter gesundheitlicher Verfassung leben wird. Ziel ist, dass die Anzahl der gesunden Lebensjahre deutlich steigt und möglichst nahe an das Niveau der allgemeinen Lebenserwartung herangeführt wird. Nach einer Phase des Anstiegs geht der Wert des Indikators seit 2022 zurück. Um die Zahl der gesunden Lebensjahre merklich zu erhöhen, sind insbesondere Gesundheitsförderung und Prävention von Erkrankungen wichtig.



Die bei Geburt durchschnittlich zu erwartenden gesunden Lebensjahre weisen keine konstante Entwicklung auf. Von 2018 bis 2021 ist eine Steigerung erkennbar (zuletzt um beachtliche 3,1 Jahre auf 61,8 Jahre). Die negative Entwicklung von 2021 auf 2022 mit -0,9 Jahren hat sich 2023 mit weiteren -0,5 Jahren fortgeschrieben. Die gesunden Lebensjahre lagen im Jahr 2023 im Durchschnitt bei 60,4 Jahren.

Quelle: Eurostat (2025i)

- 2023 ist die Anzahl der bei Geburt durchschnittlich zu erwartenden gesunden Lebensjahre im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Jahre – auf 60,4 Jahre – gesunken.
- Menschen in Österreich verbringen im Durchschnitt 21,5 Jahre mit schweren oder mittelschweren gesundheitlichen Problemen.

Was wir brauchen

- Es sind dringend mehr Investitionen in die Vermeidung von Krankheitsursachen und die Gesundheitsförderung sowie die Erlassung eines eigenen Präventionsgesetzes erforderlich.
- Der niedergelassene Bereich muss gestärkt werden. (Kinder-)Primärversorgungseinheiten und Frauengesundheitszentren sowie Therapieplätze für psychische Erkrankungen müssen weiter ausgebaut werden. Dazu muss die soziale Krankenversicherung nachhaltig finanziert werden.
- Bei bereits eingetretenen chronischen Erkrankungen braucht es eine bessere Behandlung.

Im Detail

Die Anzahl der bei Geburt durchschnittlich zu erwartenden gesunden Lebensjahre soll möglichst nahe an das Niveau der allgemeinen Lebenserwartung herangeführt werden, die im Jahr 2023 im Durchschnitt bei 81,9 Jahren lag (Eurostat, 2025j).

Von 2018 bis 2021 ist eine Steigerung erkennbar (zuletzt um beachtliche 3,1 Jahre). Im Jahr 2022 ist die Zahl mit 60,9 Jahren im Vergleich zum Vorjahr jedoch um 0,9 Jahre gesunken. Diese negative Entwicklung setzte sich im Folgejahr mit weiteren -0,5 Jahren fort, sodass die Zahl der zu erwartenden gesunden Lebensjahre 2023 im Durchschnitt bei 60,4 Jahren lag. Menschen in Österreich verbringen daher im Durchschnitt 21,5 Lebensjahre mit schweren oder mittelschweren gesundheitlichen Problemen.

Das österreichische Gesundheitssystem ist geprägt durch einen mangelnden Fokus auf Gesundheitsförderung und Prävention von Erkrankungen. So zeigen sich etwa bei Übergewicht und Adipositas, beim Ernährungs- und Bewegungsverhalten sowie beim Alkoholkonsum keine Verbesserungen (Griebler et al., 2023).

Positive Maßnahmen sind beispielsweise die steigende Zahl von (Kinder-)Primärversorgungseinheiten, die Einführung des elektronischen Impfpasses und die flächendeckende Ausrollung der 2015 eingeführten sogenannten "frühen Hilfen" sowie die Verlängerung des Programms "Gesund aus der Krise".

Aufgrund des Absinkens des Indikators bewerten wir die Entwicklung mit –1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Um einen stabilen Anstieg der Anzahl der gesunden Lebensjahre zu erreichen, braucht es mehr Investitionen in die Vermeidung von Krankheitsursachen und ein eigenes Präventionsgesetz. Auch der Lebensraum Schule sollte als Ort für die Bildung und Förderung gesundheitlicher Ressourcen genutzt werden. Bei bereits eingetretenen chronischen Krankheiten braucht es eine bessere Behandlung durch die verstärkte Zusammenarbeit unterschiedlicher Gesundheitsberufe. Es sollten auch neue Versorgungsstrukturen, zum Beispiel Therapie- oder Pflegepraxen, angedacht werden.

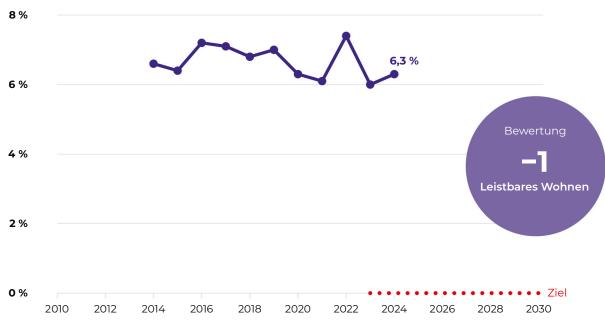
Darüber hinaus muss die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sichergestellt werden, damit der niedergelassene Bereich gestärkt und (Kinder-)Primärversorgungseinheiten, Frauengesundheitszentren und Therapieplätze für psychische Erkrankungen ausgebaut werden können.

3.5 Leistbares Wohnen

Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum ist ein wesentlicher Faktor für das Wohlergehen. Mangels umfassender Wohnindikatoren beschränkt sich die Analyse auf das Teilziel "leistbares Wohnen" und hier auf den gängigen Indikator der Wohnkostenüberbelastung. Eine Überbelastung liegt vor, wenn die Wohnkosten, einschließlich Strom und Heizung, mehr als 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens beanspruchen. Der Indikator stieg 2024 leicht an. Um Wohnen für alle leistbar zu machen, braucht es etwa eine wirksame Mietenbegrenzung im privaten Wohnsegment und mehr geförderten Wohnraum.

Anteil der durch Wohnkosten überbelasteten Haushalte

Wohnkostenüberbelastung steigt leicht an



Die Quote der Wohnkostenüberbelastung zeigt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der über 40 % des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden muss. 2024 waren in Österreich 6,3 % der Bevölkerung von einer Überbelastung durch Wohnkosten betroffen. In der letzten Dekade schwankte dieser Wert zwischen 6 % und 7,5 %. Ein eindeutiger Trend ist nicht erkennbar.

Quelle: Eurostat (2025n)

- Die Betroffenheit von Wohnkostenüberbelastung ist 2024 leicht angestiegen (auf 6,3 %), obwohl die verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahresvergleich gestiegen sind.
- Sinkende Strom- und Heizkosten im Großteil der Haushalte wirkten belastungsmindernd.

Was wir brauchen

- Befristete Mietverträge müssen zurückgedrängt werden, und es muss eine wirksame Mietenbegrenzung im privaten Segment geschaffen werden.
- Es braucht eine Wohnbauförderungs-Milliarde für die Bundesländer.
- Öffentliche Grundstücke sollen für geförderten Wohnbau reserviert werden.

Im Detail

Um zu leistbarem Wohnen für alle beizutragen, soll niemand mehr als 40 % des Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufwenden müssen. 2022 stieg der Indikator im Zuge der massiv gestiegenen Energiepreise sprunghaft an. Dass die Wohnkostenüberbelastung 2024 im Vergleich zum Vorjahr nicht stärker stieg, liegt an einer Reihe günstiger Ereignisse: Hohe Lohnabschlüsse haben den Wegfall der temporären Entlastungsmaßnahmen (Teuerungsbonus etc.) seitens der Politik mehr als kompensiert. Die Energiepreise und insbesondere die Heizkosten waren im Jahr 2024 spürbar rückläufig. Die deutlichen Leitzinssenkungen haben etwa die Eigentümer:innen von Wohnraum mit variabel verzinsten Krediten entlastet. Die Mietpreisbremse der vorherigen Bundesregierung hatte letztes Jahr bei älteren gemeinnützigen Wohnungen einen stark bremsenden Effekt.

In beinahe allen Segmenten sind die Kosten für die warme Wohnung zuletzt konstant geblieben oder sogar geringfügig gesunken. Bei den privaten Mietwohnungen gab es jedoch weitere Kostensteigerungen. In der Folge ist die subjektive Wahrnehmung der Belastung durch Wohnkosten weiterhin hoch: Immer noch gibt ein knappes Siebtel der Bevölkerung an, durch die Wohnkosten finanziell schwer belastet zu sein (Statistik Austria, 2025d).

Der leichte Anstieg des Indikators gegenüber dem Vorjahr führt zu einer Bewertung von –1, zumal der Abstand vom Ziel weiterhin groß ist.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Der private Mietwohnungsmarkt, insbesondere dessen völlig ungeregeltes Neubausegment, bleibt das wohnpolitische Problemkind. Die Wohnkosten sollten dort direkt und indirekt gesenkt werden. Zudem muss die Wohnsicherheit durch ein starkes Zurückdrängen der befristeten Verträge erhöht werden. Des Weiteren ist eine Ausweitung des geförderten Wohnbaus geboten. Damit können indirekt auch die Mieten im privaten Segment gedrückt werden.

Das Mietrechtsgesetz sieht neben der Mietpreisbremse für 2026 und 2027 weitere Maßnahmen zur Begrenzung der Mietpreise vor. Zudem sollten künftig lediglich Privatpersonen mit nur einer Wohnung befristet vermieten dürfen.

Zusätzlich müssen mehr geförderte Wohnungen errichtet werden. Dafür sind höhere Budgets für Wohnbauförderung erforderlich – so sollte der Bund den Ländern eine dauerhafte Wohnbauförderungs-Milliarde gewähren. Zudem bedarf es bezahlbarer Grundstücke als Fundament für diese Förderpolitik.

Thema: Wie Wohlstand und Fachkräfte zusammengehören

Dass eine nachhaltige Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlstands eng mit gut ausgebildeten Fachkräften verbunden ist, steht außer Streit.

Unser Wohlergehen hängt von Menschen ab, die aufgrund ihrer speziellen Qualifikationen dafür sorgen können, dass unser hochindustrialisiertes Leben und unsere soziale und ökologische Infrastruktur funktionieren.

Der hohe Lebensstandard in Österreich wird hauptsächlich durch die Leistungsfähigkeit und Motivation seiner Arbeitskräfte geschaffen. Je besser und moderner die Qualifikationen der Arbeitskräfte sind, desto produktiver und innovativer sind die Ergebnisse ihrer Arbeit.

Was aber, wenn es zu groben Engpässen an Fachkräften kommt? Dann ist die Produktivität der Wirtschaft in Gefahr. Unternehmen können viele Aufträge nicht annehmen und relevante Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Pflege und Gesundheitsversorgung werden unzureichend oder teils gar nicht erbracht.

Prinzipiell ist zu sagen: Nicht überall, wo Unternehmen einen "Fachkräftemangel" beklagen, fehlt es tatsächlich an speziell

ausgebildeten Fachkräften. Einige Unternehmen bieten ganz einfach schlechte Arbeitsbedingungen und sind daher als Arbeitgeber nicht attraktiv genug. Nichtsdestotrotz ist klar, dass kluge Maßnahmen notwendig sind, um einer echten Fachkräfteknappheit entgegenzuwirken.

Ganz Europa steht vor der Herausforderung, dass in den kommenden Jahren ein ungewöhnlich großer Teil der Erwerbstätigen in Pension gehen wird. 2025 wird in Österreich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erstmals seit 50 Jahren schrumpfen. Es scheiden weit mehr Arbeitskräfte aus dem Arbeitsmarkt aus, als aus den jüngeren Generationen nachrücken werden. Allein bis 2030 werden an die 300.000 Personen aus sogenannten systemrelevanten Berufen in Pension gehen (Bock-Schappelwein, 2024) – in einer Situation, in der aufgrund notwendiger ökologischer Umstellung der Wirtschaftsstrukturen, Digitalisierung und Automatisierung, des Einsatzes künstlicher Intelligenz und stark steigenden Pflegebedarfen eine besonders hohe Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften entsteht.

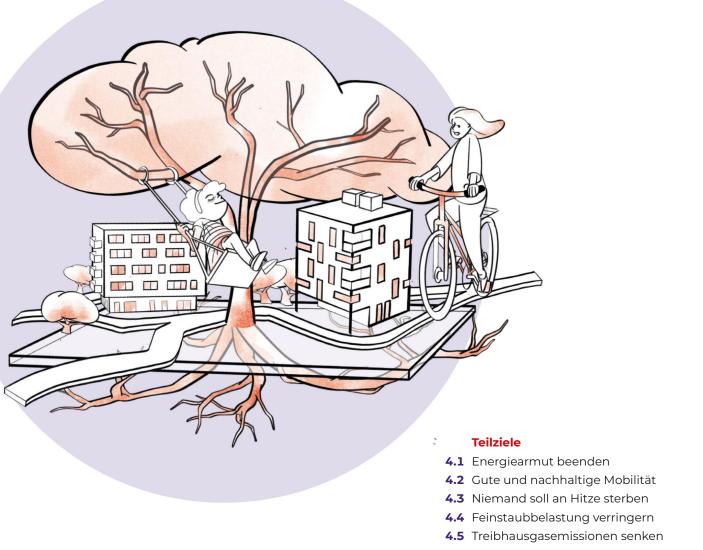
Wird seitens der politisch Verantwortlichen und der Unternehmen nicht gehandelt, kommt es nach einer Modellrechnung des WIFO zu einer Fachkräftelücke von 51.000 qualifizierten Arbeitskräften bis 2029, was zu einer deutlichen Schwächung der Wirtschaftsentwicklung führen würde (ebd.).

Dringend erforderlich sind staatliche und unternehmerische Investitionen in die Qualifizierung und Gesunderhaltung aktiver Arbeitskräfte, die Aktivierung der "stillen Reserve" von Menschen, die derzeit nicht Teil der Erwerbsbevölkerung sind, aber denen dies ermöglicht werden könnte, eine auf Integration ausgerichtete, attraktive Einwanderungspolitik sowie eine gleichstellungsorientierte Arbeitsmarktpolitik für Frauen. Eine umfassende Fachkräftestrategie, die alle verfügbaren Ressourcen in ausgewogener Weise nutzt, kann absehbaren Schaden für gesellschaftlichen Wohlstand vermeiden und zukunftsorientiert agieren (Schmid, 2024).

4 Intakte Umwelt

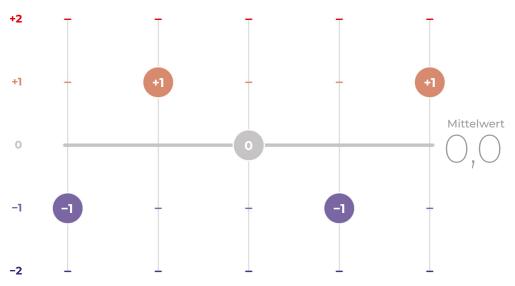
Eine intakte Umwelt ist aus materiellen wie aus immateriellen Gründen für uns Menschen von Bedeutung. Materiell sind sauberes Wasser und gesunde Luft unmittelbar für Gesundheit und Wohlergehen relevant. Immateriell spielen die Umwelt und der Zugang zur Natur für die Erholung eine Rolle. Die Umwelt ist auch das Umfeld, in dem Menschen einander begegnen. Daher schafft eine intakte Umwelt Voraussetzungen für das gesellschaftliche Leben. Verteilungsaspekte spielen vor allem bei der unterschiedlichen Betroffenheit von Umweltbelastungen eine Rolle. Der Blick auf die Umwelt war es auch, der seit den 1970er-Jahren die Kritik am ungebremsten Wirtschaftswachstum lauter werden ließ.

Bei der Wahl der Indikatoren, mit denen wir die Umwelt beschreiben, fokussieren wir auf Problembereiche. Dadurch ergibt sich ein weniger rosiges Bild, als es oft in der öffentlichen Wahrnehmung besteht: Die Belastung mit Feinstaub ist zuletzt wieder etwas angestiegen (Bewertung: -1). Bei der Versorgung mit öffentlichem Verkehr zeigen sich langsame, aber beständige Verbesserungen (+1). Bei der leistbaren Energieversorgung hingegen führte die Energiepreiskrise zu mehr Energiearmut, die auf hohem Niveau verharrt (-1). Bei der Anpassung an den Klimawandel, die wir mangels anderer Indikatoren mit der Übersterblichkeit durch Hitze beschreiben, sind Änderungen eher zufällig – die Daten für 2024 sind noch nicht veröffentlicht, weshalb wir bei der Bewertung des letzten Jahres bleiben (±0). Bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen bleibt Österreich noch knapp unter dem Zielpfad (+1). Damit ergibt sich im Bereich der intakten Umwelt als Gesamtbewertung im Durchschnitt eine neutrale Wohlstandsentwicklung (±0).



Intakte Umwelt - neutrale Entwicklung

Ziel wird erreicht

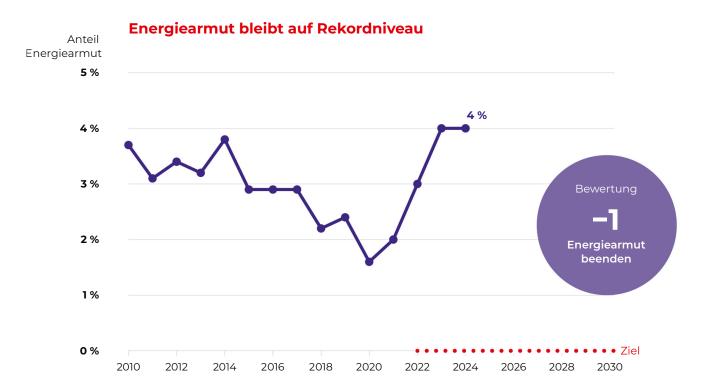


Klare Zielverfehlung

Energie- Gute und Niemand soll Feinstaub- Treibhausgasarmut nachhaltige an Hitze belastung emissionen beenden Mobilität sterben verringern senken

4.1 Energiearmut beenden

Eine leistbare und sichere Energieversorgung deckt ein Grundbedürfnis und ist eine entscheidende Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Haushalte, die nicht in der Lage sind, ihren Energiebedarf ohne Entbehrungen zu decken, werden als "energiearm" bezeichnet. Mit diesem Wort soll die besondere Rolle von Energie für das alltägliche Leben betont werden. Energiearmut ist eine besondere Form der Armut und darf daher in einer gerechten Gesellschaft keinen Platz haben. Sie muss umfassend bekämpft werden, und zwar durch einen breiten Maßnahmenmix, wie einen günstigen Energiepreis für den Grundbedarf an Energie, einkommenssichernde Maßnahmen und Energiesparmaßnahmen (Gebäudesanierung, Tausch alter Geräte etc.).



In den Jahren 2010 bis 2017 lag der Anteil jener Menschen, die ihre Wohnung nicht angemessen warm halten konnten, auf einem relativ stabilen Niveau zwischen 2,9 % und 3,7 %, bis 2020 war sogar ein Rückgang auf rund 2 % zu verzeichnen. Mit der Energiekrise stieg dieser Prozentsatz stark an und erreichte 2023 ein Allzeithoch von 4 %, und auch für 2024 wurde derselbe Rekordwert verzeichnet. Damit ist er auch 2024 vom Zielwert 0 weit entfernt.

Quelle: Tabellenbände EU-SILC (zuletzt: Statistik Austria, 2025f)

- Durch die Energiekrise nahm die Zahl der von Energiearmut betroffenen Haushalte massiv zu. Auch viele Haushalte, die sonst keine Erfahrung mit Armut hatten, spürten erstmals Probleme beim Bezahlen ihrer Energierechnungen.
- Jene, die bereits vor der Energiekrise armutsgefährdet waren, traf die Krise besonders hart
- Nicht nur aufgrund der Energiepreise selbst, sondern auch aufgrund der Erhöhung der Netzkosten und der sonstigen Abgaben ist mit einem weiteren Anstieg der Gesamtkosten für Energie zu rechnen.

Was wir brauchen

- Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Dämpfung hoher Energiepreise sind vor allem langfristige Maßnahmen zur Sicherstellung einer leistbaren Energieversorgung nötig.
- Ein günstiger Stromtarif für einen Teil der schutzbedürftigen Haushalte ist im Rahmen der Neufassung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes vorgesehen und steht damit vor der Umsetzung (Stand: Oktober 2025).
- Weitere konkrete Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut sind unter anderem: gedeckelter Tarif für Gas und Wärme, thermische Gebäudesanierungen vor allem im Bereich der Mietwohnungen, Tausch alter Geräte.

Im Detail

Energiearmut sollte in Österreich möglichst bald der Vergangenheit angehören. Als sozial gerecht kann die Energiewende nur bezeichnet werden, wenn Energie für alle leistbar ist und nachhaltig zur Verfügung steht.

Seit Ausbruch der Energiekrise im Jahr 2022 ist die Energiearmut aber massiv angestiegen. Plötzlich war Energiearmut auch für viele gut verdienende Haushalte kein abstraktes Phänomen mehr (Matzinger und Brichta-Hartmann, 2022). Besonders trifft die Energiearmut aber ohnehin vulnerable Haushalte, etwa Arbeitslose, Mindestpensionist:innen oder Geringverdiener:innen (BMSGPK, 2023; Capellmann et al., 2023).

Die politischen Reaktionen bestanden vor allem in der Einführung diverser kurzfristiger Kompensationsmaßnahmen, man denke etwa an Zuschüsse wie den "Wohnschirm" oder die sogenannte "Strompreisbremse". Viele dieser Unterstützungen liefen aber mit Ende 2024 aus. Gepaart mit steigenden Netztarifen müssen Haushalte im Jahr 2025 mit Mehrkosten von durchschnittlich 370 Euro rechnen. Umso wichtiger ist die Einführung eines günstigen Stromtarifs für vulnerable Haushalte, wie es die Neufassung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG) vorsieht. Auch wenn der Kreis der Anspruchsberechtigten auf den vergünstigten Tarif eng gefasst bleibt, handelt es sich um einen wichtigen geplanten Schritt, Energiearmut gezielt zu bekämpfen. Da der Indikator von 2023 auf 2024 auf schlechtem Niveau konstant geblieben ist, bewerten wir ihn mit -1.

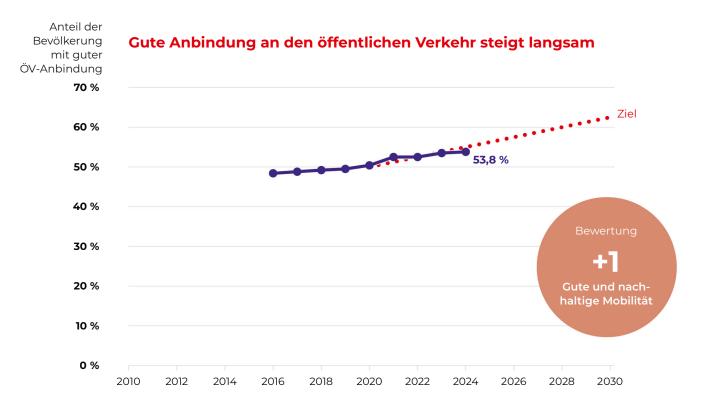
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Energiearmut ist ein multidimensionales Phänomen (Matzinger und Zimmer, 2022) und muss durch einen breiten Maßnahmenmix bekämpft werden. Dazu braucht es kurzfristige Reformen im energiepolitischen und im sozialpolitischen Bereich. Ein gedeckelter Tarif für Strom wird derzeit umgesetzt, für Gas und Wärme fehlt er noch. Bei der staatlich geförderten thermischen Sanierung muss darauf geachtet werden, dass sie bei vulnerablen Haushalten ankommt. Da viele von Energiearmut betroffene Menschen in Mietwohnungen wohnen, muss die Förderung auf diesen Bereich fokussieren.

Wichtig ist dabei vor allem, die Energiewende als soziale Herausforderung wahrzunehmen, die aktiv gestaltet werden muss, um auf dem Weg zur Klimaneutralität alle mitzunehmen und jene besonders zu unterstützen, die bereits durch hohe Kosten belastet sind.

4.2 Gute und nachhaltige Mobilität

Eine gute Versorgung mit öffentlichem Verkehr (ÖV) ist eine Voraussetzung dafür, die Abhängigkeit vom Pkw samt ihren finanziellen und ökologischen Folgen zurückzudrängen. Der Indikator zeigt an, wie viele Menschen in Österreich an ihrer Wohnadresse so gut an den ÖV angebunden sind, dass sie ihre Alltagswege üblicherweise ohne Auto zurücklegen können (ÖV-Güteklassen A bis D). Diese Bevölkerungsgruppe hat somit eine Art Mobilitätsgarantie und kann auch die Vorteile eines Klimatickets sinnvoll nutzen.



Der Anteil der Menschen, die mit gutem öffentlichen Verkehr versorgt sind, ist zwischen 2016 und 2024 von 48,4 % auf 53,8 % gestiegen, das ist ein Plus von mehr als fünf Prozentpunkten. Als Ziel wählen wir einen Versorgungsgrad von 75 % bis 80 % im Jahr 2040, abgeleitet von der Zielsetzung im "Mobilitätsmasterplan 2030".

Quelle: ÖV-Güteklassen (AustriaTech, 2025); eigene Berechnungen

- Der Anteil der Menschen, die mit gutem öffentlichem Verkehr (ÖV) versorgt sind, ist zwischen 2016 und 2024 von 48,4 % auf 53,8 % gestiegen. Das ist ein Plus von 5,4 Prozentpunkten.
- Der guten ÖV-Versorgung in Wien und Vorarlberg stehen zahlreiche benachteiligte Regionen gegenüber. Die Zahl jener, die überhaupt keine ÖV-Anbindung haben, ist weiter zurückgegangen, liegt aber immer noch bei 1,1 Millionen Personen.
- Ein Teil der insgesamt positiven Entwicklung liegt aber auch daran, dass die Bevölkerung in den gut versorgten Ballungsräumen stark wächst, während in vielen ländlichen Regionen Abwanderung zu beobachten ist.

Was wir brauchen

- Im Sinne der Chancengleichheit müssen der öffentliche Verkehr und andere Alternativen zum eigenen Auto vor allem in den ländlichen Regionen ausgebaut werden.
- Die regionalen Unterschiede sind nach wie vor sehr hoch. Bundeseinheitliche Versorgungsstandards sind nötig.
- Für eine ausgewogene Verkehrsentwicklung ist eine bessere Planung und Koordinierung zwischen Bund und Ländern notwendig. Ein Bundesraumordnungsgesetz kann hier wichtige Impulse setzen.

Im Detail

Derzeit werden 60 % aller Wege mit dem Auto zurückgelegt und 40 % im Umweltverbund (Gehen, Radfahren, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel). Um die Klimaziele zu erreichen, soll sich laut "Mobilitätsmasterplan 2030" (BMK, 2021) dieses Verhältnis bis zum Jahr 2040 umkehren. Damit dies gelingt, müssen mehr Menschen eine Chance haben, öffentliche Verkehrsmittel sinnvoll und bequem zu nutzen. Der Anteil jener, die innerhalb der ÖV-Güteklassen A bis D liegen, muss rasch und kontinuierlich steigen. Der bisherige Trend ist positiv, aber nicht ausreichend.

Der Ausblick auf die Entwicklung ist jedoch negativ zu beurteilen. Bedingt durch Budgeteinsparungen werden die Zahlungen für Verkehrsdiensteverträge reduziert, mit denen Eisenbahnverkehre bestellt und finanziert werden. Ähnliches ist seitens der Bundesländer für Linienbusse zu erwarten. Das Klimaticket Österreich soll innerhalb eines Jahres dreimal stark verteuert werden. Auch bei einigen regionalen Klimatickets (z. B. in der Ostregion, Wiener Jahreskarte) werden die Tarife erhöht. Mit anderen Worten: Das Verkehrsangebot wird reduziert, während die Nachfrage durch Fahrpreiserhöhungen gedämpft wird. Die Kombination dieser Maßnahmen kann zu einer Trendumkehr bei der ÖV-Nutzung führen. Im Gegensatz dazu sollte der öffentliche Verkehr beschleunigt ausgebaut werden. Da sich die ungünstigen Aussichten noch nicht im Indikator zeigen, bewerten wir ihn einstweilen mit +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

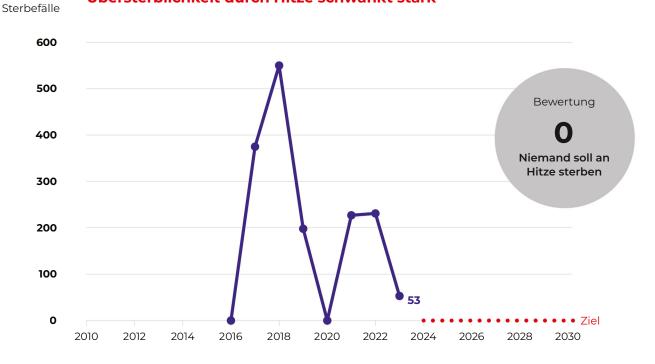
Verbesserter öffentlicher Verkehr dient besonders Personen mit niedrigem Einkommen und wirkt damit gegen Mobilitätsarmut. In ländlichen Regionen sollte daher die ÖV-Anbindung rasch und spürbar verbessert werden. In besonders dünn besiedelten Gebieten benötigt es eigene maßgeschneiderte Maßnahmen für die "letzte Meile" (Mikro-ÖV, Sharing-Lösungen usw.). In Ballungsräumen wiederum müssten die Kapazitäten stark erweitert werden. Gleichzeitig sollte dort durch sogenannte Push-Maßnahmen der Individualverkehr zurückgedrängt werden. Das würde auch mehr Platz im öffentlichen Raum für saubere Mobilität schaffen (breitere Gehsteige, Radwege, Busspuren, Straßenbahntrassen) und die Aufenthaltsqualität verbessern.

4.3 Niemand soll an Hitze sterben

Die Auswirkungen der Erderhitzung können zum Teil nicht mehr rückgängig gemacht werden. Eine wohlstandsorientierte Politik muss daher nicht nur auf Emissionsreduktionen abzielen, sondern auch Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise setzen. Dabei muss besonders auf benachteiligte Gruppen geachtet werden. Denn Menschen können sich aufgrund ihres Alters, Geschlechts, Einkommens, Wohnortes, verfügbarer Infrastruktur, ihrer Gesundheit oder ihrer Arbeitsbedingungen unterschiedlich gut vor Hitze schützen.

Noch gibt es wenige Indikatoren, die die Anpassung an die Klimakrise beschreiben. Wir verwenden einen verfügbaren, aber drastischen Indikator: die hitzebedingte Übersterblichkeit - auch wenn diese, abhängig von Hitzeepisoden, von Jahr zu Jahr stark schwankt.

Übersterblichkeit durch Hitze schwankt stark



Die geschätzte hitzebedingte Übersterblichkeit lag 2023 mit 53 Todesfällen unter den Werten der meisten vergangenen Jahre. Für das Jahr 2024 liegen noch keine Daten vor. Das Ziel ist, hitzebedingte Übersterblichkeit gänzlich zu vermeiden, daher liegt unser Zielwert bei 0.

Quelle: AGES (2024)

- Das Jahr 2024 war das mit Abstand wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen und brachte eine Rekordzahl an Hitzetagen und die bislang längsten Hitzewellen. Zur hitzebedingten Übersterblichkeit liegen für das Jahr 2024 noch keine Daten vor.
- Menschen sind aufgrund von Alter, Einkommen, Arbeitsbedingungen, Wohnort,
 Zugang zu Infrastruktur, gesundheitlichem
 Zustand und anderen Faktoren unterschiedlich stark von Hitze betroffen.

Was wir brauchen

- Eine sozial gerechte Anpassung an Klimakrisen muss sogenannte Hitzegrätzl priorisieren, in denen Hitze und niedriger sozioökonomischer Status aufeinandertreffen.
- Menschen sollen bei der Arbeit vor Extremwetter geschützt werden, etwa durch ein klimafittes Arbeitsrecht mit einem Rechtsanspruch auf hitzefrei.

Im Detail

Kein Mensch soll in Österreich wegen Hitze sterben. Der Sommer 2024 war der mit Abstand heißeste in der Messgeschichte (Geosphere Austria, 2024), wenngleich noch keine Daten zu hitzebedingten Todesfällen vorliegen. Im Jahr zuvor gab es nach Schätzungen der AGES 53 Todesfälle, die auf übermäßige Hitze zurückzuführen sind. Dass dieser Wert niedriger war als in den meisten Jahren zuvor, liegt nicht an einer gelungenen Anpassungspolitik, sondern an einem vergleichsweise weniger heißen Sommer 2023. Besonders anfällig sind ältere Menschen, Kinder, Personen mit Herz-Kreislauf- und psychischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität (AGES, 2024). Eine Erhebung der Statistik Austria im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt, dass die Hitzebelastung mit dem Einkommen zusammenhängt: Personen mit niedrigem Einkommen fühlen sich am stärksten belastet, mit steigendem Einkommen nimmt die Belastung ab (Wegscheider-Pichler, 2025). Die bisher erstellten Hitzeschutzpläne (Gesundheit Österreich, 2024) wirken hier noch unzureichend.

Das Jahr 2024 war besonders heiß. Daher ist zu erwarten, dass der Indikator für 2024 deutlich schlechter liegt als 2023. Eine Studie, die die Übersterblichkeit in europäischen Städten untersuchte, schätzt, dass 2024 allein in Wien 86 Personen in Folge der Klimakrise frühzeitig verstarben (Barnes et al., 2025). Da die AGES die Übersterblichkeit für 2024 noch nicht veröffentlicht hat, schreiben wir die Entwicklung von 2022 bis 2023 fort und bewerten den Indikator mit 0.

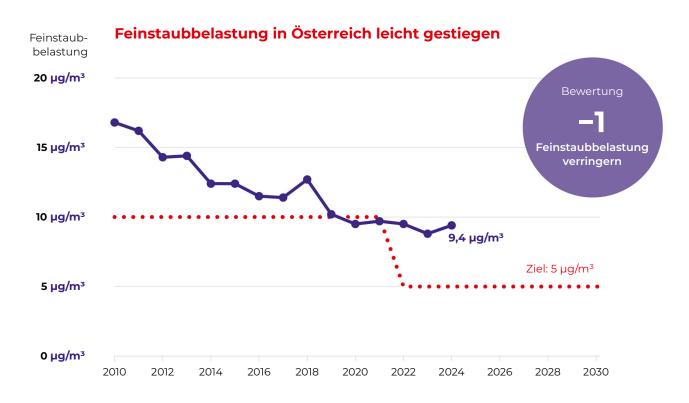
Maßnahmen für mehr Wohlstand

Es braucht präventive Gesundheitskonzepte. Anpassungsmaßnahmen müssen vor allem vulnerablen Gruppen zugute kommen. Aus Verteilungsperspektive ist einerseits die Bekämpfung von Hitzegrätzln in Städten durch Entsiegelung, Schatten und Begrünung, (Trink-)Brunnen sowie freien Zugang zu kühlen Räumen wichtig.

Andererseits müssen neue kollektive und individuelle Schutzrechte im Arbeitsrecht verankert werden. Dabei müssen insbesondere klare Höchstwerte bei der Temperatur am Arbeitsplatz definiert werden, ab deren Überschreitung eine Fortführung der Arbeit unzulässig ist. Neue Modelle der Arbeitszeit können die Situation verbessern, beispielsweise erweiterte Pausenregelungen ohne Ausdehnung des jeweiligen Arbeitstages oder Jahresarbeitszeitmodelle, die geringere Arbeitszeiten während der heißen Jahreszeit vorsehen.

4.4 Feinstaubbelastung verringern

Luftverschmutzung ist der größte umweltbedingte Risikofaktor für die Gesundheit. In Österreich starben im Jahr 2022 daran vorzeitig rund 5.500 Menschen (European Environment Agency, 2023). Besonders gefährlich ist Feinstaub (PM_{2,5}), der bis in die Lunge vordringen kann. Daher wählen wir die Feinstaubbelastung als Indikator für die Luftqualität. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) legt dafür als Richtwert fünf Mikrogramm pro Kubikmeter Luft fest; darunter sollte ein Gesundheitsrisiko durch Feinstaub ausgeschlossen sein. Das Erreichen dieses Ziels verbessert nicht nur die öffentliche Gesundheit (Lebenserwartung, gesunde Lebensjahre usw.), sondern verringert auch wirtschaftliche Nachteile infolge von Arbeitsausfällen.



Seit 2010 ist die durchschnittliche Belastung mit PM $_{2,5}$ im Wesentlichen kontinuierlich gesunken. Zuletzt stieg der Wert aber wieder leicht an und betrug 2024 9,4 µg/m 3 . Der Richtwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lag lange bei 10 µg/m 3 , wurde aber 2021 auf 5 µg/m 3 gesenkt. Dadurch besteht neuerlich Handlungsbedarf bei der Reduktion.

Quelle: Spangl und Nagl (2025)

- Österreich hat bei der Luftreinhaltung Fortschritte gemacht. Zuletzt stieg der Feinstaubwert aber wieder leicht an. Weitere deutliche Anstrengungen für gesunde Luft sind somit notwendig.
- Verbesserungen der Luftqualität in Österreich sind vor allem auf die Umsetzung von EU-Richtlinien zurückzuführen.

Was wir brauchen

- Bund und Länder müssen deutlich größere Anstrengungen unternehmen, um die kommenden EU-Grenzwerte einzuhalten. Dazu sind neue Luftreinhaltepläne zu erstellen.
- Da Ammoniak zur Bildung von Feinstaub beiträgt, müssen bestehende EU-Vorschriften zur Verringerung der Ammoniakemissionen endlich eingehalten werden.
- Die Feinstaubbelastung durch Biomasse-Heizungen muss verringert werden.

Im Detail

Österreich hat bei der Feinstaubbelastung Fortschritte gemacht, auch wenn mancherorts deutlich überdurchschnittliche Belastungen durch Feinstaub auftreten. Seit 2005 konnte die Belastung um gut die Hälfte reduziert werden. Wesentlicher Motor hierfür waren EU-Vorschriften. Der Bund und die zuständigen Bundesländer haben nur gehandelt, weil andernfalls EU-Vertragsverletzungsverfahren gedroht hätten. Ab 2030 gelten in der EU strengere Luftqualitätsgrenzwerte. Da an vielen Messstellen weiterhin hohe Belastungen auftreten, werden der Bund und die Länder deutlich größere Anstrengungen unternehmen müssen, um die kommenden EU-Grenzwerte einzuhalten.

Die Quellen von Feinstaub sind vielfältig. Aktuelle Herausforderungen sind erhöhte Emissionen von Ammoniak. Diese stammen vor allem aus der Landwirtschaft und tragen zur Bildung von Feinstaub bei. Wegen der mangelnden Fortschritte bei der Verringerung der Emissionen von Ammoniak läuft gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren. Auch Biomasse-Heizungen tragen zur Feinstaubbelastung bei.

Ihre Emissionen müssen stärker berücksichtigt werden, wenn die WHO-Werte und die geplanten EU-Grenzwerte bei der Luftqualität eingehalten werden sollen.

Aufgrund der leicht gestiegenen Belastung bewerten wir die Entwicklung mit -1. Doch auch bei Forsetzung des über die letzten Jahre leicht abnehmenden Trends sind die Verbesserungen zu langsam, um bis 2030 den WHO-Richtwert einzuhalten.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Österreich muss Luftreinhaltepläne für die künftige EU-Luftqualitätsrichtlinie beschließen. Ab 2026 muss ein mittelfristiger Reduktionspfad beschlossen werden, da die Belastung an den Messstellen bei vielen Schadstoffen zum Teil deutlich über den ab 2030 geltenden EU-Grenzwerten liegt.

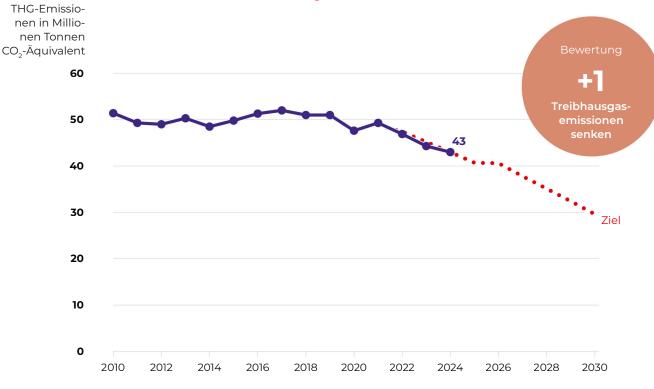
Die Bundesregierung muss alle Gebietskörperschaften koordinieren und geeignete Maßnahmen für Verkehr, Landwirtschaft, Industrieanlagen und Hausbrand beschließen. Wirksamere Kontrollen bestehender Anlagen und des Fahrzeugbestands sind notwendig.

Die AK fordert bei allen Maßnahmen für eine gesunde Luft Umweltgerechtigkeit ein. Menschen mit geringem Einkommen sind stärker von Umweltbelastungen wie Lärm und Luftverschmutzung betroffen. Sie tragen aber durch ihr Handeln weniger zu diesen Belastungen bei.

4.5 Treibhausgasemissionen senken

Die aus menschlichen Aktivitäten stammenden Treibhausgase (THG) sind für die immer schärfer hervortretende Klimakrise verantwortlich. Gemessen werden sie als gewichtete Summe der pro Jahr in einem Staat ausgestoßenen Treibhausgase. Wie viel THG emittiert werden, ist zwar nicht unmittelbar wohlstandsrelevant, doch beeinflussen Wetterextreme und steigende Temperaturen alle Lebensbereiche. Erfolge bei der Verringerung der Emission von THG zeigen, dass ein Staat an der gemeinsamen Anstrengung mitwirkt, die weltweite Emission von THG einzudämmen und damit der Klimakrise entgegenzuwirken.

Emissionen der Treibhausgase sinken weiter



Ausstoß an Treibhausgasen (THG) in Österreich (ohne EU-ETS, also im Wesentlichen ohne Kraftwerke und Großindustrie). Während die THG-Emissionen bis 2019 kaum Rückgänge zeigten, sind sie in den letzten drei Jahren deutlich gesunken und liegen aktuell bei einem Wert von 43 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent. Der EU-rechtlich vorgegebene Zielpfad wird somit eingehalten.

Quelle: Emissionsdaten: Umweltbundesamt (2025a) außer 2013, 2014: Umweltbundesamt (2023), 2011, 2012: Umweltbundesamt (2022) sowie 2024: Umweltbundesamt (2025b). Zielpfad: eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Der Ausstoß an Treibhausgasen (ohne die Emissionen des EU-Emissionshandels) ist nach einer längeren Phase der Stagnation in den letzten Jahren deutlich gesunken.
- Dies beruht teils auf politischen Maßnahmen, teils auf externen Faktoren wie der anhaltend schwachen Konjunktur.
- Die hohen Preise für fossile Energieträger haben einen vermehrten Einsatz erneuerbarer Energieträger begünstigt.

Was wir brauchen

- Eine nachhaltige Verringerung der THG-Emissionen erfordert einen grundlegenden Umbau der Gesamtwirtschaft.
- Wichtige Handlungsfelder sind etwa Energieeffizienz, Erzeugung und Verteilung von erneuerbarer Elektrizität, Verlagerung des Verkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel sowie kompaktere Siedlungsstrukturen.
- Wie der Umbau der Wirtschaft sozial und ökologisch gestaltet werden kann, hat die AK in einem "Umbauplan" dargelegt.

Im Detail

Österreich hat sich verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgase (THG), die nicht im System des EU-Emissionshandels (EU-ETS) erfasst sind, um 48 % gegenüber dem Wert von 2005 zu senken. Dabei geht es in erster Linie um die Treibhausgasemissionen aus dem Verkehr, der Raumwärme und der Landwirtschaft. Diese Verringerungen sind notwendig, damit die EU bis 2050 klimaneutral werden kann.

Bei der Entwicklung seit 2005 gibt es emissionssteigernde Faktoren (wachsende Bevölkerung, größere Wohnungen, Steigerung der gefahrenen Kilometer etc.) und Faktoren, die die Emissionen senken (z. B. mehr Biomasse in der Energienutzung, weniger strenge Winter, Rückgänge im Rinderbestand) (Umweltbundesamt, 2025b). Unter den politischen Maßnahmen ist etwa die CO₂-Steuer zu nennen, die einen dämpfenden Effekt auf die Nachfrage nach fossilen Energieträgern hat. Als Ergebnis dieser unterschiedlichen Faktoren sinken die Emissionen leicht.

Die THG-Emissionen liegen derzeit unter dem Zielpfad. Da dies zu einem wesentlichen Teil auf externe Faktoren zurückzuführen ist, bewerten wir den Indikator nicht mit dem Bestwert, sondern mit +1. Als externe Faktoren wirken die weiterhin schwache Konjunktur sowie der verbrauchsdämpfende Effekt der hohen Energiepreise in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine nachhaltige Verringerung der THG-Emissionen erfordert einen Abschied von fossilen Energieträgern (Erdgas, Erdöl, Kohle) und daher einen weitreichenden Umbau des Wirtschaftssystems. Energie muss in Zukunft praktisch vollständig aus erneuerbaren Quellen kommen und effizienter genutzt werden. Vielfach bedeutet dies eine Umstellung auf Elektrizität als Hauptenergieträger. Dafür ist der Bau von Erzeugungsanlagen (Wind, Wasser, Sonne) sowie der Ausbau der Netze von größter Bedeutung.

Im Verkehr können diese Ziele durch eine viel stärkere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erreicht werden. Im Gebäudebereich sind kompaktere Siedlungsstrukturen und energieeffiziente Gebäude nötig.

All diese Veränderungen greifen tief in das Wirtschaftssystem ein und müssen sozial gerecht und ökologisch gestaltet werden. Die Arbeiterkammer hat dafür einen umfassenden Umbauplan (AK Wien, 2024b) vorgelegt. Darin wird genau analysiert, wie der Übergang hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Produktionsweise gerecht und im Sinne der Arbeitnehmer:innen gestaltet werden muss und welche Chancen in diesem Umbau liegen.

Thema: **Ungleich verteilte Erwerbsarbeitszeit** als Problem für gesellschaftliches Wohlergehen

Wie ungleich die bezahlte Arbeitszeit verteilt ist, wirkt sich erheblich auf das Wohlergehen der Gesellschaft aus. Ein Teil der Erwerbsbevölkerung ist etwa durch viele Arbeitsstunden stark belastet und leistet regelmäßig Überstunden (siehe 2.4 Qualitativ hochwertige Arbeit) - mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Ein anderer Teil fühlt sich auf dem Arbeitsmarkt unterbeschäftigt – viele Teilzeitbeschäftigte würden gern Stunden aufstocken, viele Arbeitssuchende bekommen keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. und einige, die eigentlich Arbeit wollen, haben die Jobsuche entmutigt eingestellt (siehe 2.2 Geringe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung). Tatsache ist auch, dass diese Schieflage bei den Arbeitsstunden auf dem Arbeitsmarkt in enger Verbindung zur ungleich verteilten unbezahlten Haus-, Sorge- und Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern steht (siehe 2.3 Unbezahlte Arbeit gleich verteilen).

Die eine Seite der Schieflage zeigt sich bei den langen Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten. 20- bis 64-jährige Arbeitnehmer:innen in Vollzeit in Österreich haben – gemeinsam mit jenen in Malta, Portugal und Slowenien - mit 40,6 Stunden die drittlängsten normalerweise geleisteten Arbeitszeiten pro Woche in der EU (Eurostat, 2025e). Aus dem Arbeitsklima Index geht hervor, dass rund die Hälfte der Beschäftigten, die häufig Überstunden leisten müssen, (stark) durch Zeitdruck belastet sind. Bei jenen, die (fast) nie Überstunden machen, sind es nur 14 Prozent (AK Oberösterreich, 2025b). Dazu kommt, dass viele der geleisteten Überstunden unvergütet bleiben. Laut der von Statistik Austria durchgeführten Arbeitskräfteerhebung wurden 2024 42,3 Mio. der knapp 169 Mio. geleisteten Mehr- und Überstunden weder in Freizeit noch in Bezahlung abgegolten (Statistik Austria, 2025c). Das entspricht einem Einkommensentfall von knapp 2,3 Mrd. Euro pro Jahr, womit durch fehlende Lohnsteuerleistungen und Sozialversicherungsbeiträge auch dem Sozialstaat erhebliche Mittel entgehen (Muckenhuber, 2025).

Die andere Seite der Schieflage besteht darin, dass Österreich die zweithöchste Teilzeitquote der EU hat (Eurostat, 2025e), wobei es sich dabei vielfach um unfreiwillige Teilzeitarbeit handelt. Aufgrund von Betreuungspflichten, Ausbildungen, gesundheitlichen Gründen und fehlendem Angebot seitens der Arbeitgeber:innen ist es für viele schlicht nicht möglich, mehr zu arbeiten. Gleichzeitig würden viele Teilzeitbeschäftigte gerne aufstocken, insbesondere jene mit einem geringen Ausmaß an Wochenstunden (AK Oberösterreich, 2025b). Generell zeigt sich, dass Personen mit einem Stundenausmaß von 30 Stunden oder weniger ihre Arbeitszeit im Durchschnitt erhöhen, jene mit mehr als 30 Stunden hingegen tendenziell reduzieren wollen (Ederer und Streicher, 2023).

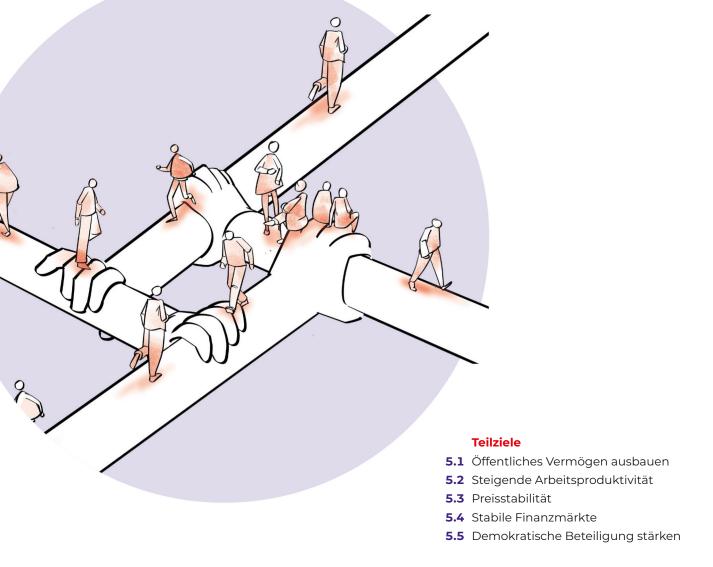
Ein moralischer Appell hinsichtlich der Arbeitszeit der oder des Einzelnen, wie er in der derzeit oft fehlgeleiteten Diskussion stattfindet, ist im Hinblick auf die tatsächlichen Hürden, die Arbeitnehmer:innen bei der Wahl ihres Arbeitszeitausmaßes entgegen stehen, jedenfalls fehl am Platz. Vielmehr sollten wir über eine neue "gesunde" Vollzeit sprechen, die die Wünsche und Lebensrealitäten der Arbeitnehmer:innen entsprechend berücksichtigt.

5 Gesamtstaatliche Stabilität

Gesellschaftlicher Fortschritt und ökonomische Entwicklung können nur in Abwesenheit von Krisen nachhaltig vorangetrieben werden. Unter gesamtstaatlicher Stabilität fassen wir die Tätigkeit des Staates, um ökonomische Stabilitätsziele zu erreichen, sowie die demokratische Beteiligung zusammen. Für den Wohlstand der Menschen ist es wichtig, dass der Staat eine aktive, gestaltende Rolle einnimmt und dass dabei möglichst viele Menschen in demokratischen Prozessen mitbestimmen können. Diese beiden Ziele sind damit unmittelbar wohlstandsrelevant. Darüber hinaus müssen Faktoren, die zu Krisen führen, unter Kontrolle gehalten werden. Im Bericht greifen wir dafür die Preisstabilität und die Stabilität auf den Finanzmärkten heraus, da in diesen Bereichen die Hauptursachen der vergangenen Krisen zu finden waren. Ergänzend ist die Produktivitätsentwicklung für den materiellen Wohlstand und die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von Bedeutung. Diese drei Faktoren führen zu Wohlstandsverlusten, wenn sie aus dem Gleichgewicht geraten.

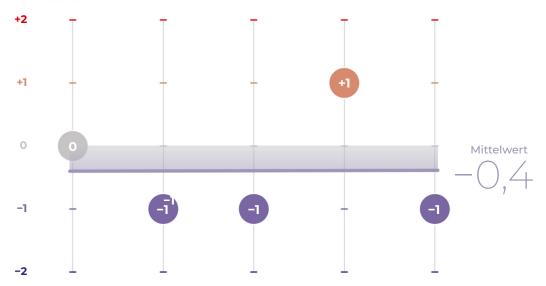
Im Bereich der gesamtstaatlichen Stabilität sind mit einer Gesamtbewertung von -0,4 leichte Rückschritte bei der nachhaltigen Entwicklung des Wohlstands festzustellen. Die Produktivitätsentwicklung bleibt derzeit hinter den Erwartungen zurück und ist rückläufig. Zudem sinkt der Anteil der Wahlberechtigten an der Bevölkerung, wodurch immer mehr Menschen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen sind. Die Preisanstiege bei Energie, Wohnen und Lebensmittel stellen eine enorme Belastung für die Bevölkerung dar. Beim Ausbau des öffentlichen Vermögens sehen wir kaum Fortschritte, da die Budgetkonsolidierung höhere staatliche Ausgaben verhindert. Indes scheint sich die Lage auf den Finanzmärkten trotz vieler geo- und handelspolitischer Unsicherheiten beruhigt zu haben.

Für mehr Wohlstand müssen staatliche Institutionen trotz Budgetkonsolidierung künftig höhere Investitionen in das öffentliche Vermögen tätigen und nachhaltigere Antworten auf Krisen, etwa durch wirksame Preiseingriffe, finden. Zudem muss die Zahl der Menschen, die dabei durch Wahlen mitbestimmen dürfen, erhöht werden, um eine weitere Fragmentierung der Gesellschaft zu vermeiden.



Gesamtstaatliche Stabilität – Verringerung

Ziel wird erreicht



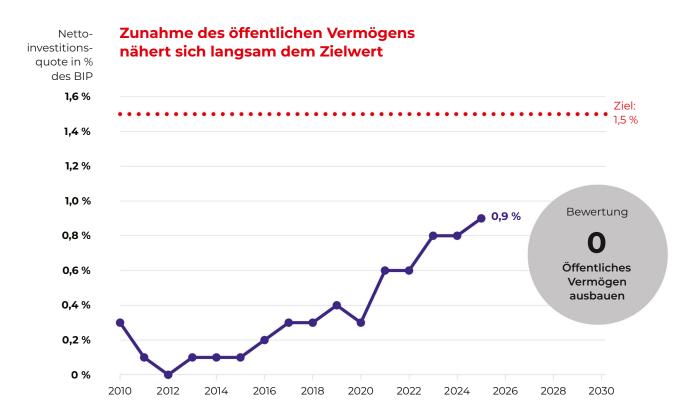
Klare Zielverfehlung

Öffentliches Steigende Preisstabilität Stabile Demokratische Vermögen Arbeitspro- Finanzmärkte Beteiligung ausbauen duktivität

5.1 Öffentliches Vermögen ausbauen

Ein hohes öffentliches Vermögen ist für alle Menschen, vor allem aber für jene, die selbst kein nennenswertes Vermögen haben, die Grundlage für ein gutes Leben. Es garantiert unter anderem die verlässliche Erbringung staatlicher Leistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa in den Bereichen Wohnen und Bildung, im Klimaschutz oder der Infrastruktur.

Da Umfang und Qualität der Leistungserbringung des Staates nicht ohne Weiteres messbar sind, verwenden wir den öffentlichen Vermögenszuwachs (Nettoinvestitionen) als bestmögliche Annäherung. Die Nettoinvestitionen sollen zumindest 1,5 % des BIP betragen.



Der Aufbau von öffentlichem Vermögen (Nettoinvestitionsquote) stieg von einem sehr niedrigen Wert im Jahr 2012 bis 2025 deutlich an. In der Teuerungskrise stagnierte der staatliche Vermögensaufbau, er sollte heuer jedoch wieder steigen. Mit einem prognostizierten Wert von 0,9 % des BIP im Jahr 2025 nähert sich die Nettoinvestitionsquote langsam dem angestrebten Ziel von 1,5 % des BIP.

Quelle: AMECO (2025d, 2025a, 2025e); eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Die Bundesregierung investiert trotz
 Budgetkonsolidierung in den Ausbau des
 öffentlichen Vermögens, dennoch bleibt der
 Abstand zum Zielwert hoch. Damit bleibt
 es schwierig, künftigen Herausforderungen
 ausreichend und angemessen zu begegnen.
- Die EU-Fiskalregeln erschweren das Fortführen dieser positiven Entwicklungen der Vergangenheit, da Sparen statt Investieren in den Mittelpunkt der öffentlichen Finanzen rückt.

Was wir brauchen

- Staatliche Investitionen, insbesondere in die soziale und ökologische Infrastruktur, müssen weiter angehoben werden, um das angestrebte Ziel zu erreichen.
- Sie sollen so ausgestaltet sein, dass auch Investitionen des privaten Sektors angeregt werden
- Die Schaffung neuer europäischer Finanzierungsquellen kann den budgetären Spielraum für die Anhebung des öffentlichen Vermögens trotz der negativen Wirkung der Fiskalregeln ausweiten.

Im Detail

Um den massiven Investitionsbedarf zu decken, erscheint uns ein Zielwert der Investitionsquote von 1,5 % des BIP angemessen. Laut Heimberger & Lichtenberger (2022) machen alleine die Investitionen aufgrund der Klimakrise 1 % des BIP aus. Hinzu kommen steigende Ansprüche an das öffentliche Vermögen aufgrund der alternden Bevölkerung und der steigenden sozialen Ungleichheit.

Insgesamt lässt sich bei den Nettoinvestitionen ein positiver Trend ablesen. 2025 sollen sie 0,9 % des BIP betragen.

Dabei wirken die Vorgaben der EU-Fiskalregeln und die Budgetkonsolidierung einem Anstieg der Nettoinvestitionsquote entgegen. Denn um das Budget zu sanieren, ist es für Staaten deutlich einfacher, Investitionen zu streichen, als an anderer Stelle Mehreinnahmen zu generieren. Zudem wird ein langsamer Abbau des öffentlichen Vermögens, etwa durch Mängel in der Infrastruktur, erst nach einigen Jahren augenscheinlich. Im aktuellen Doppelbudget 2025/26 ist es gelungen, die Investitionsquote geringfügig zu erhöhen. Ob diese positive Entwicklung vor dem Hintergrund der angespannten Staatsfinanzen fortgeführt werden kann, bleibt jedoch abzuwarten.

Da der Ausbau des öffentlichen Vermögens nur sehr langsam fortgeführt wird und sich die Entfernung zum Zielwert kaum verringert, lautet die Bewertung des Indikators 0.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Eine Anhebung der Investitionen ist vor allem für die Infrastruktur in Ballungsräumen, für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr sowie die Bereiche Klimaschutz und Klimawandelanpassung (Energieerzeugung, thermische Sanierung etc.) erforderlich. Im besten Fall sind sie so ausgestaltet, dass auch Investitionen des privaten Sektors angeregt werden. Die finanziellen Mittel sollen in Form eines kommunalen Investitionsfonds bereitgestellt werden, da ein Großteil der Kompetenzen bei den Gemeinden liegt, deren finanzielle Spielräume aber vielfach sehr gering sind (Feigl, 2024).

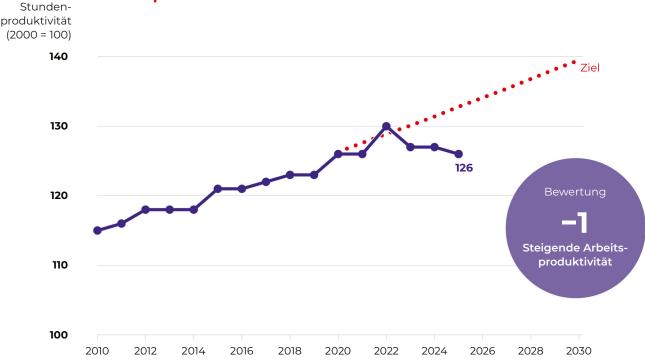
Mit einem Investitionsfonds auf europäischer Ebene nach dem Vorbild des Aufbau- und Resilienzplans (RRF – Recovery and Resilience Facility) (Heimberger und Lichtenberger, 2022) können die negativen Auswirkung der Fiskalregeln abgefedert und erforderliche Investitionen vorangetrieben werden. Aber auch eine Kreditfinanzierung ist für die genannten Zukunftsinvestitionen angemessen und trägt zur Generationengerechtigkeit bei, da vor allem künftige Generationen von einer sauberen Umwelt und einer guten Infrastruktur profitieren und daher an den Kosten beteiligt werden sollen.

Die zuletzt beschlossenen Ausnahmeregelungen der EU-Fiskalregeln sollten jedenfalls nicht nur auf Investitionen im Rüstungsbereich beschränkt werden.

5.2 Steigende Arbeitsproduktivität

Zunehmende Arbeitsproduktivität ist ein wesentliches Element in der Standard-Definition von materiellem Wohlstand und deshalb in der traditionellen Wirtschaftspolitik von Bedeutung. Der Indikator misst die Steigerung der Wertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde. Steigende Arbeitsproduktivität ermöglicht höhere Einkommen und stabilisiert unser soziales Sicherungssystem. Die Förderung der Qualifikation von Beschäftigten und Maßnahmen zur Steigerung von Innovation und technologischer Entwicklung wirken positiv auf die Arbeitsproduktivität, gleichzeitig wird sie aber auch von der Konjunktur beeinflusst.

Arbeitsproduktivität sinkt



Die Entwicklung der Stundenproduktivität wird als Indexwert dargestellt und beginnt im Basisjahr 2000 mit dem Wert 100. Sie hat sich seit dem Jahrtausendwechsel um ein Viertel erhöht. Das Wachstum der Stundenproduktivität verlangsamt sich jedoch zunehmend. 2025 wird die Stundenproduktivität abermals leicht sinken und den Wert 126 erreichen. Somit liegt die Entwicklung der Stundenproduktivität deutlich hinter dem mittelfristigen Zielpfad von 1 % pro Jahr.

Quelle: AMECO (2025b, 2025a, 2025c) eigene Berechnungen

Was wir sehen

- Das Niveau der Arbeitsproduktivität ist hoch und konnte seit dem Jahr 2000 um etwa ein Viertel gesteigert werden.
- Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch verlangsamt.
- Im Jahr 2025 wird die Stundenproduktivität im Vorjahresvergleich sogar leicht sinken, künftig durch die steigende Arbeitskräfteknappheit und die Konjunkturerholung jedoch wieder steigen.

Was wir brauchen

- Eine Produktivitätsstrategie ist angesichts der negativen Entwicklung dringend notwendig.
- Dazu gehört qualitativ hochwertige Ausund Weiterbildung, die die Fähigkeiten der Beschäftigten und die verbreitete Anwendung von Innovationen fördert.
- Neben der Höhe muss auch auf die Effizienz der Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation geachtet werden, damit diese zum Produktivitätswachstum beitragen.
- Eine aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik stabilisiert die Arbeitsproduktivität in Krisenzeiten.

Im Detail

Steigende Arbeitsproduktivität ermöglicht höhere Einkommen und stabilisiert unser soziales Sicherungssystem. Ziel ist es, die positive Produktivitätsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte fortzuschreiben, was einem Anstieg von etwa 1 % pro Jahr entspricht.

Seit dem Jahr 2000 konnte die Produktivität in Österreich um etwa ein Viertel gesteigert werden. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch verlangsamt und deckt sich damit mit der Entwicklung in den meisten anderen Industriestaaten. Dafür gibt es eine Vielzahl an Erklärungsansätzen: Sie reichen von Messproblemen über die stärkere Bedeutung des Dienstleistungssektors, in dem kaum Produktivitätssteigerungen möglich sind, bis hin zu einer komplexeren Implementierung und verzögerten Anwendung von Innovationen (Produktivitätsrat, 2023). Aktuell ist die Produktivitätsentwicklung sogar rückläufig. Dennoch bleibt das Niveau der Arbeitsproduktivität sehr hoch und liegt deutlich über dem Durchschnitt im Euroraum. Mittelfristig kann zudem eine Rückkehr zum langjährigen Durchschnitt erwartet werden.

Die insgesamt negative Entwicklung wird mit –1 bewertet.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

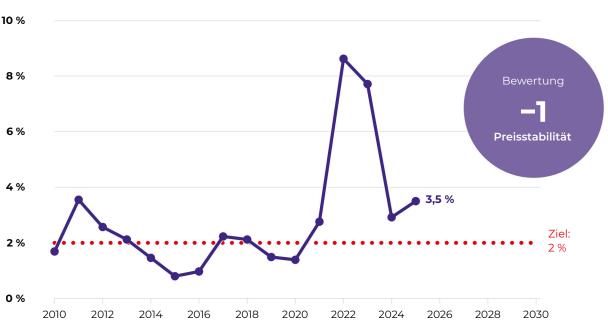
Die gezielte Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert ein Zusammenwirken vieler Maßnahmen. Dazu gehört qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung, die die Fähigkeiten der Beschäftigten und damit auch die verbreitete Anwendung von Innovationen fördert. Ein Recht auf eine Woche bezahlte Weiterbildung pro Jahr und ein Qualifizierungsgeld für alle tragen dazu bei. Außerdem muss neben der Höhe auch auf die Effizienz der Ausgaben für Forschung, Technologie und Innovation geachtet werden, damit diese zum Produktivitätswachstum beitragen. Das gelingt durch eine verstärkte Koordinierung und Abstimmung unterschiedlicher Förderinstrumente. Diese gezielten Maßnahmen müssen in eine aktive Konjunktur- und Nachfragepolitik, die die Arbeitsproduktivität in Krisenzeiten stabilisiert, eingebettet sein.

5.3 Preisstabilität

Stabile Preise machen die wirtschaftlichen Aktivitäten planbar, zum Beispiel für Zinsen, Kredite, Investitionen, Einkommensentwicklung oder langfristige Konsumentscheidungen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) misst den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus für Konsument:innen auf Basis eines sogenannten repräsentativen Warenkorbs. Das mittelfristige Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) für den Euroraum liegt bei 2 % Preissteigerung pro Jahr. In Zeiten großer Preisschwankungen sind eine genaue Beobachtung und Bekämpfung von Preisschocks wichtig.

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Inflation steigt erneut



In den Jahren vor 2021 erfüllte Österreich häufig das Ziel der Preisstabilität oder war nahe daran. In der Teuerungskrise ist die Inflationsrate bis 2022 auf 8,6 % gestiegen und blieb auch 2023 mit 7,7 % historisch hoch. 2024 ist die Inflation auf 2,9 % zurückgegangen, für 2025 wird ein Anstieg der Inflation auf 3,5 % erwartet.

Quelle: OeNB (2025b), Statistik Austria (2025g)

Was wir sehen

- Die Inflation steigt erneut auf 3,5 % und liegt damit weiterhin über dem 2-%-Ziel der EZB.
 Österreich hat eine höhere Inflationsrate als die meisten Länder der Eurozone.
- Preistreiber wie Wohnungsmieten, Energie und Lebensmittel belasten einkommensschwache Haushalte weiterhin stark.

Was wir brauchen

- "Österreich-Aufschlag" bei Lebensmitteln abschaffen
- Niedrige Erzeugerkosten beim Strom an Haushalte weitergeben
- Novellierung des Preisgesetzes und Einrichtung einer Anti-Teuerungskommission, um Preisschocks gezielt beobachten und bekämpfen zu können

Im Detail

Das Ziel der Preisstabilität wird erfüllt, wenn es zu einem stetigen, aber nur mäßigen Anstieg der Preise kommt. Das mittelfristige Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt bei 2 % Preissteigerung pro Jahr.

In der Teuerungskrise hat es die österreichische Bundesregierung verabsäumt, effektiv in Preise einzugreifen. Der Energiepreisschock infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine führte zu hohen Preissteigerungen, die sich durch Gewinn-Preis-Spiralen verschärften. Die Folge waren historisch hohe Inflationsraten 2022 und 2023. Darunter litten insbesondere einkommensschwache Haushalte, allen voran Alleinerzieherinnen und Pensionistinnen (Six und Witzani-Haim, 2023). Länder wie Spanien haben direkt in die Energiemärkte oder Mieten eingegriffen und so die Preisanstiege unter Kontrolle gebracht (Uxó González, 2023). 2024 ist die Inflation durch sinkende Energiepreise und der schwachen Konjunktur rasch gesunken, war mit 2,9 % jedoch immer noch nicht im Bereich des Zielwerts. Für 2025 wird von der OeNB ein erneuter Anstieg auf 3,5 % prognostiziert. Zwar hilft die neue Mietpreisbremse, jedoch wirken das Auslaufen des Stromkostenzuschusses für Haushalte sowie die Erhöhung der Netzentgelte nach. Auch Nahrungsmittel sind weiterhin Preistreiber. Schuld daran ist unter anderem der "Österreich-Aufschlag" in der Lebensmittelindustrie (AK Wien, 2025).

Die Bewertung des Teilziels der Preisstabilität lautet aufgrund der neuerlichen Entfernung vom Ziel –1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Nahrungsmittel müssen leistbar sein. Dafür muss der Österreich-Aufschlag der Lebensmittelindustrie abgeschafft werden. Die Einführung einer Preistransparenzdatenbank für Lebensmittel entlang der Wertschöpfungskette würde ein rechtzeitiges Eingreifen bei negativen Entwicklungen ermöglichen.

Aus den Erfahrungen der Teuerungskrise sind eine Novellierung des Preisgesetzes und die Einrichtung einer Anti-Teuerungskommission nötig. Preisschocks müssen gezielt beobachtet und bekämpft werden. Unternehmen müssen den Beweis antreten, dass Preissteigerungen durch Kosten begründet und nicht übermäßig sind. Niedrige Erzeugerkosten bei Strom müssen an die Verbraucher:innen weitergegeben, die Netzkosten fair verteilt werden.

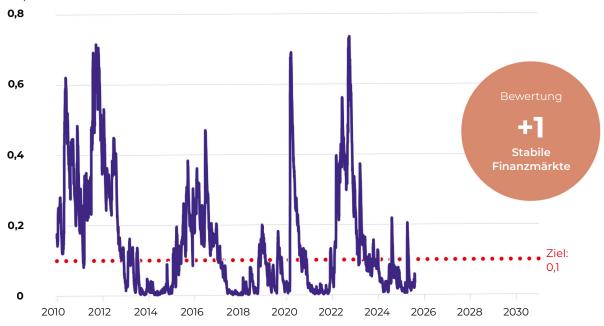
5.4 Stabile Finanzmärkte

Stabile Finanzmärkte fördern den Wohlstand, indem sie Investitionen von Unternehmen, beispielsweise in den sozialen und ökologischen Umbau, und von Haushalten, etwa in die Schaffung von Wohnraum, ermöglichen. Gleichzeitig können Krisen im Banken- und Finanzsystem zu schweren Einbrüchen in der Realwirtschaft führen.

Der Composite Indicator of Systemic Stress (CISS) der Europäischen Zentralbank (EZB) zeigt, ob die Gefahren für die Wohlstandsentwicklung, die von instabilen Finanzmärkten ausgehen, unter Kontrolle sind. Eine realwirtschaftlich orientierte Banken- und Finanzmarktregulierung und eine pragmatische Geldpolitik tragen zu diesem Ziel bei.

Composite Indicator of Systemic Stress (CISS)

Nervosität auf den Finanzmärkten nur kurzfristig



Die Grafik zeigt die Entwicklung des Stressindikators CISS der EZB (Hollo et al., 2012). Es ist sichtbar, dass das Risiko auf den Finanzmärkten in Krisenzeiten, etwa 2020 oder 2022, stark ansteigt. Als Zielwert wird ein CISS von 0,1 gewählt, da unter diesem Wert von einer ausreichenden Stabilität auszugehen ist. Durch erratische Zollankündigungen der USA stieg der Wert zuletzt des Öfteren kurzfristig an, lag jedoch seit April 2025 durchgehend unter dem Zielwert.

Quelle: EZB (2025)

Was wir sehen

- Trotz der widrigen Umstände ist der von der EZB errechnete Stressindikator auf den Finanzmärkten insgesamt weitgehend stabil und gering. Aktuell wird das Ziel erreicht.
- Die Entwicklungen auf den Börsenmärkten übersteigen die positiven Entwicklungen der Realwirtschaft, was auf eine Blasenbildung auf den Finanzmärkten hindeutet.
- Auch die erratische Zollpolitik der USA und geopolitische Risiken im Nahen Osten stellen weiterhin Unsicherheiten dar.

Was wir brauchen

 Regulierungen, etwa bei der Eigenkapitalausstattung der Banken oder bei der Vergabe von Immobilienkrediten, wirken sich positiv auf die Finanzmarktstabilität aus. Sie sollen verlängert und nicht aufgeweicht werden.

Im Detail

Stabile Finanzmärkte sind für die Investitionstätigkeit und die ökonomische Stabilität eines Landes notwendig. Infolge der großen Finanzkrise 2008 entwickelte die Europäische Zentralbank den Stressindikator CISS, um vom Finanzmarkt ausgehende Gefahren überwachen zu können.

Regierungen haben zum Teil aus den Krisen der Vergangenheit gelernt und in der Pandemie und während der Teuerungskrise wirtschaftspolitisch aktiv eingegriffen. Dadurch konnte das Vertrauen auf den Finanzmärkten wiederhergestellt werden. Zudem hat sich die Finanzmarktregulierung seit der Finanzkrise 2008 deutlich verbessert. Die Eigenkapitalausstattung der Banken in Europa ist allgemein gut und konnte mittels der Übergewinne durch die gestiegenen Zinsen nochmals erhöht werden.

Im Juni 2024 leitete die EZB nach den raschen Zinserhöhungen aufgrund des Energiepreisschocks die Wende zu sinkenden Zinsen ein. Dies wird sich positiv auf das Investitionsklima auswirken. Weil die Vorgaben für die Vergabe von Immobilienkrediten (KIM-Verordnung) im Juni 2025 nach drei Jahren ausgelaufen sind (Zotter, 2023), könnten diese jedoch wieder riskanter werden. Als Risikofaktor gelten zudem die Anzeichen für Blasenbildungen auf den Finanzmärkten. Darüber hinaus bleiben die geopolitischen Risiken und Unsicherheiten durch neue Zollankündigungen der USA bestehen.

Die Unruhe auf den Finanzmärkten konnte in den vergangenen Monaten rasch wieder beruhigt werden. Trotz einiger Ausnahmen wird das Ziel der Finanzmarktstabilität 2025 großteils erreicht, daher lautet die Bewertung +1.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Strengere Bankenregeln und mehr Aufmerksamkeit für Risiken an den Finanzmärkten haben das Finanzsystem widerstandsfähiger gemacht. Umso wichtiger ist es, dass nun nicht in grober Geschichtsvergessenheit abermals die Deregulierung der europäischen Finanzmärkte unter dem Titel der Kapitalmarktunion bzw. Spar- und Investitionsunion vorangetrieben wird.

Beispiele für einen erfolgreichen Umgang mit den Energiepreisanstiegen zeigen, dass aktives ordnungspolitisches Eingreifen wesentlich zu einer sozial und wirtschaftlich vertretbaren Überwindung von Krisen beitragen kann. Alte Stärken des österreichischen Systems der Kooperation könnten hier wieder belebt und weiterentwickelt werden.

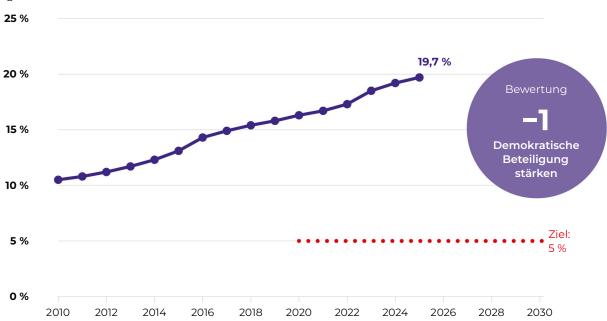
5.5 Demokratische Beteiligung stärken

Das Recht zu wählen ist ein wesentliches Merkmal repräsentativer Demokratien. Über Wahlen drücken Bürger:innen ihren politischen Willen aus und bestimmen ihre Vertreter:innen in parlamentarischen Vertretungskörpern mit. Je größer der Anteil jener, denen das Wahlrecht verwehrt ist, desto größer das Demokratiedefizit in einem Staat.

In Österreich ist bei der Wahl des Bundespräsidenten, des Nationalrats und der Landtage das Wahlrecht an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gebunden. In Österreich wohnhafte Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind also bei diesen Wahlen nicht wahlberechtigt. Ihr Anteil wächst beständig, wodurch ein immer größerer Teil der Bevölkerung zwar den Gesetzen unterworfen ist, die gesetzgebenden Institutionen aber nicht mitbestimmen kann.



Anteil der nicht wahlberechtigten Wohnbevölkerung wächst



Der Anteil jener Wohnbürger:innen, die aufgrund einer ausländischen Staatsangehörigkeit nicht für die Wahlen des Bundespräsidenten, des Nationalrats oder der Landtage wahlberechtigt sind, steigt beständig. Allein in den letzten 15 Jahren hat sich dieser Anteil von 10,5 % (2010) auf 19,7 % (2025) beinahe verdoppelt, von 2024 auf 2025 ist er um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Damit entfernen wir uns immer weiter vom Ziel von 5 %.

Quelle: Statistik Austria (2025b), eigene Berechnung

Was wir sehen

- Der Anteil der staatsbürgerschaftsbedingt nicht wahlberechtigten Wohnbürger:innen liegt 2025 mit 19,7 % deutlich über dem langfristigen Ziel von 5 %.
- Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil neuerlich um 0,5 Prozentpunkte gestiegen.
- Die Zahl der Wahlberechtigten ist also erneut gesunken.

Was wir brauchen

- Die hohen Hürden für die Einbürgerung müssen durch niedrigere Einkommenshürden, Kostensenkung, Verfahrensbeschleunigung sowie höhere Verfahrenstransparenz gesenkt werden.
- Der Zugang zur Staatsbürgerschaft soll einfacher werden, insbesondere für Kinder, die in Österreich geboren wurden oder zumindest die Hälfte ihrer Schulpflicht hier absolviert haben.

Im Detail

Das Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich ist eines der restriktivsten im europäischen Vergleich. Lange Wartefristen und hohe Anforderungen für die Einbürgerung machen es vielen Menschen, die seit Langem hier niedergelassen sind, schwer, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Koppelung des Wahlrechts auf Bundes- und Landesebene an ebendiese Staatsbürgerschaft führt zu einem Demokratiedefizit, das zur Abwendung der Betroffenen vom politischen System führen kann.

Der Anteil, der aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigten Personen, nimmt ständig zu, während die absolute Zahl der Wahlberechtigten sinkt. Das bedeutet: Eine immer kleiner werdende Zahl Personen entscheidet über den politischen Umgang mit einer immer größer werdenden Zahl an Betroffenen ohne Mitbestimmungsrecht.

Das neue Regierungsprogramm hat im Hinblick auf das Staatsbürgerschaftsrecht sowohl Verschärfungen (höhere Deutschkriterien, verpflichtender Staatsbürgerschaftskurs, Prüfung leichterer Aberkennung) als auch Erleichterungen (Entbürokratisierung, Lockerung bei leichten Verwaltungsübertretungen, zum Teil geringere Einkommenserfordernisse) angekündigt. Mit dem Doppelbudget 2025/26 steigen die Gebühren zur Beantragung einer Staatsbürgerschaft. Angesichts der kontinuierlichen Zuwanderung bleibt daher abzuwarten, ob und inwieweit tatsächlich Verbesserungen umgesetzt werden, weshalb die Entwicklung weiterhin mit –1 bewertet wird.

Maßnahmen für mehr Wohlstand

Antworten auf das wachsende Demokratiedefizit im Hinblick auf den Zugang zu Wahlen sind sowohl im Bereich des Wahlrechts als auch des Zugangs zur Staatsbürgerschaft denkbar. Gerade die von der Nationalität unabhängigen Arbeiterkammerwahlen zeigen, wie ein inklusiveres Wahlrecht gestaltet sein kann. Ein einfacherer Zugang zum Wahlrecht für ausländische Staatsbürger:innen auf gesamtstaatlicher Ebene wurde jedoch bereits 2004 vom Verfassungsgerichtshof gekippt, weshalb vor allem Reformen beim Zugang zur Staatsbürgerschaft realistischere Alternativen darstellen.

So sollten aus Sicht der Arbeiterkammer in Österreich geborene Kinder sowie jene, die zumindest die Hälfte ihrer Schulpflicht in Österreich absolviert haben, bereits nach fünf Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten können, sofern sich zumindest ein Elternteil rechtmäßig im Inland aufhält. Im Allgemeinen soll die Barriere der hohen Verfahrenskosten fallen, etwa durch Senkung der Verwaltungsgebühren und deren Vereinheitlichung in allen Bundesländern. Aber auch eine Beschleunigung der langen Verfahren sowie deren transparentere Durchführung sind pragmatische Ansatzpunkte.

Thema: Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand

Die vielfältigen Krisen der letzten Jahre und die grundsätzliche Ablehnung ambitionierter Klimapolitik seitens der erstarkenden Rechten haben dazu geführt, dass Klimapolitik in die Defensive geraten ist (Streissler, 2025). So hat die neue Kommission unter Ursula von der Leyen den früheren "Grünen Deal" umbenannt zu einem "Deal für eine saubere Industrie". Dieser setzt noch mehr als bisher auf Wettbewerbsfähigkeit. Als Basis für diese Neugewichtung dient der Kommission der Bericht "Die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit", den Mario Draghi in ihrem Auftrag erstellt hat (Draghi, 2025).

In ihrer Analyse des Berichts machen Ertl und Ey (2024) klar, dass Draghis Konzept von Wettbewerbsfähigkeit einer bedingungslosen Wachstumsorientierung folgt. die nach seiner Vorstellung die Voraussetzung für eine Berücksichtigung sozialer und ökologischer Anforderungen ist.

Bei Wettbewerbsfähigkeit handelt es sich weniger um ein wirtschaftswissenschaftliches Konzept als vielmehr um einen politischen Kampfbegriff. Beran et al. (2024) kommen zu dem Schluss: "Auf der Ebene von Staaten verhindert [eine Fixierung auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit] Kooperationen und führt [...] zu einem Unterbietungswettbewerb von nationalen Arbeits- und Umweltstandards. Wenn alle versuchen, höhere Exportziele zu erreichen, muss es Verlierer:innen und Gewinner:innen geben. Dies führt zu einem Gefangenen-Dilemma, bei dem das optimale Ergebnis eigentlich durch Kooperation erreicht würde, die beste Strategie jedes einzelnen Landes aber darin besteht, eigennützig zu handeln. Das Gesamtergebnis für die Gesellschaft ist dabei das denkbar schlechteste."

Mit dem "Deal für eine saubere Industrie" wird die angestrebte Klimaneutralität noch stärker als bisher mit Wirtschaftswachstum verwoben. Doch der Konflikt zwischen diesen beiden Zielen ist mittlerweile unübersehbar. So hat eine umfassende Studie von Wiedenhofer, Haberl und anderen gezeigt, dass die viel beschworene Entkoppelung von Treibhausgasemissionen und Wirtschaftswachstum nicht systematisch gelingt (Wiedenhofer et al., 2020; Haberl et al., 2020; Pichler und Wiedenhofer, 2021). Damit ist zu erwarten, dass gesteigertes Wirtschaftswachstum und der Fokus auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit die Reduktion der Treibhausgase nicht nur in den Hintergrund drängen, sondern sogar unmöglich machen.

Die Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit verstellt den Blick darauf, dass viele der heutigen Herausforderungen einzelstaatlich nicht gelöst werden können (Beran et al., 2024). Statt des Wettbewerbs und des Gegeneinanders zwischen Staaten ist Kooperation und eine Rückbesinnung auf internationale Abkommen auf breiter Basis (Multilateralismus) nötig. Nur so können drängende Probleme wie die Klimakrise gelöst werden.

Schlussfolgerungen

Österreich wurde in den letzten Jahren von einer Pandemie, der Teuerungskrise und der längsten Wirtschaftsflaute der Nachkriegszeit getroffen. Die politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten lasten mittlerweile schwer auf dem Lebensstandard der Bevölkerung. Zudem ist die Gegenwart von Umbrüchen gekennzeichnet – etwa durch geopolitische Spannungen, Handelskriege, die Klimakrise, soziale Ungleichheit und Angriffe auf die Demokratie. Hinzu kommen nationale Herausforderungen wie die anhaltend hohe Inflation, die Ungleichheit in der demokratischen Repräsentation und das Budgetdefizit.

Für den Wohlstand in Österreich bedeutet das insgesamt nichts Gutes. Auch der diesjährige AK-Wohlstandsbericht konstatiert einen weiteren, wenn auch leichten, Rückgang des materiellen Wohlstands für die Menschen in Österreich. Denn in vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen sind die Kennzahlen weit weg vom Ziel oder entwickeln sich sogar in die falsche Richtung. Vor diesem Hintergrund ist die Politik gefordert, positive gesellschaftliche Zukunftsperspektiven zu entwickeln und mehr Wohlstand für die Vielen zu schaffen!

Große Herausforderungen in unsicheren Zeiten

Die neue Bundesregierung hat ein schwieriges Erbe angetreten. Durch die langanhaltende Teuerung bei Energie, Wohnen und Lebensmitteln können sich viele Menschen alltägliche Ausgaben kaum noch leisten. Die Lage am Arbeitsmarkt ist angespannt und die Zahl der

Arbeitssuchenden nimmt zu. Das hohe Budgetdefizit erschwert eine rasche wirtschaftliche Erholung durch Offensivmaßnahmen der öffentlichen Hand. Die Lohnverhandlungen werden durch das Spannungsverhältnis zwischen Kaufkrafterhalt für

Beschäftigte und preislicher Wettbewerbsfähigkeit für Unternehmen auf die Probe gestellt. Und obwohl Österreich bei der Wertschöpfung pro Kopf nach wie vor im europäischen

Spitzenfeld rangiert, ist es in den letzten Jahren bei der wirtschaftlichen Entwicklung zum Schlusslicht abgerutscht. Gleichzeitig wird der Bekämpfung der Klimakrise immer weniger Bedeutung beigemessen, obwohl die Folgen des



Klimawandels immer stärker spürbar und die Kosten immer höher werden. Die Klimaziele dürfen im Sinne einer lebenswerten Zukunft keinesfalls aufgegeben werden. Die ökologischen Krisen - Klimaerhitzung, Biodiversitätsverlust, Ressourcenübernutzung – sind Folgen gesellschaftlicher Strukturen und Entwicklungen. Daher können diese ökologischen Herausforderungen nur bewältigt werden, wenn gleichzeitig die zugrundeliegenden sozialen Strukturen verändert werden. Deshalb sprechen wir von einem sozialen und ökologischen Umbau. Dieser erfordert angesichts der tiefgreifenden Eingriffe und der knappen Zeit staatliche Lenkung und – trotz der angespannten budgetären Lage – massive öffentliche Investitionen. Darüber hinaus sind aber strukturelle Änderungen nötig, die eine nachhaltige Produktions- und Konsumweise ermöglichen (Görg et al., 2023).

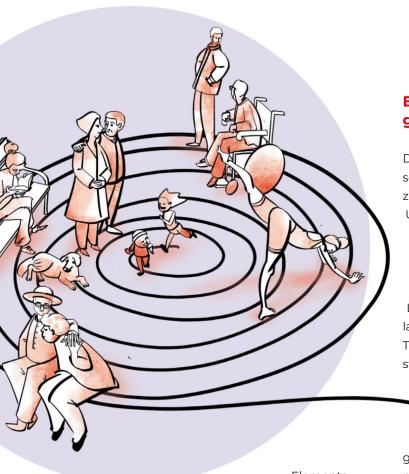
Diese Gemengelage schafft ein Umfeld, das von Unsicherheit und Instabilität geprägt ist. Das drückt auf die Zukunftserwartungen, die für eine wirtschaftliche Erholung so wichtig wären. Der private Konsum hat sich angesichts von Teuerung und Arbeitslosigkeit schwach entwickelt. Unternehmen scheuen vor großen Investitionen zurück, da die Risiken zu groß scheinen. Die Nachfrage aus dem Ausland ist durch die erratische US-Handelspolitik, aber auch durch eine schwache Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Zielländern für österreichische Exporte belastet. In dieser unsicheren Situation werden nicht nur Prognosen renommierter Wirtschaftsforschungsinstitute laufend nach unten revidiert, auch veröffentlichte Statistiken über die jüngste Vergangenheit müssen regelmäßig angepasst werden (Ertl et al., im Erscheinen). Diese unsichere Datenlage bietet auch wenig Orientierung für Politik, Bevölkerung und Unternehmen.

In der aktuellen Situation ist es umso wichtiger, zu wissen, welche Maßnahmen funktionieren und welche Schritte Erfolg versprechen. Erfolgsmessung und ernsthafte Evaluierung von Politikmaßnahmen sind demnach notwendiger denn je. Eine Änderung der politischen Kultur – hin zu einer evidenzbasierten, ergebnisorientierten Politik - ist in Österreich dringend nötig. Der AK-Wohlstandsbericht möchte nicht zuletzt auf Basis von Indikatoren und langjähriger Expertise einen Überblick über die derzeitige ökonomische, soziale und ökologische Lage in Österreich geben und Handlungsempfehlungen für eine breit spürbare Erhöhung des Wohlstands in Österreich bieten.

Von der Defensive in die Offensive

Es fehlte nicht viel und Österreich hätte eine Regierungskoalition aus Rechtskonservativen und Rechtsextremen erhalten, die wohl ein neoliberales Wirtschaftsprogramm und eine restriktive Politik nicht nur im Sozialbereich, sondern auch in den Grund- und Freiheitsrechten verfolgt hätte. Die amtierende Koalition fährt einen wirtschaftspolitischen Kurs, der soziale und marktwirtschaftliche





Effektive Maßnahmen gegen die Teuerung

Die hohen Teuerungsraten sind nun schon seit mehreren Jahren Quelle sozialer Probleme und verschärfen soziale Ungleichheit. Ausgehend von steigenden Energiepreisen, haben sich die Preisanstiege rasch auf andere Bereiche des täglichen Lebens ausgebreitet und stellen bei den Wohn-, Energie- und Lebensmittelkosten eine enorme Belastung für die Bevölkerung dar. Dass die Teuerungskrise in Österreich deutlich stärker und länger als in anderen EU-Län-

> dern anhält, liegt nicht zuletzt daran, dass die letzte Bundesregierung viel zu lange keine Eingriffe in die Preise und Über-

gewinne der preistreibenden Unternehmen unternahm. Budgetär kostspielige Transferzahlungen wie die Strompreisbremse schafften nur temporär Abhilfe, bekämpften die Teuerung aber nicht an ihrer Wurzel. Die Verantwortung für den Erhalt des Lebensstandards der Menschen wurde an die Sozialpartner und die Lohnverhandlungen abgeschoben. Aber auch diese geraten zunehmend an die Grenze ihrer Möglichkeiten, da hohe Lohnabschlüsse zwar die Kaufkraft der Beschäftigten sichern, die Inflation jedoch nicht senken können.

Die Regierung ist dringlichst aufgefordert das Problem der Teuerung endgültig und nachhaltig zu lösen. Dafür braucht es zunächst eine Preistransparenzdatenbank entlang der Wertschöpfungskette, um der Ursache für die Preisanstiege bei Lebensmitteln auf den Grund zu gehen und die Preistreiber zu benennen. Eine Anti-Teuerungskommission soll Preisanstiege untersuchen und bei ungerechtfertigten Erhöhungen notfalls eingreifen können. Ein zentraler, direkter Hebel für Preissenkungen besteht in der Abschaffung des sogenannten

Elemente verbindet. Die drängenden Heraus-

forderungen harren aber weiter einer baldigen Lösung. Der aktuelle Fokus auf die Budgetkonsolidierung darf dabei die weiteren Aufgabenstellungen für die Regierung nicht überdecken. Österreich steht an einem Scheideweg: historische Errungenschaften und Eckpfeiler des Sozialstaates geraten durch politische Angriffe, aber auch durch die Budgetkonsolidierung unter Druck. Dabei erfordern die ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen eigentlich eine Stärkung sozialstaatlicher Institutionen und Instrumente. Nur eine aktive, gestaltende Wirtschaftspolitik, die auf soziale Gerechtigkeit, einen leistungsfähigen, starken Sozialstaat, Klimaschutz und Innovation setzt, kann den Weg für eine stabile Zukunft mit hohem Wohlstandsniveau ebnen. Statt unseren starken Sozialstaat und unsere demokratischen Werte nur abzusichern, muss die Bundesregierung die Wohlstandsverluste der vergangenen Jahre endlich wettmachen und mutige Maßnahmen ergreifen.

Österreichaufschlags. Es darf nicht sein, dass die gleichen Produkte - sogar jene, die in Österreich produziert werden - in unseren Nachbarländern deutlich billiger angeboten werden. Dafür müssen territorialen Lieferbeschränkungen auf EU-Ebene durch Verordnungen Einhalt geboten werden. Eingriffe braucht es auch gegen die Teuerung beim Wohnen. Der Mietdeckel ist wichtig, aber gerade bei den freien Mieten zu lasch. Es braucht klare Mietobergrenzen und ein Ende der Befristungen, um das Grundbedürfnis Wohnen wieder leistbar zu machen. Den extrem hohen Energiepreisen der letzten drei Jahre muss mit einem abgestimmten Maßnahmenbündel begegnet werden: Verbesserung der Energieeffizienz, vermehrter Einsatz erneuerbarer Energieträger, Diversifizierung der Lieferländer, Verbesserung der Speicherung und der Energieinfrastruktur bis hin zu Preiseingriffen, wenn andere Mittel versagen.

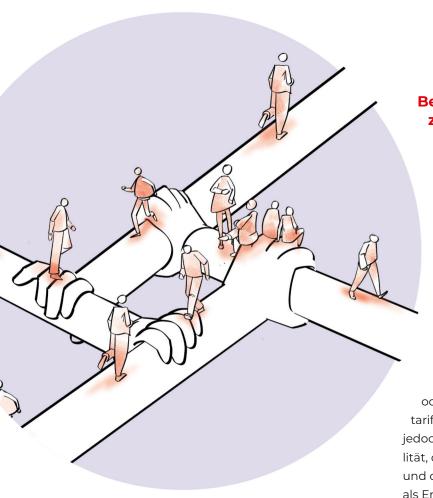
Für einen starken Sozialstaat mit einer gerechten Finanzierung

Österreich weist nach wie vor ein hohes Niveau der verfügbaren Haushaltseinkommen, an öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf. Kollektivverträge und sozialstaatliche Absicherung tragen wesentlich dazu bei. Sie gilt es zu erhalten, zu stärken und weiterzuentwickeln. Dennoch nimmt die Ungleichheit zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensfünftel der Haushalte zu, und der Gender-Pay-Gap, der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, sinkt zu langsam. Auch die Vermögenskonzentration verharrt auf einem viel zu hohen Niveau. Während Millionenerb:innen in abgehobenen Traumwelten leben, werden Kinder in Armut hineingeboren, die ihre Chancen ein Leben lang beeinträchtigt. Diese Ungleichheit ist ungerecht und inakzeptabel.



In vielen Bereichen der Grundversorgung

bzw. Daseinsvorsorge zeigen sich wachsende Defizite, die nach sofortiger politischer Aufmerksamkeit verlangen. Das betrifft etwa das elementare wirtschaftspolitische Ziel leistbaren Wohnens, das gerade in der Teuerungskrise massiv gelitten hat. Dabei verfügt Österreich im Unterschied zu anderen Ländern mit der Mietenregulierung und dem geförderten Wohnbau kommunaler und gemeinnütziger Bauträger über gut geeignete Instrumente fortschrittlicher Wohnpolitik. Leistbares Wohnen erfordert neben einer Ausweitung der Mietenregulierung auch den Ausbau des sozialen Wohnbaus und eine aktive Bodenpolitik. Auch im Gesundheits- und Bildungsbereich war Österreich lange Zeit internationales Vorbild, hat aber an Qualität verloren. Das verlangt nach Reformen, wie z.B. einer gezielten Stärkung der Gesundheitsvorsorge, Arbeitsbedingungen, die nicht gesundheitsschädlich sind, und einem kostenlosen und gesunden warmen Mittagessen für alle Kinder in Schulen und Kindergärten oder der gezielten Förderung von Kindern mit Eltern mit geringer (Aus-)Bildung. Die Verbesserung sozialer Dienste nutzt allen Menschen, besonders aber jenen, die von Armut und Ausgrenzung gefährdet sind. Der Ausbau dieser Sachleistungen muss mit gezielten



Bekämpfung der Klimakrise zur Priorität machen

Die neue Bundesregierung darf den Klimaschutz keinesfalls aus den Augen verlieren. Zwar macht Österreich bei der Erreichung wichtiger klimapolitischer Ziele Fortschritte, das Tempo müsste jedoch dringend erhöht werden, um die Ziele tatsächlich noch zu erreichen. So sinkt der Ausstoß der Treibhausgase dem Pfad entsprechend, und auch die Energiearmut wird durch sozialpolitische Maßnahmen wie den Wohnschirm oder den geplanten Energie-Sozialtarif eingedämmt. Gleichzeitig gibt es jedoch Rückschritte etwa bei der Luftqualität, der Verteuerung des Klimatickets und der Erhöhung des Pendler-Euros als Ersatz für den überdimensionierten Klimabonus. Beim Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze sowie bei sauberen und leistbaren Energiequellen gibt es Fortschritte, jedoch muss auch hier die Gangart deutlich beschleunigt werden.

finanziellen Unterstützungen wie einer Kindergrundsicherung zur Bekämpfung der Kinderarmut umgesetzt werden.

Die Finanzierung des Ausbaus sozialstaatlicher Leistungen muss durch einen gerechten Beitrag der Reichsten gestärkt werden, allen voran von progressiven Steuern auf Millionenerbschaften und Millionenvermögen. Auch Konzerne, insbesondere jene mit Übergewinnen, müssen einen höheren Beitrag leisten. Unternehmen, die sich durch Steuerflucht oder Lohn- und Sozialdumping ihrer Beitragspflicht entziehen und unfaire Wettbewerbsorteile verschaffen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Hier bleiben große Potenziale zur Finanzierung des Sozialstaates schon viel zu lange ungenützt. Positive Nebeneffekte bestünden in der Verringerung der hohen Vermögensungleichheit und der damit verbundenen politischen Einflussnahme einiger weniger.

Die Regierung muss mehr Augenmerk auf die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Klimakrise legen und die Anpassungsfähigkeit an Klimaveränderungen stärken. Die Zahl der Hitzetage nimmt vor allem in den Städten zu, was die Lebensqualität der Menschen eklatant beeinträchtigt.

Klimapolitik ist Gesellschafts-, Sozialund Wirtschaftspolitik. Mit der alten, rückwärtsgewandten Politik, die vieles dem Markt überlasst, geht das nicht. Es braucht jetzt vorausschauende, wirksame Antworten und eine ganzheitliche Planung. Nur mit einer grundlegenden Neuausrichtung unserer Wirtschaft können wir unsere Lebensgrundlagen und die der nachfolgenden Generationen sichern. Die Arbeiterkammer hat vorgelegt: Der Plan der AK für den sozialen

und ökologischen Umbau enthält für alle Politikbereiche konkrete Strategien – von der Gebäudesanierung über den Ausbau sauberer Energiesysteme bis zur Transformation von Industrie und Landwirtschaft –, bettet diese aber in die notwendigen sozialen und gesellschaftlichen Reformen ein, etwa im Arbeitsrecht und beim Ausbau sozialer Dienste.

Arbeitsbedingungen verbessern und Qualifikation ermöglichen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im letzten Jahr weiter verschlechtert. Hunderttausende Menschen, die keine, zu wenig oder schlechte Beschäftigung haben, wollen Arbeit, von der sie gut leben können: Arbeitslose, Entmutige, Menschen mit Betreuungspflichten, unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, prekär Beschäftigte und Niedriglohnbeschäftigte. Sie in gute Arbeit zu bringen, bedeutet individuellen, aber auch gesellschaftlichen Wohlstandsgewinn. Vollbeschäftigung und gute Arbeitsbedingungen sind nicht zuletzt auch der Schlüssel für eine erfolgreiche Budgetkonsolidierung durch stabil hohe Steuereinnahmen.

Dafür gilt es erstens, die enormen Beschäftigungspotenziale zu nutzen, die etwa in einem erfolgreichen sozialen und ökologischen Umbau auch für die Industrie, die Bauwirtschaft und private Dienste oder in einer besseren Versorgung mit sozialen Diensten etwa in der Pflege, Gesundheitsversorgung oder Bildung bestehen. Zweitens sollen die Menschen, die derzeit keine, zu wenig oder schlechte Arbeit haben, ermutigt, für gute Arbeitsplätze qualifiziert und dorthin vermittelt werden. Drittens gilt es, Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit generell zu verbessern, krank machende Arbeit zu vermeiden und die Möglichkeiten der Mitbestimmung am Arbeitsplatz auszuweiten. Alle

Beschäftigten müssen von ihrer Arbeit gut leben und ihr Pensionsalter möglichst gesund erreichen können. Die für die nächsten Dekaden aus demografischen Gründen zu erwartende Arbeitskräfteknappheit bietet günstige Voraussetzungen für diesen wünschenswerten Strukturwandel hin zu guter Arbeit mit steigender Produktivität.

Die Arbeiterkammer hat das Konzept einer gesunden Vollzeit als Ziel entwickelt, das vielen überarbeiteten Vollzeitbeschäftigten die Verkürzung und den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten die erhoffte Ausweitung ihrer Arbeitszeit ermöglichen würde. Auf dieser Grundlage kann es auch gelingen, bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Sorgearbeit in der Gesellschaft gerechter aufzuteilen. Wir brauchen wieder eine ambitionierte Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sowie die Bereitschaft zu politischen Innovationen und Experimenten, etwa zu einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm. Qualifizierung und Vermittlung von Arbeit dürfen sich angesichts der enormen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen und der hohen Dynamik auf dem Arbeitsmarkt nicht nur an Arbeitslose richten, sondern gezielt auch an Menschen mit unzureichender und schlechter Beschäftigung. Sie alle verdienen gute und sinnvolle Arbeit.

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Wohlstands in Österreich. Die
Herausforderungen sind aufgrund der
vielen Krisen und Versäumnisse enorm.
Ansatzpunkte braucht es in allen Politikbereichen: die anhaltende Teuerung
bekämpfen, eine gerechte Verteilung in
den Mittelpunkt stellen, das Erreichen
der Klimaziele forcieren sowie für gute
Arbeit eintreten. Diese Fortschritte
müssen sich im nächsten AK-Wohlstandsbericht 2026 widerspiegeln!

Anhang Methodische Grundlagen

Der AK-Wohlstandsbericht umfasst fünf gleichrangige Hauptziele, die jeweils durch fünf Teilziele und ihre Indikatoren bestimmt werden. Die Beschränkung auf 25 Indikatoren, um den Wohlstand in Österreich und seine Entwicklung zu beschreiben, stellt dabei einen Kompromiss zwischen den Anforderungen der Vielschichtigkeit und der Überschaubarkeit dar.

Ausgangspunkt für die Ziele ist das magische Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik (Rothschild, 1996), das entsprechend den wirtschaftspolitischen Debatten der vergangenen Jahre mehrmals angepasst wurde (Dullien und van Treek, 2012; Feigl, 2016). Die wichtigsten Anpassungen bestehen darin, dass das Übergewicht der ökonomischen Ziele gegenüber anderen Wohlstandszielen verringert wurde, Wirtschaftswachstum als Ziel im Bericht nicht explizit diskutiert wird und Lebensqualität ein eigenständiges Hauptziel darstellt. Seit 2024 wird mit dem Indikatoren-Set auch die Klimawandelanpassung und die demokratische Teilhabe (Wahlberechtigung) erfasst.

Das Bewertungsschema

Der AK-Wohlstandsbericht hat den Anspruch, die Wirkung der gesetzten politischen Maßnahmen auf die Entwicklung des Wohlstands zu beurteilen. Er betrachtet daher die Entwicklung der Indikatoren in der jüngsten Vergangenheit, typischerweise vom vorletzten zum jüngsten verfügbaren Jahreswert. Nur in Ausnahmefällen fließen auch Schätzungen für das laufende Jahr in die Bewertung ein; Prognosen für kommende Jahre werden nicht berücksichtigt. Die Entwicklung der Indikatoren wird dabei in Hinblick auf ein definiertes Ziel oder einen Zielpfad bewertet.

Die Skala der Punktebewertung reicht dabei von -2 bis +2, wobei sie wie folgt zu interpretieren ist:

- +2 Ziel wird erreicht
- +1 Günstige Entwicklung (zum Ziel hin)
- Neutrale Entwicklung
- -1 Ungünstige Entwicklung (vom Ziel weg)
- Deutlich ungünstige Entwicklung -2

Darüber hinaus fließt auch der Abstand vom Ziel in die Bewertung ein. Die gesetzten Ziele bzw. Zielpfade orientieren sich an nationalen oder internationalen politischen Vorgaben (z. B. Zielpfad beim Ausstoß an Treibhausgasen, Inflationsziel der EZB, Reduktion des Gender-Pay-Gap auf null), an der wissenschaftlichen Literatur (z.B. erforderliche Nettoinvestitionen) oder an bewährten Entwicklungen der Vergangenheit (z. B.

Produktivitätsentwicklung). Wo keine numerische Zielvorgabe möglich ist (z. B. Vermögenskonzentration), beschreiben wir einen Zielpfad eher qualitativ mit einer Zielrichtung.

Indikatoren und Datenquellen

Bei der Analyse der Wohlstandsentwicklung stützen wir uns auf national und international anerkannte Datenquellen, wie die Statistik Austria, Eurostat, die OECD, das WIFO oder das Umweltbundesamt. Wo dies möglich ist, beziehen wir sogenannte "Now-Casts" bis zum aktuellen Berichtsjahr mit ein. Dies ist vor allem, aber nicht ausschließlich bei den ökonomischen Indikatoren möglich.

1.1 Einkommensentwicklung

Median des äquivalisierten real verfügbaren Haushaltseinkommens: Die Ausgangsbasis bilden alle Nettoeinkommen der Haushalte laut EU-SILC-Erhebung.

Dazu kommen die Geldtransfers des Staates (inkl. Pensionen). Öffentliche Sachleistungen können nicht berücksichtigt werden. Die verfügbaren Haushaltseinkommen werden gemäß der EU-SILC-Vorgehensweise bedarfsgewichtet auf Köpfe umgerechnet. Im letzten Schritt wird das jährliche Äquivalenzeinkommen um die Preissteigerungen (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex, HVPI zum Basisjahr 2015) bereinigt.

1.2 Einkommensungleichheit

Einkommensquintil-Verhältnis (S80/S20): Das Verhältnis beschreibt, wie hoch die Haushaltseinkommen des obersten Einkommensfünftels in Relation zum untersten Einkommensfünftel sind. Unter Einkommen wird das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen

(also nach Abzug von Steuern und inklusive monetärer Sozialtransfers sowie unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße) verstanden. Die Datenbasis ist die europaweit harmonisierte Erhebung EU-SILC. Die Referenzperiode der Daten ist immer das Vorjahr, die im EU-SILC 2024 veröffentlichten Einkommen basieren also auf dem Jahr 2023.

1.3 Gender-Pay-Gap

Gender-Pay-Gap (GPG) der Bruttostundenlöhne: Der GPG misst den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Fraueneinkommen und dem durchschnittlichen Männereinkommen in Prozent. Der EU-Standardindikator zum GPG bezieht sich dabei auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Bruttostundenlöhnen. Für unterschiedlich lange Arbeitszeiten wird so eine Bereinigung vorgenommen, ohne die der GPG deutlich höher wäre. Die Daten werden jährlich auf Basis der Verdienststrukturerhebung von Eurostat bereitgestellt.

1.4 Vermögenskonzentration

Anteil der reichsten 5 % der Haushalte am gesamten Nettovermögen (Summe der Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten): Bei vollkommener Gleichverteilung würde die Kennzahl bei 5 % liegen, der Vermögensanteil würde also exakt dem Bevölkerungsanteil entsprechen. Mithilfe von Erhebungsdaten und makroökonomischen Aggregaten stellt die Datenbank der "Distributional Wealth Accounts" der Oesterreichischen Nationalbank die Verteilung des gesamten Vermögens einer Volkswirtschaft guartalsweise dar. Im vorliegenden Bericht werden diese Quartalsdaten zu Jahreswerten gemittelt. In Folge einer Revision der Daten durch die ÖNB sind die

Indikatorwerte im aktuellen Bericht nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar.

1.5 Entwicklungszusammenarbeit

Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) am Bruttonationaleinkommen: Die OECD definiert, welche öffentlichen Leistungen zu den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit gerechnet werden können. Diese umfassen die bilaterale EZA, bei der durch Abkommen mit Partnerländern finanzielle, technische oder personelle Unterstützung erfolgt, und die multilaterale EZA, bei der die Hilfen z.B. an die Vereinten Nationen oder Entwicklungsbanken gehen. Darüber hinaus sind Schuldenerlässe für Empfängerländer, indirekte Studienplatzkosten und Ausgaben für Asylwerbende und Geflüchtete in den ersten 12 Monaten im Geberland als EZA-Ausgaben anrechenbar. Die EZA-Ausgaben werden als Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen. Das BMF publiziert die jährlichen Werte und Voranschläge in einer Budgetbeilage.

2.1 Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote misst den Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung. Als Erwerbstätige gelten dabei gemäß Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) jene, die in der Referenzwoche zumindest eine Stunde Erwerbsarbeit geleistet haben sowie jene, die erwerbstätig sind, aber in diesem Zeitraum temporär nicht gearbeitet haben. Der von Eurostat veröffentlichte Indikator wird über die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria ermittelt. Wir betrachten die Quote der 20- bis 64-Jährigen. Sie ermöglicht eine grobe Einschätzung der Fähigkeit eines Wirtschaftssystems, Beschäftigung zu

schaffen, erfasst aber nicht die Qualität der Arbeit, geleistete Arbeitsstunden, Einkommen oder informelle Beschäftigungsverhältnisse. Ebenso werden Sorge- und Reproduktionsarbeit sowie Freiwilligenarbeit nicht berücksichtigt. Die neue EU-Sozialstatistikverordnung führte zu einer geänderten Berechnung des Indikators ab 2021. Der verwendete Datensatz ist um den Zeitreihenbruch bereinigt.

2.2 Unterbeschäftigungsquote

Die Unterbeschäftigungsquote basiert auf der standardisierten europäischen Arbeitskräfteerhebung und erfasst die Erwerbslosen (inkl. in Schulung befindlicher Personen), Teilzeitbeschäftigte, die gerne mehr arbeiten möchten, und die "Entmutigten", die Erwerbsarbeit aufnehmen könnten, aber die Arbeitssuche aufgegeben haben. Sie wird als Anteil an der "erweiterten" Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige, Arbeitslose und Personen außerhalb der Erwerbsbevölkerung, die nicht aktiv nach Arbeit suchen, aber dafür zur Verfügung stehen) angegeben. Die Quote drückt demnach den Anteil an Personen aus, die gerne (mehr) Erwerbsarbeit haben möchten. Aufgrund von Änderungen von Definitionen durch die seit 2021 in Kraft befindliche EU-Sozialstatistikverordnung besteht ein Bruch in der Zeitreihe.

2.3 Differenz bei unbezahlter Arbeit

Der Indikator basiert auf Zeitverwendungserhebungen der Statistik Austria zu den Hauptaktivitäten im Bereich der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit von Personen ab zehn Jahren während eines normalen Arbeitstages ebenso wie an Wochenenden. Der Indikator misst die Differenz beim täglichen durchschnittlichen zeitlichen Aufwand zwischen Frauen und Männern in Stunden und

Minuten. Zusätzlich zu den Aktivitäten, die als unbezahlte Haus- und Sorgearbeit klassifiziert sind, wurden auch jene Haus- und Sorgetätigkeiten inkludiert, die im Fragebogen der Statistik Austria als "Frei-willigenarbeit" eingestuft werden. Dazu zählen unter anderem die Betreuung von eigenen Kindern in einem anderen Haushalt, Kinderbetreuung als Unterstützung für einen anderen Haushalt, Hilfeleistungen für eine erwachsene Person eines anderen Haushalts und Wege für Einkäufe, kommerzielle und administrative Erledigungen.

2.4 Arbeitsklima Index

Der Arbeitsklima Index wird seit 1997 von den Forschungsinstituten IFES und FORESIGHT (vormals SORA) im Auftrag der AK Oberösterreich erhoben. Er erfasst die Arbeitszufriedenheit der unselbstständig Beschäftigten in Österreich und wird quartalsweise per repräsentativer Umfrage erhoben. Jedes Quartal werden etwa 900 Personen befragt, jeweils zwei Erhebungswellen werden zu den zweimal jährlich veröffentlichten Werten zusammengefasst. Die Fragen beziehen sich u. a. auf Arbeitsbedingungen, Betriebsklima, Einkommen, Stress und andere gesundheitliche Aspekte. Vier Teilindizes bilden den Gesamtindex: 1) Gesellschaft (eigene soziale Position und wirtschaftliche Zukunft Österreichs), 2) Betrieb (Zufriedenheit mit Führungskräften und wirtschaftliche Zukunft des Betriebs), 3) Arbeit (Zufriedenheit mit Beruf und Einkommen; arbeitsbezogene Belastungen) und 4) Erwartungen (Aufstiegsund Weiterbildungsmöglichkeiten; Einschätzung der Chancen am Arbeitsmarkt). Der Teilindex Arbeit wird bei der Indexberechnung am stärksten gewichtet. Im vorliegenden Bericht wird jeweils der Frühjahreswert herangezogen.

2.5 Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad misst den Anteil der erwerbstätigen Gewerkschaftsmitglieder an der unselbstständigen Erwerbsbevölkerung. Bis vor einigen Jahren konnte man jährlich auf international vergleichende Daten zu den nationalen Organisationsgraden zugreifen (OECD, 2024b). Angesichts institutioneller und personeller Veränderungen gibt es hier Aktualisierungsprobleme, weshalb man in den letzten Jahren für Österreich vor allem auf eigene Berechnungen (Quellen: ÖGB-Mitgliederstatistik, BALI-Datenbank) angewiesen ist.

3.1 Lebenszufriedenheit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein Indikator zur Messung der subjektiven Bewertung des eigenen Lebens. Sie wird mit folgender Frage gemessen: "Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?" Die Antwort ist eine Zuordnung auf einer 10-teiligen Skala (0 = gar nicht zufrieden; 10 = sehr zufrieden). Der hier verwendete Indikator der allgemeinen Lebenszufriedenheit wird im Rahmen der EU-SILC-Befragung erhoben. Angaben zur Lebenszufriedenheit sind zwar stets subjektiv, können aber hilfreich sein, um dahinterliegende objektive Faktoren offenzulegen.

3.2 Quote der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung

Der Indikator der Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung umfasst drei Dimensionen: 1) Armutsgefährdung (äquivalisiertes (um Haushaltsgrößen bereinigtes) Nettohaushaltseinkommen unter 60 % des Medians), 2) erhebliche materielle und soziale Deprivation

(anhand verschiedener Merkmale der Nicht-Leistbarkeit) und 3) Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Im Vergleich zur Europa-2020-Strategie haben sich ab 2021 geringfügige Änderungen in Teilbereichen der Messung der materiellen Benachteiligungen und der geringen Erwerbsintensität ergeben. Der verwendete Datensatz ist um diese Änderungen bereinigt. Die Datenquelle ist EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions), wobei die Einkommensdaten immer aus dem jeweiligen Vorjahr stammen. EU-SILC 2024 beschreibt daher die Einkommenssituation der Haushalte im Jahr 2023.

3.3 Quote der Niedrigabschlüsse

Die Quote der Niedrigabschlüsse bezieht sich hier auf den Anteil jener Personen an der 25- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung, deren Bildungsabschluss unterhalb des Sekundarbereichs II liegt. Dies entspricht in Österreich maximal Pflichtschulabschluss. Die Einteilung in Ausbildungsstufen basiert auf der "International Standard Classification of Education" (ISCED 2011). Die Daten basieren auf Befragungen der EU-Arbeitskräfteerhebung und unterscheiden sich damit geringfügig von den auf Registerdaten basierenden Berechnungen des österreichischen Bildungsstandregisters.

3.4 Zahl gesunder Lebensjahre

Der Indikator wird jährlich von Eurostat erhoben und gibt die Anzahl der bei der Geburt durchschnittlich zu erwartenden Lebensjahre ohne schwere oder mittelschwere gesundheitliche Probleme an. Für die Berechnung werden die von Eurostat veröffentlichten Mortalitätsraten herangezogen. Zudem fließt die Prävalenz schwerer oder mittelschwerer

gesundheitlicher Probleme ein, die aus Angaben zum individuellen Gesundheitszustand im Rahmen der jährlichen EU-SILC-Befragung (Statistics on Income and Living Conditions) ermittelt wird. Abgefragt werden die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes, das Vorliegen einer dauerhaften Krankheit oder eines chronischen Gesundheitsproblems und ob bzw. wie stark dadurch Tätigkeiten des normalen Alltags eingeschränkt werden.

3.5 Quote der Überbelastung durch Wohnkosten

Eine Überbelastung durch Wohnkosten liegt vor, wenn ein Haushalt mehr als 40 % seines verfügbaren Einkommens für die Wohnkosten aufwenden muss. Unter den Wohnkosten sind dabei fast alle Ausgaben erfasst, die im Zusammenhang mit der Wohnungsnutzung getätigt werden – die Ausgaben für die Wohnung an sich zuzüglich der Betriebs- und Energiekosten. Ein Sonderfall sind Haushalte mit aushaftenden Hypothekarkrediten: Hier werden nur die Zinsanteile der Kreditraten als Kosten gerechnet. Den Tilgungsanteilen stünde der Vermögensaufbau gegenüber, weshalb das keine Kosten wären, so eine Richtlinie von Eurostat. Die AK sieht das kritisch: Haushalte, die ihre Kreditraten nicht bedienen können, haben schließlich ein erhebliches Problem.

4.1 Energiearmut

In der EU werden seit 2005 im Rahmen des Programms EU SILC von den statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten – in Österreich also von Statistik Austria – durch Haushaltsbefragungen jedes Jahr Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen erhoben und veröffentlicht. Können Grundbedürfnisse nicht gedeckt werden,

spricht man von Deprivation. Dazu wird unter anderem die Frage gestellt, ob ein Haushalt es sich finanziell leisten kann, die Wohnung angemessen warm zu halten. Der gewählte Energiearmutsindikator zeigt den Prozentanteil der Menschen, die dies verneinen.

4.2 Qualität der Versorgung mit öffentlichem Verkehr

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) hat für die Gesamtbevölkerung Österreichs die Qualität des öffentlichen Verkehrs an einem Werk- und Schultag erfasst und in Güteklassen (A bis G) eingeteilt. Dafür wird 1) die Hochrangigkeit des Verkehrsmittels - z. B. Schnellbahn - mit 2) den durchschnittlichen Intervallen und 3) der Entfernung zur Haltestelle in Beziehung gesetzt. Bei der Güteklasse D wohnt man beispielsweise 500 bis 750 Meter von einer Haltestelle entfernt, die von Bus oder Straßenbahn in einem 5- bis 10-Minuten-Intervall bedient wird. Wir bezeichnen die Güteklassen A bis D als "gute Versorgung".

4.3 Hitzebedingte Übersterblichkeit

Die AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit) schätzt anhand von fallbasierten Sterbedaten (Statistik Austria) und Messwerten der maximalen und minimalen Lufttemperatur (Geo-Sphere Austria) für jede Woche eines Jahres, wie viele Sterbefälle es wegen besonders hoher Temperaturen zusätzlich zur ansonsten zu erwartenden Zahl gibt. Kumuliert über ein Jahr ergibt dies die "hitzeassoziierte Übersterblichkeit". Sie weist sehr große Konfidenzintervalle auf; hier wird nur der Erwartungswert wiedergegeben. Das statistische Modell wurde von der AGES in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Graz entwickelt.

4.4 Feinstaubbelastung

Der Indikator misst die Konzentration von Feinstaub (PM_{2.5}) pro Kubikmeter Luft. PM₂₅ sind Partikel, die einen aerodynamischen Durchmesser unter 2,5 µm (Mikrometer) aufweisen und daher bis in die Lunge vordringen können. Die mittlere Exposition der Wohnbevölkerung ist jene PM₂₅-Konzentration, der die Bevölkerung Österreichs im Durchschnitt ausgesetzt ist. Sie wird durch die Mittelung der Messdaten städtischer und ländlicher Hintergrundmessstellen geschätzt, wobei die Werte nach der Wohnbevölkerung, die sich innerhalb der repräsentativen Flächen der einzelnen Messstellen befindet, gewichtet werden (Spangl und Nagl, 2017). Als Zielwert wählen wir den Richtwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für gesundheitlich unbedenkliche Luft, der zuletzt im Jahr 2021 aktualisiert wurde.

4.5 Treibhausgasemissionen

Der Indikator misst die Menge der aus menschlicher Tätigkeit stammenden Gase, die zur Klimaerhitzung beitragen. Es handelt sich um Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Lachgas (N₂O), sowie bestimmte technische Gase. Die THG-Emissionen werden nach international vereinbarten Regeln (IPCC, 2006) ermittelt und in Tonnen CO₂-Äquivalent angegeben. Dazu werden die Mengen der ausgestoßenen Gase mit ihrem Treibhausgaspotenzial (GWP) multipliziert, das den Treibhauseffekt der Gase im Vergleich zu CO₂ erfasst (Gewichtung). In Österreich wird der THG-Ausstoß vom Umweltbundesamt ermittelt. Der Indikator im vorliegenden Bericht beschreibt die Emissionen außerhalb des EU ETS, da diese von nationalen Maßnahmen beeinflussbar sind.

5.1 Nettoinvestitionsquote

Bei der Berechnung der öffentlichen Nettoinvestitionsquote werden von den Bruttoanlageinvestitionen die Abschreibungen abgezogen (= Nettoanlageinvestitionen). Zudem werden die Effekte der konjunkturellen Lage und der Preissteigerungen durch die Inflation herausgerechnet. Die Daten werden jährlich von AMECO veröffentlicht.

5.2 Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität pro Stunde ergibt sich aus dem Verhältnis der in konstanten Preisen gemessenen Wirtschaftsleistung aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zur dafür geleisteten Arbeit. Sie stellt damit ein Maß für die Effizienz des Arbeitseinsatzes dar. Wir beziehen uns auf die Arbeitsproduktivität pro geleistete Arbeitsstunde. Die Daten und deren Prognose werden auf jährlicher Basis von AMECO publiziert.

5.3 Preisstabilität

HVPI gegenüber dem Vorjahr: Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) misst den durchschnittlichen Anstieg des Preisniveaus auf Konsument:innenebene auf Basis eines repräsentativen Warenkorbs und wird von Statistik Austria monatlich erhoben. Die Basisdaten dazu liefern regelmäßig stattfindende Erhebungen zum Konsumverhalten der privaten Haushalte. Die Warenkorbpositionen werden monatlichen Preisbeobachtungen unterzogen. So entstehen im Zeitablauf Preisindizes, die sowohl die Preisentwicklung einzelner Produkte bzw. Dienstleistungen als auch die Gesamtteuerung (Inflationsrate) abbilden.

5.4 Finanzmarktstabilität

Composite Indicator of Systemic Stress (CISS): Der hier verwendete Indikator der Europäischen Zentralbank ist Teil einer umfassenden Stabilitätsbewertung für den Euroraum und berücksichtigt sowohl die Verlustrisiken österreichischer Gläubiger:innen als auch das Funktionieren des österreichischen Finanzmarkts im Euroraum. Der Indikator für "Systemic Stress" setzt sich aus fünf Bereichsindizes zusammen: Geldmarkt, Anleihen, Fremdwährungen, Eigenkapital und die Lage der Finanzintermediäre (insbesondere der Banken). Zudem wird bei der Zusammenstellung berücksichtigt, ob sich die Risiken gegenseitig ausgleichen oder einander verstärken. Der Wert des wöchentlich verfügbaren Indikators kann zwischen 0 (geringe) und 1 (hohe Unsicherheit) liegen.

5.5 Demokratische Beteiligung

Der Anteil der aufgrund ihrer Nationalität auf Bundes- und Landesebene nicht wahlberechtigten Wohnbürger:innen basiert auf den Daten der Statistik des Bevölkerungsstandes. Für die Berechnung wurden die Daten zu Jahresbeginn herangezogen, die Bevölkerung im wahlfähigen Alter (16 Jahre oder älter) herausgehoben und darunter der Anteil ohne österreichische Staatsbürgerschaft bestimmt. Dieser Wert ist eine gute Näherung für den Anteil der Wahlberechtigten bei konkreten Wahlen. Dieser kann aber vom hier verwendeten Indikator leicht abweichen, etwa aufgrund unterschiedlicher Stichtage und bestimmter Ausnahmeregeln.

Literatur und Quellen

- AGES. (2024). Hitze-Mortalitätsmonitoring. Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. https://www.ages.at/umwelt/klima/klimawandelanpassung/hitze
- AK Oberösterreich. (2025a). Arbeitsklima Index Datenbank [Datensatz]. http://db.arbeitsklima.
- AK Oberösterreich. (2025b). Der Arbeitsklima Index zeigt: Normal war gestern. https://ooe. arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima_index/Normal-
- AK Wien. (2024a). AK-Wohlstandsbericht 2024: Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich (V. Lechinger, T. Premrov, & C. Streissler, Hrsg.). Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/!image/AC17321590/18/ LOG_0011/
- AK Wien. (2024b). Eine Zukunft für die Vielen (V. Heimerl & A. Schöggl, Hrsg.). https://emedien. arbeiterkammer.at/viewer/api/v1/records/AC17186626/files/source/AC17186626.pdf
- AK Wien. (2025). Warum sind Lebensmittel in Österreich so viel teurer? https://wien. arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wettbewerb/Warum-sind-Lebensmittel-in-Oesterreich-so-viel-teurer-.html
- AMECO. (2025a). Consumer price index, harmonised (No. (ZCPIH)) [Datensatz]. https:// economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ ameco-database_en
- AMECO. (2025b). Gross domestic product per hour worked, at current prices [Datensatz]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/ economic-databases/ameco-database_en
- AMECO. (2025c). Gross domestic product, price deflator (No. PVGD) [Datensatz]. https:// economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/economic-databases/ ameco-database_en
- AMECO. (2025d). Net fixed capital formation: General government (No. UING) [Datensatz]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/ economic-databases/ameco-database_en
- AMECO. (2025e). Potential gross domestic product, at constant prices (No. OVGDP) [Datensatz]. https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-research-and-databases/ economic-databases/ameco-database_en
- AustriaTech. (2025). ÖV-Güteklassen [Datensatz]. https://www.mobilitydata.gv.at/ daten/%C3%B6v-g%C3%BCteklassen
- Badelt, C. und Heitzmann, K. (2023). Armutsmessung in Zeiten von Vielfachkrisen: Eignen sich die klassischen Armutsmaße zur Erfassung und Adressierung der Armutsbetroffenen? Wirtschaft und Gesellschaft, 49(3), 17-48. https://doi.org/10.59288/wug493.200
- Barnes, C., Konstantinoudis, G., Masselot, P., Mistry, M., Gasparrini, A., Vicedo-Cabrera, A. M., Theokritoff, E., Clarke, B. und Otto, F. (2025). Summer heat deaths in 854 European cities more than tripled due to climate change. https://doi.org/10.25560/123873
- Beran, S., Ertl, M. und Witzani-Haim, D. (2024, 19. August). Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit - wie steht Österreich da? A&W Blog. https://www.awblog.at/ Wirtschaft/Wohlstand-und-Wettbewerbsfaehigkeit-Oesterreich

- **BKA. (2022).** EU-Mitgliedstaaten präsentieren nationale Ziele für ein sozialeres Europa bis 2030. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2022/eu-mitgliedstaaten-praesentieren-nationale-ziele-f%C3%BCr-ein-sozialeres-europa-bis-2030.html
- **BKA.** (2024). Österreich und die Agenda 2030. 2. Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 und der Nachhaltigen Entwicklungsziele / SDGs. https://www.bmaw.gv.at/dam/jcr:58bd835d-1d92-486d-b9df-27bdf9512a40/zweiter%20FNU%202024%20%C3%96sterreichs1.pdf
- BMASGPK. (2024). Unselbständig Beschäftigte [Datensatz]. https://www.dnet.at/bali/
 Datenbank/DB_Be.aspx
- BMF. (2025). Entwicklungszusammenarbeit. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4
 BHG 2013. https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/
 Entwicklungszusammenarbeit_2025_2026.pdf
- **BMK. (2021).** Mobilitätsmasterplan 2030 für Österreich. Der neue Klimaschutz-Rahmen für den Verkehrssektor Nachhaltig resilient digital. https://www.bmk.gv.at/themen/mobilitaet/mobilitaetsmasterplan/mmp2030.html
- BMSGPK (Hrsg.). (2023). So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2023 Schwerpunkt: Energiearmut. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0dd86bc1-54b1-4b3e-8b49-6041c86a431e/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627%20(7).pdf
- **Bock-Schappelwein, J. (2024).** Systemrelevante Beschäftigung in Zeiten demografischer Herausforderungen. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). https://www.wifo.ac.at/publication/264718/
- **Budgetdienst. (2025).** Umsetzung weiterer Konsolidierungs- und Offensivmaßnahmen. https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD-Umsetzung-weiterer-Konsolidierungs-und-Offensivmassnahmen.pdf
- Capellmann, S., Hegyi, M. R. und Wiesner, M. (2023, 22. Juni). Energiearmut in Österreich welche Gruppen sind besonders betroffen? A&W Blog. https://www.awblog.at/Soziales/ energiearmut-in-oesterreich
- Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V., Mader, K. und Six, E. (2021). Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown. PLOS ONE, 16(11), e0259580. https://doi.org/10.1371/journal.pone.0259580
- **Draghi, M. (2025).** The future of European competitiveness. A competitiveness strategy for Europe. EU Publications Office. https://data.europa.eu/doi/10.2872/9356120
- **Dullien, S. und van Treek, T. (2012).** Ziele und Zielkonflikte der Wirtschaftspolitik und Ansätze für Indikatoren und Politikberatung (Policy Brief). IMK.
- Ederer, S. und Streicher, G. (2023). Makroökonomische Effekte einer Arbeitszeitanpassung in Österreich. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/26777336
- **Eigner, A., Ey, F. und Mayr, F. (2025, 23. Mai).** Omnibus-EU-Schutzvorschriften. A&W Blog. https://www.awblog.at/Wirtschaft/Omnibus-EU-Schutzvorschriften
- Ertl, M. und Ey, F. (2024, 11. Oktober). Draghi-Bericht: Fortschrittliche Ansätze, verpasste Chancen und notwendige Kritik. A&W Blog. https://www.awblog.at/Europa/ Draghi-Bericht-Fortschrittliche-Ansaetze-verpasste-Chancen
- Ertl, M., Six, E. und Solder, V. (im Erscheinen). Prognosen in unsicheren Zeiten: Die trügerische Sicherheit der Zahlen. Wirtschaft und Gesellschaft, 51(3).
- **European Environment Agency. (Hrsg.). (2023, 24. November).** Harm to human health from air pollution in Europe: burden of disease 2023 Table 2. https://www.eea.europa.eu/publications/ harm-to-human-health-from-air-pollution/table-2

- Eurostat. (2025a). Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluß (No. ilc_pw01) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/ILC_PW01
- **Eurostat. (2025b).** Arbeitslose nach Staatsangehörigkeit (No. Ifsa_ugan) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/LFSA_UGAN
- **Eurostat. (2025c).** Beschäftigte und Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht Jährliche Daten (No. Ifsi_emp_a) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/LFSI_EMP_A
- **Eurostat. (2025d).** Bevölkerung in Privathaushalten nach Bildungsabschluss Hauptindikatoren (No. edat_lfse_03) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/EDAT_LFSE_03
- **Eurostat. (2025e).** Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit, nach Geschlecht, Alter, Stellung im Beruf, Vollzeit-/Teilzeittätigkeit und Beruf [Datensatz]. Eurostat. https://doi.org/10.2908/LFSA_EWHUIS
- **Eurostat. (2025f).** Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht EU-SILC und ECHP Erhebungen [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/ILC_DI03
- **Eurostat. (2025g).** Einkommensquintilverhältnis S80/S20 für das verfügbare Einkommen nach Geschlecht und nach Altersklassen EU-SILC Erhebung [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/ILC DIII
- **Eurostat. (2025h).** Gender pay gap in unadjusted form [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/
 TESEM180
- **Eurostat. (2025i).** Gesunde Lebensjahre nach Geschlecht (ab 2004) (No. hlth_hlye) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/HLTH_HLYE
- **Eurostat. (2025j).** Lebenserwartung nach Alter und Geschlecht (No. demo_mlexpec) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/DEMO_MLEXPEC
- **Eurostat. (2025k).** Nichtarbeitsuchende Nicht-Erwerbspersonen nach Wunsch zu arbeiten (No. Ifsa_igaww) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/LFSA_IGAWW
- **Eurostat. (2025I).** Personen in unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung % der gesamten Teilzeitbeschäftigung (No. Ifsa_eppgai) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/LFSA_EPPGAI
- **Eurostat. (2025m).** Personen in Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung nach Bildungsabschluss (No. Ifsa_epgaed) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/LFSA_EPGAED
- **Eurostat. (2025n).** Quote der Überbelastung durch Wohnkosten (%) [Datensatz]. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_lvho07a/default/table
- **Eurostat. (2025o).** Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (No. ilc_peps01n) [Datensatz]. https://doi.org/10.2908/ILC_PEPS01N
- **EZB. (2025).** CISS Composite Indicator of Systemic Stress, Euro area (changing composition), Daily [Datensatz]. https://data.ecb.europa.eu/data/Datensatzs/CISS/data-information
- **Feigl, G. (2016, 17. November).** Aus der Krise lernen: Ein magisches Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik. A&W Blog. https://www.awblog.at/Allgemein/magisches-vieleck-wohlstandsorientierter-wirtschafspolitik
- Feigl, G. (2024, 17. April). Klimaschutz-Potenzial der Städte und Gemeinden heben mit einem kommunalen Klima-Investitionsfonds. A&W Blog. https://www.awblog.at/klima-energie/Klimaschutz-Potenzial-der-Staedte-und-Gemeinden
- Feigl, G., Premrov, T. und Schultheiß, J. (2025). Doppelbudget 2025/26: Knappe Mittel und neue Prioritäten (No. 264; Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft). AK Wien. https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaftswissenschaften/Doppelbudget_2025-2026.pdf

- Figerl, J., Tamesberger, D. und Theurl, S. (2021). Umverteilung von Arbeit(-szeit): Eine (Netto)Kostenschätzung für ein staatlich gefördertes Arbeitszeitverkürzungsmodell. Momentum Quarterly Zeitschrift für sozialen Fortschritt, 10, 3. https://doi.org/10.15203/MOMENTUMQUARTERLY.VOL10.NO1.P3-19
- **Geosphere Austria. (2024).** Monatlicher Klimabericht Österreich für das Jahr 2024. https://www.zamg.ac.at/zamgWeb/klima/klimarueckblick/archive/2024/wiewars24.pdf
- **Gesundheit Österreich. (2024, 18. Juni).** Hitzewarnungen & Hitzeschutzpläne. https://www.gesundheit.gv.at/leben/umwelt/gesund-bei-hitze/hitze.html
- Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K. W. und Aigner, E. (Hrsg.). (2023). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Springer Nature. https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/wp-content/uploads/2023/10/APCC_2023_Rollups-als-Booklet-zum-Druck.pdf
- Griebler, R., Winkler, P., Delcour, J., Antosik, J., Leuprecht, E., Nowotny, M., Schmutterer, I., Sax, G., Juraszovich, B., Pochobradsky, E. und Kucera, S. (2023). Österreichischer Gesundheitsbericht 2022. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK). https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsberichte.html
- **Griesser, M. und Brand, U. (2016).** Verankerung wohlstandsorientierter Politik. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 165. https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC13397506/1/LOG_0003/
- Grünberger, K., Derndorfer, J. und Schnetzer, M. (2024). Erbschaften in Österreich: Eine Modellschätzung intergenerationeller Vermögenstransfers bis 2050. Wirtschaft und Gesellschaft, 50(1), 21–41. https://doi.org/10.59288/wug501.230
- Haberl, H., Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Brockway, P., Fishman, T., Hausknost, D., Krausmann, F., Leon-Gruchalski, B., Mayer, A., Pichler, M., Schaffartzik, A., Sousa, T., Streeck, J. und Creutzig, F. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: Synthesizing the insights. Environmental Research Letters, 15(6), 065003. https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab842a
- Heimberger, P. und Lichtenberger, A. (2022). RRF 2.0: Ein permanenter EU-Investitionsfonds im Kontext von Energiekrise, Klimawandel und EU-Fiskalregeln (WIIW Forschungsbericht). WIW. https://wiiw.ac.at/rrf-2-0-ein-permanenter-eu-investitionsfonds-im-kontext-von-energiekrise-klimawandel-und-eu-fiskalregeln-dlp-6413.pdf
- Hofmann, J., Marterbauer, M. und Schnetzer, M. (2020). Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen? Neue Erkenntnisse aus dem European Social Survey (ESS). Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft, 201. https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fullscreen/AC16066053/10/
- Hollo, D., Kremer, M. und Lo Duca, M. (2012). CISS A Composite Indicator of Systemic Stress in the Financial System. SSRN Electronic Journal. https://doi.org/10.2139/ssrn.1611717
- **Hood, C. (1991).** A Public Management for All Seasons? Public Administration, 69(1), 3–19. https://doi.org/10.1111/j.1467-9299.1991.tb00779.x
- **Huemer, U. und Mahringer, H. (2024).** Arbeitsmarktmonitor 2023. Update des jährlichen, EUweiten Arbeitsmarktbeobachtungssystems. WIFO. https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/ak-studien/sammlung_arbeitsmarkt/Arbeitsmarktmonitor.html
- IPCC. (2006). Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories. https://www.ipcc-nggip.iges.or.jp/public/2006gl/
- **Kuznets, S. (1934).** National Income, 1929–1932. U.S. Government Printing Office. https://fraser.stlouisfed.org/title/national-income-1929-1932-971

- Matzinger, S. und Brichta-Hartmann, C. (2022, 4. Februar). Wenn die Energierechnung zur Bedrohung wird. A&W Blog. https://www.awblog.at/Wirtschaft/wenn-die-energierechnung-zur-bedrohung-wird
- Matzinger, S. und Zimmer, A. (2022, 14. Dezember). Energiearmut senken trotz Energiekrise und kommender Energiewende? Was dafür notwendig ist. A&W Blog. https://www.awblog.at/Wirtschaft/energiearmut-senken
- Menton, M., Larrea, C., Latorre, S., Martinez-Alier, J., Peck, M., Temper, L. und Walter, M. (2020). Environmental justice and the SDGs: From synergies to gaps and contradictions. Sustainability Science, 15(6), 1621–1636. https://doi.org/10.1007/s11625-020-00789-8
- Moder, C. und Theurl, S. (2023, 28. März). Entmutigt? Chance und Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik. A&W Blog. https://www.awblog.at/Arbeit/stille-reserve-chance-fuer-den-arbeitsmarkt
- Mokre, P. (2024). Lohnungleichheit sinkt getragen von Knappheit auf dem Arbeitsmarkt. Wirtschaft und Gesellschaft, 49(4), 5–15. https://doi.org/10.59288/wug494.211
- **Muckenhuber, M. (2025, 31. März).** Unbezahlte Überstunden: Lohnraub-Volumen noch größer als gedacht. A&W Blog. https://www.awblog.at/Arbeit/Unbezahlte-Ueberstunden
- OECD. (1977). Progress on Social Indicators. OECD Observer, 1977(1), 24–27.
- **OECD. (2024a).** Education at a Glance 2024: OECD Indicators. OECD. https://doi.org/10.1787/c00cad36-en
- **OECD. (2024b).** OECD/AIAS ICTWSS [Datensatz]. https://www.oecd.org/en/data/datasets/oecdaias-ictwss-database.html
- **OeNB. (2025a).** Distributional Wealth Account für Österreich [Datensatz]. https://oenb.shinyapps.io/DWA_OeNB/
- **ÖGB.** (2024). ÖGB Mitgliederstatistik und Mitgliederbewegung seit 1945 [Datensatz]. https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/der-%C3%B6gb/der-%C3%B6gb-in-zahlen/%C3%96GB_Mitgliederstatistik_2024.pdf
- Orischnig, T. (2008). Die zwanzig Stigmata der österreichischen Entwicklungspolitik. Wirtschaft und Gesellschaft, 34(2), 255–260. https://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2008_34_2/2008_34_2_0255.pdf
- **Pichler, M. und Wiedenhofer, D. (2021, 4. März).** Grünes Wachstum reicht für Klimaziele nicht aus. Anderes Wirtschaften und Arbeiten ist nötig. A&W Blog. https://www.awblog.at/Arbeit/gruenes-wachstum-reicht-fuer-klimaziele-nicht-aus
- Premrov, T. (2025, 13. Juni). Wer gewinnt, wer verliert? Budgetkonsolidierung lässt Einkommensungleichheit steigen. A&W Blog. https://www.awblog.at/Verteilung/Budgetkonsolidierung-und-Einkommensungleichheit
- **Produktivitätsrat. (2023).** Produktivitätsbericht 2023: Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001. https://www.produktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte/2023001.
- Riesenfelder, A. und Danzer, L. (2024). Wiedereinstiegsmonitoring 2024. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AK Wien). https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/familie/Wiedereinstiegsmonitoring_2024.pdf

- **Schmid, G. (2024).** Fachkräfte offensiv ausbilden, aufspüren, holen. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AK Wien). https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsmarkt/AK-Whitepaper-Fachkraeftebedarf-2024.pdf
- **Sen, A. (1988).** The concept of development. In Handbook of Development Economics (Bd. 1, S. 9–26). Elsevier. https://doi.org/10.1016/S1573-4471(88)01004-6
- Six, E. und Witzani-Haim, D. (2023, 17. Oktober). Inflation: Belastet die Teuerungskrise Frauen stärker als Männer? https://www.awblog.at/Frauen/inflation-belastet-die-teuerungskrise-frauen-staerker
- Sozialpartner:innen und IV. (2021). Vereinbarkeit Familie und Beruf. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/familie/IV-SP-Vereinbarkeit-Familie-Beruf-2021.pdf
- Spangl, W. und Nagl, C. (2017). PM10- und PM2,5- Exposition der Bevölkerung in Österreich (No. 634; Reports). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0634.pdf
- **Spangl, W. und Nagl, C. (2025).** Luftgütemessungen in Österreich 2024. Jahresbericht (No. 953; Reports). Umweltbundesamt.
- **Statistik Austria. (2021).** Wie geht´s Österreich? 2021. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht_s_OEsterreich_2021.pdf
- **Statistik Austria. (2024a).** Soziale Krisenfolgen [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1818/Tabellenband_SG10.ods
- **Statistik Austria. (2024b).** Zeitverwendungserhebung 2021/22 [Datensatz]. https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/zeitverwendung
- Statistik Austria. (2025a). Armut und soziale Eingliederung FAQs: EU SILC 2024. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_zumThema_Armut_und_soziale_Eingliederung.pdf
- **Statistik Austria. (2025b).** Bevölkerung zu Jahresbeginn ab 2002 [Datensatz]. https://statcube.at/statistik.at/ext/statcube/openinfopage?id=debevstandjbab2002
- Statistik Austria. (2025c). Sonderauswertung zur Arbeitskräfteerhebung 2024 [Datensatz].
- **Statistik Austria. (2025d).** Soziale Krisenfolgen [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1818/Tabellenband_SG14.ods
- Statistik Austria. (2025e). Subjektive Lebenszufriedenheit 2013–2023 [Datensatz]. https://www.statistik.at/services/tools/services/indikatorensysteme/sdgs/ziel-3-gesundheit-und-wohlergehen/unterziel-34#c5220
- **Statistik Austria. (2025f).** Tabellenband EU-Silc 2024. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2024.pdf
- Statistik Austria. (2025g). Verbraucherpreisindex (VPI/HVPI) [Datensatz].
- Stiglitz, J., Fitoussi, J.-P. und Durand, M. (2018). Beyond GDP: Measuring What Counts for Economic and Social Performance. OECD. https://doi.org/10.1787/9789264307292-en
- Stiglitz, J., Sen, A. und Fitoussi, J.-P. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. https://ec.europa.eu/eurostat/ documents/8131721/8131772/Stiglitz-Sen-Fitoussi-Commission-report.pdf
- Streissler, C. (2025, 24. April). Das Erstarken der Rechten schwächt den Grünen Deal. A&W Blog. https://www.awblog.at/Wirtschaft/Rechte-schwaechen-Gruenen-Deal
- **Tamesberger, D. und Theurl, S. (2019).** Vorschlag für eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose in Österreich. Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 4.
- Tamesberger, D. und Theurl, S. (2021, 20. April). Warum Österreich eine gemeinwohlorientierte Jobgarantie braucht. A&W Blog. https://www.awblog.at/Arbeit/warum-oesterreich-eine-gemeinwohlorientierte-jobgarantie-brauc

- **Umweltbundesamt. (2022).** Klimaschutzbericht 2022 (No. 816; Reports). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0816.pdf
- **Umweltbundesamt. (2023).** Klimaschutzbericht 2023 (No. 871; Reports). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0871.pdf
- **Umweltbundesamt. (2025a).** Klimaschutzbericht 2025 (No. 990; Reports). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0990.pdf
- **Umweltbundesamt. (2025b).** Nahzeitprognose der Österreichischen Treibhausgas-Emissionen für das Jahr 2024 (No. 992; Reports). Umweltbundesamt.
- **United Nations. (1993).** Report of the United Nations Conference on Environment and Development. https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n92/836/55/pdf/n9283655.pdf
- **United Nations. (2001).** Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n01/526/07/pdf/n0152607. pdf
- **United Nations. (2015).** Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. https://sdgs.un.org/2030agenda
- **Uxó González, J. (2023).** Inflation and counter-inflationary policy measures: The case of Spain. Wirtschaft und Gesellschaft, 48(4), 545–577. https://doi.org/10.59288/wug484.169
- Wegscheider-Pichler, A. (2025). Sonderauswertung zur Hitzebelastung (No. 266; Materialien zur Wirtschaft und Gesellschaft). https://wien.arbeiterkammer.at/meinesituation/klimawandel/Presseunterlage_20250729.pdf
- Wiedenhofer, D., Virág, D., Kalt, G., Plank, B., Streeck, J., Pichler, M., Mayer, A., Krausmann, F., Brockway, P., Schaffartzik, A., Fishman, T., Hausknost, D., Leon-Gruchalski, B., Sousa, T., Creutzig, F. und Haberl, H. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part I: Bibliometric and conceptual mapping. Environmental Research Letters, 15(6), 063002. https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab8429
- WIFO. (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. (WIFO-Konjunkturprognose). https://www.wifo.ac.at/publication/427409/
- Wilkinson, R. G. und Pickett, K. (2012). Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind (4. Aufl). Tolkemitt-Verl. bei Zweitausendeins.
- Witzani-Haim, D. und Six, E. (2024, 21. März). Wie kommt Wohlstand bei allen an? Zur aktuellen WIFO-Prognose. A&W Blog. https://www.awblog.at/Wirtschaft/ Wie-kommt-Wohlstand-bei-allen-an-Zur-aktuellen-WIFO-Prognose
- **Zotter, T. (2023, 3. November).** Zinswende und Finanzmarktstabilität. A&W Blog. https://www.awblog.at/Verteilung/zinswende-und-finanzmarktstabilitaet

Autor:innen

Der vorliegende Bericht baut in vielen Fällen auf den Texten im AK-Wohlstandsbericht 2024 auf. Im Folgenden werden die Autor:innen genannt, die am diesjährigen Bericht mitgearbeitet haben, indem sie neue Texte verfasst oder Aktualisierungen und Überarbeitungen vorgenommen haben.



Veronika Adensamer Gleichstellung



Carina Altreiter Gleichstellung



Elisabeth Bischofreiter Gesundheit



Lisa Deuerling Wirtschaftspolitik



Michael Ertl Konjunktur, Verteilung



Gabi Fehringer Arbeitsklima



Franz Greil Klima und Umwelt



Oliver Gruber Bildung



Peter Hilpold Energie



Julia Hofmann Soziale Ungleichheit



Heinz Högelsberger Öffentlicher Verkehr



Vanessa Lechinger Armut und Ausgrenzung

Fotos: Bernd Bauer (Hilpold), Lukas Beck (Schnetzer, Soukup), Thomas Haun (Fehringer), Tobias Pehböck (Altreiter), Sebastian Philipp (Anderl), Erwin Schuh (Greil, Högelsberger, Schöggl, Tockner, Witzani-Haim), Beatrix Schwab (Bischofreiter), Lisi Specht (Ertl, Gruber, Premrov, Streissler, Theurl, Zuckerstätter), Sonja Spitzer (Lechinger, Six), Valentina Vrbanec (Pfleger), Nurith Wagner-Strauss (Hofmann), WU Wien (Deuerling), Markus Zahradnik (Schmid), privat (Adensamer)



Timon PflegerArbeitszeit



Tamara Premrov

Koordination

Budget



Gabriele Schmid Fachkräfte



Matthias Schnetzer
Verteilung



Astrid Schöggl Klima und Umwelt



Eva Six Verteilung, Konjunktur



Nikolai SoukupKoordination
Soziales



Christoph Streissler
Koordination
Klima und Umwelt



Simon Theurl Arbeitsmarkt



Lukas Tockner Wohnen



Daniel Witzani-Haim Konjunktur, Arbeitsmarkt



Sepp ZuckerstätterFinanzmarktregulierung





AK-Wohlstandsbericht 2025

Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich

Oktober 2025

